

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis postnumerando:  
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Verzeichnungs-  
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich: 10 Pf. 2 Mark,  
 für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat.

Erste Ausgabe außer Montags.

**Die Interlions-Gebühr**  
 Befreiung für die sechsgegliederte Kolonial-  
 gebühr über deren Numm. 40 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Berichtsblätter 25 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (ein-  
 gedruckt) Wort 10 Pf., jedes weitere  
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben  
 zählen für zwei Worte. Interlions für  
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 11. Juli 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Für den Weltfrieden des Proletariats! Gegen die Weltstörung durch Polizei und Diplomatie!

Am Sonntag in den frühesten Morgenstunden schon hatte Jaurès trotz der diplomatischen Note des Reichskanzlers und der polizeilichen Verhinderung seiner Friedensrede bereits zu ungezählten Tausenden gesprochen. Es war weder der Polizei noch der im Polizeigeist lebenden Diplomaten gelungen, über den Geist die Grenzsperrung zu verhängen. Die Person freilich des französischen Redners konnte man von Berlin fernhalten, sein Wort aber ließ sich von den Hörschern nicht ausschließen, und so konnte bereits das Berliner Proletariat am Sonntagmorgen die Gedanken unseres französischen Genossen über die proletarische Solidarität und die Aufgabe der Sozialdemokratie, die Erhaltung und Herbeiführung des Weltfriedens wirklich lesen. Diese Rede an das Proletariat, diese Ansprache an die Völker der Kultur ließ sich nicht verhindern. Ja der Eindruck des gedruckten Wortes, das man in Ruhe und Andacht studieren konnte, war vielleicht weniger lebhaft, aber noch nachhaltiger, als die ausbrechende Begeisterung, die diese Gedanken in stürmischen Vorübertrauschen einer Rede hätte hervorrufen können.

Die Demokratie hammerd sich nicht an einen Führer, sie wirkt und lebt nicht durch Personen, sondern durch die Macht der Weltanschauung, und so konnte man auch die geplante Kundgebung für den Weltfrieden nicht vereiteln. Die Worte, in die Gestalt des ferngehaltene französischen Genossen waren dennoch in allen Stöcken der viele tausend Demonstranten allgegenwärtig, die am Sonntagmittag im Saal der „Neuen Welt“ zu Berlin sich versammelten. Und indem diese Versammlung die geplante Kundgebung für den Weltfrieden trotz aller Hindernisse durchführte, konnte sich dank dem Eingreifen des Polizeikanzlers auch noch in zündendem Protest den lebhaftigen Feinden aller proletarischen Kulturaufgaben, dem Polizeigeist und der diplomatischen Intrige Aug' in Aug' entgegenzutreten. So gewann die Demonstration noch an Wucht und Schärfe.

Welche andere Partei, welche andere Macht konnte es auch nur wagen, an einem zum Aufzuge ins Freie verlassenen Ferialsonntag im Sommer um die Mittagshunde Massen zu versammeln, welche nicht nur den Miesensaal der „Neuen Welt“ füllten, sondern in der noch eine größere Anzahl draußen im Garten vergeblich des Eintritts harrete. Schon am Morgen begann der Zutrom der ersten Versammlungsbesucher. Eine Stunde vor Beginn der Versammlung war jedes Plätzchen im Saal und auf der Galerie besetzt. Der Saal, der 6000 Personen faßt, wurde abgesperrt und draußen kamen und gingen unausgesetzt neue Massen. Im großen Garten der „Neuen Welt“ versammelten sich gegen 12 000 Personen. Auch die Polizei bemühte sich, für den Weltfrieden auf ihre Art zu demonstrieren. Die Rixdorfer Polizei hatte sich Hilfe von Berlin geholt. In der Nähe des Versammlungsortes war eine fliegende Polizeiwache von 100 Schutzmännern etabliert. Auch in dem Raum auf beiden Seiten der Bühne waren hinter den Kulissen weitere 50 Mann untergebracht. Im Saal selbst war die Geheimpolizei in nicht wenigen Exemplaren vertreten. Ein so ungeheures Interesse befeuerte die Polizei an der Aufrechterhaltung des Weltfriedens, und sie konnte sich ganz in diese Gedanken und Bestrebungen versenken, denn in der Versammlung selbst und bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung gab es nicht das mindeste für sie zu tun.

Vor Beginn der Versammlung hatte Jaurès das Wort. Man las im „Vorwärts“ die Rede, die unser französischer Parteigenosse vor den Berlinern mündlich zu halten, wegen seiner vom Reichskanzler anerkannten großen Vorzüge, verweigert worden war. Die Ausführungen übten allgemein einen starken Eindruck. Aus der trüben Wirklichkeit des preussischen kapitalistischen, polizeilichen, bürokratischen Junkerstaates, der öffentlichen Kasernen- und geheimen Diplomatenstuben sah man sich emporgetragen in die reine Luft des proletarischen Sozialismus, dieser neuen Gedankenwelt, die in steilen und unermüdlichen Kämpfen sich in der Wirklichkeit zu gestalten, die Wirklichkeit zu revolutionären freibt. Man atmete die helle Siegeszuversicht, die der bereite Anwalt unserer großen Sache in jedem Worte zeigt, und so hatte man im eigentlichen Betracht die verbotene Jaurèsversammlung erlebt und in sich verarbeitet, bevor sie hatte beginnen können, wenn der Fürstkanzler vor seiner Würde größeren Respekt als vor der unserer französischen Parteigenossen gehabt hätte.

Am 12 Uhr eröffnete Genosse Ernst die Versammlung, die in größter Ordnung und erster Aufmerksamkeit verlief. Nur gelegentlich löste sich die Stimmung in Pfui-Rufen auf den Polizeiuas der Regierung oder in stürmischen Kundgebungen des Beifalls für die Ausführungen des Redners aus. Und wiederum wurde zunächst dem doch verbotenen Jaurès das Wort erteilt. Gegen den elektrischen Funken selbst die preussische Polizei ohnmächtig. Jaurès hat in französischer Sprache ein Telegramm gesandt, ein stolzes, schneidendes Epigramm gegen die plumphen Künste diplomatischer Lobhudeleien und eine warmherzige Versicherung der brüderlichen Gesinnung. Die Übersetzung des Telegramms wurde verlesen und erweckte stürmische Kundgebungen. Dann nahm Richard Fischer das Wort zu seinen Ausführungen über die Friedensidee und die Solidarität der internationalen Reaktion. Einleitend kennzeichnete er häufig unter der lachenden und spottenden

Zustimmung der Versammlung den Polizeistreich, mit dem man die deutsche Sozialdemokratie zu treffen wähnte und sich doch selber nur dem Gelächter der Welt preisgegeben hat. Dann zeichnete er in kräftigen Zügen das Bild der Reaktion der herrschenden Klassen aller Länder, insonderheit der preussisch-deutschen Kuffisregierung, und er schloß, indem er die Hauptzüge des Jaurès'schen Vortrages noch einmal skizzierte. Seine Ausführungen wurden zusammengefaßt in einer Resolution, die nicht nur gegen die Polizeialaktion protestierte, nicht nur den Gedanken der alle Kriegshetzeien überwindenden Solidarität des Proletariats verkündete, sondern auch zum Schluß des Heldenkampfes der russischen Revolutionäre gedachte. Eduard Bernstein verlas hierauf ein Antworttelegramm an Jaurès, in dem die Uebereinstimmung der deutschen Arbeiter mit dem Gedanken des französischen Parteiführers nachdrücklich versichert und jene deutsch-französische Einheit bekräftigt wurde, die der Krieg der herrschenden Klassen zu zerstören versucht hat. Mit kräftigen Worten des Einberufers Genossen Ernst wurde die Versammlung geschlossen, die unter begeisterten Hochrufen auf die internationale Sozialdemokratie und auf Jaurès auseinanderging.

So wurde dank der täppischen Aktion des notenschriststellenden Gendarm-Diplomaten dennoch in würdevollster und eindringlichster Weise der Wille des deutschen Proletariats proklamiert, daß es nicht den Diplomaten der herrschenden Klassen die Herrschaft über die Geschicke der Völker zu gestatten gedenkt, daß es vielmehr von seinem staatsbürgerlichen verfassungsmäßigen Recht der Selbstbestimmung jeden Gebrauch zu machen entschlossen ist.

Fürst Bülow hat es uns zum Vorwurf gemacht, daß wir so frech und verzwegen seien, unmittelbaren Einfluß auf die Politik nehmen zu wollen, die doch das Amtsgeheimnis und Gewerbe zünftiger Staatsmänner bleiben müsse. Die gestrige Versammlung hat gezeigt, daß wohl in Zarenpalästen eine solche Auffassung von dem Verhältnis zwischen Regierung und Volk noch denkbar ist, daß aber zivilisierte Völker keine Untertanen mehr seien, die auszuführen und zu erkeiden haben, was man in Weisheit über sie beschließen mag, sondern die sich selbst Vorsehung sind und die ihr Schicksal in die eigenen starken und sicheren Hände nehmen.

Die Arbeiterklasse läßt sich nicht nur nicht mehr ausschalten und der Geschichte, sie ist der Träger der Geschichte geworden, deren notwendige Entwicklung die Wespenspier einer verfallenden Zeit seinen Augenblick ernstlich aufzuhalten oder abzulernen vermag.

Wir lassen hier zunächst den Telegrammwechsel folgen:  
Jaurès an die Berliner und deutsche Sozialdemokratie.

„Comarades! Je suis de tout coeur avec vous et vraiment présent à cette assemblée pour affirmer l'union du prolétariat français et du prolétariat allemand. Ils travailleront ensemble à affirmer la paix du monde par la conquête de la justice sociale et de la liberté politique. Rien ne peut nous séparer, ni les préjugés chauvins, ni les interdictions gouvernementales ni les artifices grossiers des éloges diplomatiques. Nous sommes tous unis, nous sommes tous les mêmes; nous avons la même volonté, la même conscience. On ne peut frapper les uns sans frapper les autres, louer les uns sans louer les autres. C'est une tactique usée des classes dirigeantes de chaque pays d'opposer aux socialistes du dedans les socialistes du dehors. En réalité c'est un hommage de plus à la force du socialisme international, que les gouvernements ne peuvent plus combattre qu'en essayant de le diviser. Et c'est une raison de plus pour nous tous d'aoclamor ensemble la démocratie socialiste internationale une et indivisible.“  
Jean Jaurès.“

In deutscher Uebersetzung:

„Genossen! Ich bin mit ganzem Herzen mitten unter Euch in dieser Versammlung, um mit Euch die Einigkeit zwischen dem deutschen und französischen Proletariat zu bekräftigen. Die gemeinsame Arbeit beider wird den Weltfrieden durch die Eroberung der sozialen Gerechtigkeit und der politischen Freiheit sichern. Nichts kann uns trennen: nicht chauvinistische Vorurteile, nicht Wehverbote der Regierungen, noch auch die plumphen Künste diplomatischer Lobhudeleien. Wir sind alle eins, sind alle ein- und dieselben. Wir haben den gleichen Willen, das gleiche Empfinden.“

Wird einer von uns geschlagen, so wird der andere mitgetroffen, und wird einer von uns gelobt, so wird der andere mitgelobt.

Es ist eine abgebrauchte Taktik der herrschenden Klassen aller Länder, den Sozialisten daheim die Sozialisten draußen gegenüberzustellen. Tatsächlich aber ist dies eine Quibblung mehr vor der Kraft des internationalen Sozialismus, den die Regierungen nur noch durch den Versuch, ihn zu spalten, bekämpfen können, und ein Grund mehr für uns alle, uns zu dem Gedanken der einen und unteilbaren internationalen Sozialdemokratie zu bekennen. Jean Jaurès.“

Die Sozialdemokratie Berlin an die französische Sozialdemokratie.

„Genosse Jaurès, die heute in der „Neuen Welt“ versammelten Sozialdemokraten Berlin senden Ihnen ihren herzlichsten, tief empfundenen Dank für Ihre herrliche, und durch den „Vorwärts“

übermittelte Ansprache, die uns alle begeistert. Sie haben dem Empfinden wirkungsvollen Ausdruck gegeben, das uns alle, das die Arbeiter Deutschlands wie die Arbeiter Frankreichs, das die Sozialdemokratie aller Länder befeelt. Ihre Kennzeichnung der internationalen Politik des Proletariats hat unseren rückhaltlosen Beifall und Ihre Aufforderung an die Arbeiter aller Länder, die Maßnahmen der Diplomatie der herrschenden Klassen immer sorgfältiger zu überwachen, kommt aus unserer aller Herzen. Mit größter Befriedigung unterschreiben wir die mannhaften Worte Ihres Telegramms, das unter dem stürmischen Jubel der vieltausendköpfigen Protestversammlung verlesen wurde. Wir senden Ihnen und durch Ihre Vermittlung der Sozialdemokratie Frankreichs unsere lebhaftesten brüderlichen Grüße. Die Verwirklichung der europäischen Demokratie, die Aufeinanderbrechung der Volksklassen Frankreichs und Deutschlands, welche der Krieg der herrschenden Klassen vor einem Menschenalter herbeiführte, wird überwunden durch den internationalen Sozialismus des Proletariats.

Zwischen uns gibt es keinen Konflikt, keine Interessengegenstände. Sie kennen nur eins: gemeinsame Arbeit für gemeinsame Ziele. Und im Hinblick auf das gemeinsame Werk trafen wir in der zuversichtlichen Erwartung, Sie trotz alledem bald in Berlin zu sehen, mit Ihnen: Hoch die eine und unteilbare internationale Sozialdemokratie!“

Pünktlich um 12 Uhr wurde die Versammlung vom Einberufer Eugen Ernst, der dann auch zum Vorsitzenden der Versammlung gewählt wurde, eröffnet. Eugen Ernst teilt den Versammelten mit, daß ihm die Anwesenheit zahlreicher Polizeibeamter in Zivil im Versammlungsort gemeldet worden sei. (Lebhafte Unruhe und Pfuirufe.) Genossen, ich bitte Euch, in Äußerungen vorsichtig zu sein, damit Euch nicht etwa Unannehmlichkeiten erwachsen. Im übrigen können wir es nur begehren, wenn auch Polizeibeamte Interesse haben, unsere Ausführungen zu hören. (Beifall.) Genossen, unser Genosse Jaurès hat uns ein Telegramm gesandt, in dem er die Versammlung begrüßt. (S. oben.) Die Verlesung des Jaurès'schen Telegramms wird mit stürmischem Beifall aufgenommen, der seinen Abschluß in einem kräftigen, vom Balkon herabgerufenen Pfui Bülow! findet.

Nunmehr nimmt von lautem Beifall begrüßt der Redner des Tages

Richard Fischer

das Wort: Genossen! Ein großer Redner sollte hier sprechen, der durch seine eminente agitatorische Begabung und durch die Macht seiner unergieblichen Beredsamkeit einen großen Einfluß auf die Politik seines Vaterlandes und auf die internationale Politik des Klassenbewußten Proletariats ausübt. Ueber große Dinge sollte er sprechen, über Völkerfrieden und Gerechtigkeit. Und nun steht ein kleiner Redner (Heiterkeit) vor Ihnen und über eine Kleinliche Sache muß er sprechen, über die geistige Armut und politische Rückständigkeit preussisch-deutscher Polizeipolitik. (Lebhafte Zustimmung.) Eine Kundgebung des festen, des andauernden Willens des Proletariats, den internationalen Frieden auch gegen die Bestrebungen der herrschenden Klassen aufrecht zu erhalten, sollte diese Versammlung sein. Und nun müssen wir uns dagegen verwahren, daß im zwanzigsten Jahrhundert mit brutaler Polizeifantasi einem Manne wie Jaurès der Moulkorb aufgedrückt worden ist. (Raute Pfuirufe.) Nun müssen wir das deutsche Proletariat aufrufen zu einem Protest, daß die deutsche Arbeiterschaft nicht teil hat an der Blamage, mit der sich Bülow vor Europa bloßgestellt hat. (Lebhafte Beifall.)

Aber nicht nur um eine Bloßstellung handelt es sich hierbei, sondern um ein Zeichen, wie schwach sich die Regierung gegenüber der Sozialdemokratie im Innern fühlt, wenn sie nicht den Mut hat, Jaurès hier sprechen zu lassen. Zugleich aber ist es die Kapitulation der zünftigen Diplomatie und Staatsmännerei vor der weitbewegenden Macht des Sozialismus. O wie armelig müssen die Grundlagen der Regierung sein, daß sie von einer Friedensdemonstration die Stärkung der „staatsfeindlichen“ Bestrebungen der Sozialdemokratie fürchtet! (Lebhafte Zustimmung.) Vielleicht haben da diejenigen recht, die da meinen, mit der Friedensliebe dürfte es nicht gut bestellt sein bei einer Regierung, die auf dem Klassen-gegenstand, auf dem Gegensatz der Völker zu einander und auf dem Militarismus, der Grundlage aller Verdrückung, beruht. (Lebhafte Zustimmung;) und ein Staat, der so auf den Klagengelesen, auf dem politischen Faustrecht beruht, könne unmöglich mächtig und unverwundlich dem Frieden dienen wollen. (Sehr gut.) Nun fragt es sich, ob nicht dieser neueste Vorgang unseren Kampf geradezu erleichtern wird. Was muß man im Auslande von einer Regierung denken, die so öffentlich vor der stärksten Partei des Landes, vor der Sozialdemokratie ihre Kardin zur Schau trägt, wie muß es das Kraftgefühl der deutschen Sozialdemokratie stärken, wenn sie sieht, wie die mächtigste Regierung des Kontinents hange ist vor dieser Bewegung. (Stürmischer Beifall.) In Rußland ist man es so gewohnt — (Stürmischer Beifall) —, in Rußland, wo der Zar anglisth Lotterud (Heiterkeit) vor der Deputation der Semstwo eine Verfassung verspricht, und wo die Regierung verbietet, daß die Zeitungen das Zarenwort veröffentlichen. In Deutschland verweigert die Regierung jeden Tag, daß ihre Politik dem internationalen Frieden diene, und wenn eine internationale Friedensdemonstration stattfindet, so verbietet sie die Rede, die der Bekämpfung des Chauvinismus dienen soll. (Pfuirufe.) Und gerade dem Manne wird das Ausprechen seiner Gedanken verboten, der mehr als jeder andere zur Abschwächung des Deutschen

Kaffed in Frankreich, zur Herbeiführung dauernden Friedens zwischen beiden Völkern getan hat, der seine Popularität dafür aufs Spiel gesetzt und gegen den Willen der herrschenden Klasse diese Annäherung propagiert hat. Jaurès hat dabei denselben Mut bewiesen wie Bebel und Liebknecht 1870, als sie trotz des Willens des deutschen Volks gegen die Fortsetzung des Krieges mit der Republik Frankreich und gegen die Annexions-Erfolge protestierten. Und diesem Mut wird von der Regierung das Wort verboten zu einer Zeit, wo die Regierung selber erklärt, daß sie alles tue, um den Frieden zwischen beiden Völkern zu bewahren. Es fehlt in Deutschland heute bloß noch der Kofal (Minutenlanger Weisfall), um vor aller Welt die Stärke der Regierung und die Aufrichtigkeit ihrer Friedensliebe zu beweisen. (Erneuter Weisfall.)

Aber wenn wir auch in dieser Beziehung nicht mehr ganz unter dem Ruffenskurse stehen, so stehen wir vielleicht in einer anderen Beziehung augenblicklich sogar noch hinter dem Ruffenskurse — wenn wir uns nämlich das Verhalten der bürgerlichen Presse zu dieser neuesten Aktion des „modernen Staatsmannes“ ansehen, wie er sich so gerne nennen läßt, als der er sich so gerne für die „Woche“ photographieren läßt und als den er sich so gerne von den Spitzen der Wilhelmstraße feiern läßt. (Stürmische Heiterkeit.) Man muß schon ins Ausland gehen, um die wirkliche Auffassung des Bürgertums über diese Art großwürdiger Politik zu erfahren. Die deutsche Bourgeoisie hat ja noch mehr Angst vor der Sozialdemokratie als die deutsche Regierung und ihre Presse war noch niemals klüger und weitsichtiger als die Regierung. (Zustimmung.) Die „Times“ haben die Wilowsche Note als einen Tribut bezeichnet, den die deutsche Regierung der Sozialdemokratie entrichtet hat. Und in der Tat: wenn wir auch die höflichen Komplimente, mit denen Wilow Jaurès bedacht hat, um die Brutalität des Vorgehens zu verhüllen, nicht allzu ernst nehmen, etwas anders hören sie sich doch an als die Töne, die man sonst gegenüber Sozialdemokraten zu hören gewohnt ist. Man braucht sie ja nur in Vergleich zu stellen zu den Versicherungen von den „Glenden, die nicht wert sind, den Namen Deutsche zu tragen“, von den „berufsmäßigen Hehern“ und den „vaterlandlosen Gefellen“ und wie diese freundlichen Versicherungen gelaunt haben, die wir bis zum Ueberdruß gehört haben, bis zum Ueberdruß, der die beabsichtigte Wirkung in ihr Gegenteil umschlägt. (Weisfall.) Englische Blätter wie die „Daily News“ sagen, die deutsche Regierung sei so dumm wie die russische und nur die chaubinnische Presse jubelt dem Fürsten Wilow zu, denn sie hält ja Jaurès als Sozialisten, sie hält ihn als Friedensförderer.

Ob diese Folge des Wilowschen Vorgehens zugleich seine Absicht war, weiß ich nicht. Ich bin kein Hellseher und nehme zur Ehre unserer Regierung an, daß die „Westminster Gazette“ zu schwarz steht, wenn sie meint, die deutsche Regierung wolle die Verständigung mit Frankreich nicht. Die deutsche bürgerliche Presse hat sich in diesem Falle gezeigt, wie sie sich immer gezeigt hat. Wenn sie jemals ein Wort des Tadels gegen die Regierung findet, dann blöht da, wo sie in ihrem Heiligsten getroffen wird, nämlich an ihrem Geldbeutel, oder wo sie glaubt, daß die Regierung die Sozialdemokratie zu freundlich behandle. Sonst geht sie mit der Regierung durch dick und dünn. Tatsächlich haben in Deutschland nur sehr wenige ernsthaft politische Blätter von Bedeutung die Regierung ernsthaft wegen dieses Vorgehens angegriffen. Die Presse hat sich im Gegenteil befreit, wenn sie die Regierung schon nicht verteidigen konnte, so doch mindestens Entschuldigungsgründe für sie zu suchen. Das „Berliner Tageblatt“ z. B. schrieb, man könne das Vorgehen der Regierung ja gewiß nur bedauern, aber die Schuld an dem Verbot trügen die schwilligen, kraftmeierischen Redensarten, mit denen die Sozialdemokratie das Auftreten von Jaurès anzuwenden wollte. Der ganze Hochsinn der politischen Einficht der Siebenmalweifen des „Berliner Tageblatts“ kommt zum Vorschein in dem Argument des politischen Eumachentums, Jaurès müsse sich durch das Verbot „verletzt fühlen“, wenn er auch den Versicherungen des Reichskanzlers Glauben schenken werde! Natürlich, Jaurès wird so ein Fiel sein, die Worte Wilows für bare Münze zu nehmen! Aber wir haben das heutige Telegramm von Jaurès und seinen Artikel, in dem er höflich und mit überlegener Ironie sagt, daß diese Versicherungen unnütz verschwendet worden sind. Jaurès fühlt sich „verletzt“! Das ist der Höhepunkt des Empfindens der Geheimrätin oder Kommerziantin, die, wenn sie nicht zur Hofvisite geladen wird, sich „verletzt fühlt!“ (Lebhafte Weisfall.) Dabei ist das „Tageblatt“ das Organ, das in erster Linie für die Befreiungen der bürgerlichen Friedens- und Freiheitsliga eintritt. Die ganze liberale Presse hat über die „Ueberhebung“ der Sozialdemokratie geseht. Ja, wir müßten ebenso große Fiel wie Jämmerlinge sein, wenn wir uns zurückhalten lassen wollten, von der heftigsten Macht des sozialistischen Gedankens immer wieder zu reden. (Weisfall.) Da habe ich doch noch mehr Respekt vor der Junkerpresse, die auch die jetzige Versammlung verbieten lassen wollte. Ein Gesetz hierfür gibt es ja nicht, aber wir sind ja gewohnt, daß gegen uns Willkür angewandt wird und wir fügen uns diesen Willkürakten, so lange wir nicht stark genug sind, um sie mittels der Gesetzgebungsmaschine zu Boden zu schlagen. Wägen unsere Gegner das Umsturz der Gesellschaft nennen, wir lieben nicht an Worten; jedenfalls werden wir alle Mittel anwenden, um unsere Ziele durchzusetzen.

Der „Reichshot“ hat bei dieser Gelegenheit eine Falte seines Herzens — und vielleicht auch des Herzens der Regierung — geöffnet. Er schrieb, es habe auch die Befürchtung bestanden, daß die Versammlung unsere Beziehungen zu Rußland fördern könne. (Gelächter.) Natürlich: unsere Beziehungen zu Rußland! Wenn irgendwo von Völkerrfrieden und Völkerrfreiheit gesprochen wird, dann muß selbstverständlich auch Rußland, dieser Urfeind alles Völkerrfriedens und aller Völkerrfreiheit, gebrandmarkt und die Freude darüber ausgesprochen werden, daß das Jarentum endlich an der Fülle seiner Gewalttaten und Verbrechen zugrunde zu gehen scheint. Es gibt in Deutschland keinen Arbeiter, der nicht mit all seinen Sympathien auf der Seite der russischen Revolutionäre steht und nicht die Hoffnung hegt, es möge endlich gelingen, die Verbrecher um den Thron von ihrem Krot blutangerischer Anhänger endlich einmal davonzutragen oder, was vielleicht noch wirksamer und besser sein würde, vor ein wirklich unabhängiges und gerecht urteilendes Gericht zu stellen. (Weisfall.) Von Deutschland wird ein Alp weichen, wenn endlich diese verbrecherische Regierung in Rußland zusammengebrochen sein wird. Natürlich kann man auch heute nicht von Rußland reden, ohne zugleich von Preußen-Deutschland zu sprechen. Denn der preussische Justizminister selbst hat ja im Reichstage das bekante Wort gesprochen: tua res agitur! Um unsere Sache handelt es sich, wenn Rußland zusammenbricht! Diese Auffassung hat dann zu der Schmach des Königsberger Prozesses geführt, der auf direkte Anweisung von oben eingeleitet wurde, an dem der Justizminister, wie in den Akten vermerkt ist, „besonderes Interesse nahm“ und in dem dann der Referent des Ministers sich nicht einmal die Zeit nahm, die Anklageschrift ordentlich zu lesen, weil er im Begriffe war, seine Urlaubsbriefe anzutreten! Die unschuldigen Angeklagten aber wurden ruhig wochen- und monatelang weiter in Haft gehalten. (Wut! Rufe!) Dieser Prozeß hat gezeigt, daß die diplomatischen Beamten Rußlands genau so korrupt sind wie die anderen. Ein russischer Generalkonsul hat dem Gerichte gefällige Uebersetzungen vorgelegt. Und wieder gewissenlose Mensch ist nicht über die Grenze gebracht worden! Man hat nichts davon gehört, daß diese diplomatischen Beamten nicht mehr in Amt und Würden seien! Freilich, gegen „Schnorrer und Verschwörer“, wie sich der „moderne Staatsmann“ so gebildet ausdrückt, ist der Reichskanzler sehr nötig. Freilich, diese Schnorrer und Verschwörer sitzen noch nicht im Parlament, sie haben in Rußland keinen politischen Einfluß, sonst könnten wir es wohl noch erleben, daß ihnen ein deutscher Reichskanzler keine Rederei erweist. (Heiterkeit.) Offenlich ist dann aber der deutsche Reichskanzler glücklicher in seinen Versicherungen als diesmal. Seine Note an Adolfin ist ein Dokument der Schwachheit vor dem Sozialisten und Revolutionär Jaurès. Man mag Jaurès gegen uns ausspielen: daß wir Deutsche ihm zu revolutionär seien, kann man ihm nicht nachsagen. Ganz im

Gegenteil hat er in Amsterdam als Grund für den geringen Einfluß der deutschen Sozialdemokratie angeführt, daß Deutschland keine revolutionäre Tradition habe. Und dieser Mann, der so die Berechtigung der Revolution vertritt, wird von der deutschen Regierung mit Komplimenten überschüttet!

Wenn Fürst Wilow heute die Rede von Jaurès liest und den Inhalt seinem Herrn und Meister (Heiterkeit) mitteilt, dann wird der Herr und Meister (Erneute Heiterkeit) sagen: Mein lieber Wilow (Heiterkeit), Sie mögen ein ganz gewöhnlicher Mann sein, aber was Sie im Falle Jaurès getan haben, kompromittiert mich und meine Politik, denn Sie haben der Sozialdemokratie eine Waffe geliefert! (Sehr gut!) Diese Waffe werden wir gebrauchen, so oft uns die Gelegenheit dazu angemessen zu sein scheint. (Lebhafte Weisfall.)

Fürst Wilow sagt in seiner Note, das Hauptargument für das Verbot sei die im „Vorwärts“ ausgesprochene Absicht, direkten Einfluß auf die auswärtige Politik zu gewinnen. Selbstverständlich ist diese Auffassung des „Vorwärts“ diejenige der ganzen Partei. Zwar sind heute Kabinettskriege ausgeschlossen, auch Kriege gegen dynastische Interessen sind nicht mehr so leicht möglich — sonst würden wir ja jetzt die schwedische Armee gegen Norwegen marschieren sehen — aber im Wesen des Kapitalismus ist doch eine ewige Kriegsgefahr begründet. Der Kapitalismus hat die Tendenz, die Produktionsleistung um ungemessene zu vermehren. Diese Vermehrung macht immer neue Absatzgebiete erforderlich. Daneben steigt es im Wesen des Kapitalismus, die Konsumtionsfähigkeit des Arbeiters immer mehr einzuschränken. Neue Absatzgebiete erwerben, heißt Kolonien züchten und Flotten- und Weispolitik treiben. Eine solche Politik birgt aber eine ständige Kriegsgefahr in sich. Dabei handelt es sich heute um China, morgen um Japan und übermorgen um Marokko. Wenn wir da eine Verrückung herbeiführen wollen, dürfen wir nicht an den Erscheinungen des Tages haften bleiben, sondern müssen die Grundursache bekämpfen: die bestehende wirtschaftliche Ordnung. Da ist es allerdings nötig, daß die Sozialdemokratie Einfluß auf die äußere Politik zu gewinnen sucht. Was Wilow neu erscheint, das ist die Politik der Arbeiterklasse so lange eine Sozialdemokratie besteht. (Weisfall.) Der Satz unseres Programms: Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk sagt nichts anderes. Und die Regierung läßt sich heute schon beeinflussen. Was Bebel im Reichstage gesagt hat, daß keine Regierung sich gegen den Willen der Sozialdemokratie auf einen Krieg einlassen kann, das ist doch ganz unbefreitbar. Wohin es führt, wenn ein Krieg gegen den Willen des Volkes geführt wird, das zeigt sich in seinen äußersten Konsequenzen jetzt in Rußland. Fürst Wilow zeigt die deutsche Sozialdemokratie der Verletzung nationaler Interessen. Es ist doch ein Armutszeugnis, von der stärksten Partei im Deutschen Reich zu behaupten, sie verstände sich gegen die nationalen Interessen! Was sind überhaupt „nationale Interessen“? Ein Vorgänger des Fürsten Wilow, Caprioli, der wegen des Abchlusses von Handelsverträgen den Grafenstitel erhielt, wie Graf Wilow wegen einer ganz entgegengelegten Politik gefürchtet worden ist, dieser Graf Caprioli, der zwar kein zünftiger Diplomat, aber ein anständiger Herr war, hat einmal den Mut gehabt, im Reichstage zu sagen: „National ist jede Partei in diesem Hause“. Die nationalen Interessen werden aber heute oft verwechselt mit Privatinteressen. Wir sehen ja eine große Anzahl leitender Männer in der Regierung, die heute noch angeblich unparteiisch alle Volksinteressen vertreten und morgen als bezahlte Diener von großkapitalistischen Gesellschaften sich anstellen lassen. Die Summe von 100 000 M. ist so der Normalpreis für den sie sich kaufen lassen. So ist der frühere Staatssekretär des Reichsmarineamtes, Hollmann, Direktor der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft geworden. Der frühere Eisenbahnminister Thielen ist jetzt Aufsichtsrat bei Krupp. Sein Dezerment wieder ist in der Berliner Strahlenbahn und der Mann, der in der Kartellenquete als Vertreter der Regierung und des Volkes auftreten mußte, ist augenblicklich Agent der Syndikatsherren.

Fürst Wilow hat in seiner Antwort gesagt, er habe nicht die Zuversicht, daß die deutschen Veranstalter dieser Versammlung ihn vor Verlegenheiten bewahren würden. Da hat er recht, denn wer solch eine Politik gegen die arbeitenden Klassen treibt, dem müssen wir Verlegenheiten bereiten. Wilow weist weiter auf die Vorgänge beim internationalen Amsterdamer Kongreß hin und sagt, Jaurès habe dort an eigenen Leiden erfahren, wie doktrinar und intolerant die deutsche Sozialdemokratie sei. Das gehört in dasselbe Kapitel der Staatsweisheit, ist aber vielleicht erklärlich aus der völligen Unwissenheit, die stets zutage tritt, wenn Fürst Wilow über die Sozialdemokratie spricht. Wie kann man heute Jaurès in Gegenwart zum Amsterdamer Kongreß und zur deutschen Sozialdemokratie stellen! Man konnte über die Zweckmäßigkeit des Amsterdamer Kongresses zur Zeit der Beschäftigung geteilter Meinung sein. Heute steht einseitig: Jaurès hat sich rückhaltlos auf den Boden der Amsterdamer Resolution gestellt, dieser Resolution, die er eigentlich als gegen seine Auffassung gerichtet empfand und die mit der Dresdener Resolution identisch ist, die den Klassenkampfcharakter der Partei mit der größten Schärfe betont. Daß Jaurès sich so vorbehaltlos auf den Boden der Amsterdamer Resolution gestellt und wie kein anderer für die Einigung des französischen Sozialismus gewirkt hat, hat die uneingeschränkte Bewunderung der gesamten internationalen Sozialdemokratie gefunden. Und Jaurès ist auch der letzte, der nicht — vielleicht mit anderen Worten — mit Bebel sagen würde, daß er ein Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft sei. (Lebhafte Weisfall.) Das gehört zum Wesen der Sozialdemokratie, denn nur aus dem Untergang und der Umwandlung der bürgerlichen Gesellschaft kann die sozialistische Gesellschaft hervorgehen.

Alles das hat Jaurès in viel beredterer Weise und — ich kann das sagen, ohne daß man mir falsche Weisheit vorwerfen könnte — von einer höheren Warte aus und mit weiteren Gesichtspunkten in der heute vom „Vorwärts“ veröffentlichten Rede ausgeführt. Aber das kann ich auch für mich in Anspruch nehmen: Seine Grundauffassung ist auch die meine, sie ist Gemeingut der internationalen Sozialdemokratie. (Stürmische Zustimmung.)

Der Redner verliest nun einzelne Stellen aus der Rede Jaurès, an der Hand des Leitartikels des „Vorwärts“ und erläutert sie. Jaurès führt aus, daß die Kriege nur eine Frucht des Kapitalismus seien und daß zur Entwicklung des Proletariats der Friede nötig sei. Gewiß, zuweilen führen Kriege zur Revolution — wir erleben ja eben das russische Beispiel —, aber viel häufiger zur Konterrevolution. Bismarck, der parfümierte Drehorgelspieler der Reaktion Drehscheibe (große Heiterkeit) hat deshalb auf dem Parteitage der Pfälzer Nationalliberalen erklärt, wenn mal ein Krieg käme, dann würden die paar Sozialdemokraten schon von der Wildschär ver-schwinden. (Schallendes Gelächter.) Man sieht daraus immerhin, in welcher Richtung sich die Hoffnungen der herrschenden Klasse bewegen. Ein Krieg würde die Arbeiterschaft beider Länder zurückwerfen. Das ist der Grund, weshalb Jaurès vor dem Kriege warnt und weshalb die französischen Arbeiter den Gedanken an Revanche aufgegeben haben. Jaurès erklärt, daß der Zweibund zunächst keine aggressive Tendenz gehabt habe. Darüber mag man verschiedener Ansicht sein, sicher ist, daß der Krieg von 1870 Frankreich mit Notwendigkeit in die Arme von Rußland treiben mußte. Das haben Marx und Engels schon in den sechziger Jahren vorausgesagt. Die Anschauungen, die Bebel und Liebknecht 1870 vertraten, haben sich bewahrt. Hätte man damals auf Erfolge gehofft, die ganze europäische Konstellation wäre friedfertiger gewesen und die Milliarden für Meer und Marine hätten Kulturaufgaben dienstbar gemacht werden können. Wir hätten eine ganz andere freireichliche Entwicklung nehmen können und hätten keine solche Anfachung der nationalen Gegensätze erlebt. Jaurès legt dann dar, wie schlimm der Zweibund gewirkt und wie er allmählich einen egoistischen Charakter anzunehmen gedroht habe. Die französische Demokratie und besonders Sozialdemokratie habe aber sofort alles getan, um eine solche Entwicklung des Bündnisses zu verhindern. Er gesehe offen, daß die französische Regierung zum großen Teil die Verantwortung für den Marokko-

konflikt trage, aber auf der anderen Seite wäre es besser gewesen, wenn Wilow schon früher das Interesse des deutschen Kapitals an Marokko verstanden hätte. Vielleicht kann man sagen, daß Fürst Wilow früher gar nicht so weitsichtig war, wie er heute will, daß man annehmen soll. Vielleicht ist er erst durch die Niederlage Rußlands in Ostasien auf den Gedanken gekommen, daß es jetzt Zeit sei, mit Frankreich einmal ein deutliches Wort zu reden. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir haben ja in Deutschland Weltmachtsnarren und Flottenfexe, die einen Krieg mit Frankreich förmlich herbeisehnen. Gewiß, eine Regierung wird so hinüberbrannt sein, auf diese Wünsche einzugehen, und auch das deutsche Volk wird in keinem seiner Bestandteile dafür zu haben sein. Aber gerade in Zeiten politischer Erregung muß alles geschehen, um die nationalen Leidenschaften zu beruhigen. Jaurès weist darauf hin, wie sehr sich hier die freie Verfassung Frankreichs bewährt habe. Denn nur so sei es möglich gewesen, Delcassé zu stürzen. Vielleicht betrachtet Wilow das als eine ganz besonders patriotische Tat von Jaurès. Dann mag er uns nur eine ebenso freie Verfassung geben, wie sie in Frankreich besteht, und wir garantieren ihm: es soll nur wenig Zeit vergehen und seine ganze Politik wird den Weg des Herrn Delcassé gegangen sein. (Stürmischer Weisfall.)

Besonderen Eindruck machen die Schlussworte der Jaurèschen Rede, die Jücker zitiert, auf die Versammlung. Sie sind, sagt er, uns allen aus der Seele gesprochen und die Quintessenz des Demonstrationsgedankens. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben den Kampf durchgesehen bis zum endlichen Siege der internationalen Sozialdemokratie, aus dem ein dauernder Zustand der Gerechtigkeit und des Friedens hervorgehen wird“, ruft Jaurès. Und so wollen auch wir geloben, in diesem Sinne weiter zu wirken und zu streben. Von unserem Wege werden wir uns nicht abbringen lassen weder durch die dummen, schmeicheleichen Einwicklungsversuche in der Art, wie sie Wilow an Jaurès versucht hat, noch durch die Gewaltandrohungen der Scharfmacherclique. Die deutsche Sozialdemokratie wird bleiben, was sie war, und sein, was sie ist: die unverbrüchliche Vertreterin und Vorkämpferin des Völkerrfriedens gegen alle feindseligen Verschwörungen, mögen sie kommen von Parteien oder Regierungen. Das soll unser Gelübnis sein! (Stürmischer, minutenlanger Weisfall.)

Der Vorsitzende Ernst verliest folgende Resolution, die mit beifester Zustimmung angenommen wird:

„Die heutige Versammlung protestiert entschieden gegen das Wilowsche Verbot des Auftretens von Jaurès in der heutigen Versammlung als gegen eine keimliche Maßregel, die einerseits unwürdig ist eines Kulturstaates, andererseits eine brutale Vergewaltigung der Berliner Arbeiterschaft darstellt.

„Sie nimmt Akt davon, daß der Sozialismus und die von ihm propagierte Friedensidee gegen die Kriegstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft bereits eine solche Macht gewonnen haben, daß sogar der deutsche Reichskanzler in der Form des Redeverbotes ihnen keine Anerkennung aussprechen muß, aber sie erwartet sich auch gegen die Lobspiche, die aus solchem Munde die internationale Sozialdemokratie, wenn auch auf dem Umwege über Paris, hören mußte.“

Die Versammlung bekundet feierlich, daß sie nach wie vor bestrebt sein wird, das ganze Gewicht der sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschlands in die Waagschale zu werfen zur Aufrechterhaltung des Völkerrfriedens, als der notwendigen Voraussetzung zur Befreiung der Arbeiterklasse aus den politischen und wirtschaftlichen Fesseln des Klassenstaates zum Zwecke der Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische.

Sie spricht dem Genossen Jaurès ausdrücklich ihren Dank aus für seine brüderliche Bereitwilligkeit und ihr volles Einverständnis mit seinen heute durch den „Vorwärts“ aller Welt zur Kenntnis gebrachten Ausführungen und bittet ihn, diese internationale Einheit der Auffassung unserer französischen, geeinten Bruderpartei zur Kenntnis zu bringen.

Die Versammlung bekundet bei diesem Anlaß noch ausdrücklich ihre innige Sympathie mit dem russischen Proletariat und den russischen Revolutionären insgesamt, die in so heldenhafter Weise gegen das verbrecherische Moskowitium kämpfen, das nur noch durch das feige Hinschlagen wehrloser Weiber und Kinder sich am Ruder zu erhalten sucht, dessen Sturz aber eine Erlösung für Europa bedeutet, weil seine bloße Existenz eine ewige Bedrohung des Völkerrfriedens, ein ewiger Hort aller reaktionären Anschläge in Preußen-Deutschland ist.“

Ueber diese Resolution wird sofort abgestimmt und der Vorsitzende konstatiert, daß das Berliner Proletariat einstimmig für die Gedanken dieser Resolution ist.

Eduard Bernstein schlägt hierauf noch lebhaftem Weisfall vor, das Jaurèsche Telegramm telegraphisch zu beantworten. (Siehe oben den Wortlaut des Telegramms.) Dieses Telegramm wird einstimmig gutgeheißen und seine Absendung beschlossen.

Der Vorsitzende Eugen Ernst schließt hierauf die Versammlung mit folgender Ansprache:

Parteiengenossen! Diese Versammlung war geplant zu einer Demonstration für den allgemeinen Völkerrfrieden und die Völkerrverbrüderung. Dem Reichskanzler hat es gefallen, aus ihr eine Versammlung des Kampfes zu machen. Wir können damit zufrieden sein, denn er hat so ein gut Teil Aufklärungsarbeit verrichtet. (Heiterkeit.) Jeder Friedensfreund auch innerhalb der bürgerlichen Kreise kann daraus klar erkennen, daß man in der heutigen Gesellschaft wohl eintreten kann für Militarismus, Maximismus und Volkentrechtung, aber unter keinen Umständen für den Völkerrfrieden. (Lebhafte Zustimmung.) Wir ziehen die Lehre daraus, daß, wer den Völkerrfrieden will, für die Völkerrfreiheit eintreten muß. (Lebhafte Weisfall.)

Also als Partei könnten wir uns über das Verbot freuen, aber wir versichern dem Herrn Reichskanzler, daß wir auf seine Hülfe in der Agitation verzichten. Wir haben diese Hülfe nicht nötig, denn wir haben Agitationsstoff in Hülle und Fülle. Wir werden weiter für unsere Ideen arbeiten.

Wir werden nicht eher ruhen und rasten, bis wir unser Ziel, den Sozialismus und die Demokratie, erreicht haben. Es soll uns heute ein neuer Ansporn sein, unsere ganze Kraft einzusetzen für Völkerrfreiheit und Völkerrfrieden. So schreien wir denn aus neuem, indem wir einstimmen in unseren alten Schlußruf:

Die internationale völkerrbefreiende Sozialdemokratie, die Völkerrfreiheit und den Völkerrfriede, sie leben hoch!  
Dreimal braust das Hoch durch den Saal, dann wird die Arbeiter-masse angestimmt und unter ihren Klängen schließt die gewaltige Versammlung, die unter jüdischen Hochrufen auf Jaurès und Jücker auseinandergeht.

# Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Juli.

## Die Friedenskundgebung in Konstanz und ercruete Reaktionsblamage.

Man meldet uns aus Konstanz:

Am gestrigen Sonntag drängten sich in dem kleinen mittelalterlichen Konstanz wohl an die 10 000 Menschen, die der Einladung der Konstanzer Genossen zu dem von ihnen einberufenen internationalen Verbrüderungsfest gefolgt waren. Aus Württemberg, Bayern, Vorarlberg, Salzburg, Tirol und Schweiz schleppten die Extrazüge und Sonderdampfer immer neue Laufende heran. Deutsche, Italiener, zum Teil Russen, die aus der Schweiz herübergekommen waren. Seit dem Tage des Konstanzer Konzils, woran man durch allerlei Denkmäler in Konstanz auf Schritt und Tritt erinnert wird, hat die kleine Stadt eine solche Menschenmenge in ihren Mauern wohl nicht mehr beherbergt. Es entwickelte sich in den zum Teil festlich geschmückten Straßen ein fast großstädtisches Schieben und Drängen, dem das überall leuchtende Rot der Ketten, Schärpen und Armbinden ein charakteristisches Gepräge verlieh. Mehr noch aber zeigte sich, daß es sich um ein sozialdemokratisches Fest handelte, in dem Massen aufgebote der Gendarmen, die mit geschultertem Gewehr truppweise in allen Straßen Aufstellung genommen hatten. An 500 Gendarmen sollen aus Anlaß des internationalen Festes in Konstanz zusammengezogen worden sein. Nur Soldaten zeigten sich nicht auf der Straße, da das Militär in der Kaserne konfigniert war, in der den ganzen Tag ein Bataillon unter Gewehr stand. Jeder Mann hatte 25 Patronen gefaßt, wie bekannt wurde. Außerdem hatte die Polizei mit großen Kosten eine eigene telephonische Leitung vom Polizeizeitell auf dem Festplatz zur Kaserne herstellen lassen, um für den Ausbruch der Revolution gerüstet zu sein. Am frühen Morgen um 5 Uhr schon wurde Genosse Krohn von zwei Polizisten aus dem Bette gerissen, die ihm einen Erlaß des herzoglichen Bezirksamtes übermittelten. Darin wurde mitgeteilt, daß das badische Ministerium telegraphisch Auftrag erteilt habe, den ausländischen Sozialdemokraten das Auftreten in der Versammlung zu verbieten. Auf die von Krohn bei dem Vorsteher des Bezirksamtes, Regierungsrat Groß, erhobenen Vorstellungen meinte der von dem Erlaß sichtlich unangenehm berührte Beamte, das Verbot entspringe offenbar der Sorge, daß die Landstreifen über die auswärtige Politik des Deutschen Reiches sprechen würden. Sie mögen der Behörde eine schriftliche Verpflichtung abgeben, dies nicht zu tun, dann werde das Verbot sich vielleicht rückgängig machen lassen. Inzwischen war es 11 Uhr vormittags geworden und die italienische Versammlung auf dem Festplatz sollte stattfinden. Im Polizeizeitell hatte der Regierungsrat selbst nebst vier Polizeibeamten Platz genommen, während ein starkes Gendarmerieaufgebot auf dem Blase selbst sich befand. Vor allem mußte auf Befehl der Behörde die rote Drapierung der Rednertribüne durch zwei gelbe Rosetten unschädlich gemacht werden. Die Heisterlei, die diese Rosetten hervorriefen, veranlaßte die Polizei, diese am Mittag durch zwei aus Papier geschnittene Schweizer Kreuze zu ersetzen. Genosse Rotondi als Einberufer der italienischen Versammlung machte den zahlreich anwesenden italienischen Festteilnehmern Mitteilung von der eingetretenen Störung. Die ausbrechenden Pfui!-Rufe dämpfte er durch die Warnung: „Still, wir sind in Deutschland, nicht in der Schweiz.“ Derweilen hatten die als Redner bestimmten Genossen Rücksprache gepflogen und beschlossen, das Anstehen der Polizei abzulehnen, vielmehr dem Genossen Krohne folgende schriftliche Mitteilung zu machen:

Lieber Genosse Krohne!

Auf Ihre Anfrage teilen wir Ihnen mit, daß wir uns die Referate zu eingeteilt haben, daß die Aufgaben und Pflichten des internationalen Proletariats, Greulich vom schweizerischen, Adler vom österreichischen, Webel vom deutschen, Todeschini vom italienischen Standpunkt erörtern werden.

Mit Parteigruß

Unterschriften.

Eine Unterwerfung unter die Eingebung der Polizei wäre nicht nur unserer Genossen unwürdig, sondern auch zwecklos gewesen, denn inzwischen war bereits ein zweites Telegramm von der badischen Regierung aus Karlsruhe eingelaufen, das nach der vom Bezirksamt dem Genossen Krohne gemachten Mitteilung lautete, Reichslandländer dürfen in sozialdemokratischer Versammlung nicht als Redner auftreten, bei Zuwiderhandlung hat Ausweisung zu erfolgen. Dieser Was war noch nicht bekannt, als mittags sich der Festzug formierte, an dem sich etwa 6000 Menschen mit klingendem Spiel und flatternden roten Fahnen beteiligten. Auf Befehl der Polizei mußte das aufziehende Rot der Fahnen durch Anheftung weißer Schleifen gedämpft werden. Nachmittags 3 Uhr sollte nun programmäßig auf dem Festplatz die große Versammlung stattfinden.

Da nun aber die badische Regierung nicht dulden wollte, daß die bösen Ausländer Adler und Greulich Ansprachen halten sollten, mußte die Versammlung schweizer Gastrecht in Anspruch nehmen. Genosse Greulich hatte ihr nämlich empfohlen, nach dem nur 10 Minuten entfernten, auf Schweizer Boden gelegenen Kreuzlingen überzusiedeln, wo alles, was innerhalb deutscher Grenzpfähle nicht gesprochen werden dürfte, ruhig gesagt werden könne. Als Genosse Webel seinen Vortrag gehalten hatte, zog dann die Versammlung über die Schweizer Grenze hinüber nach Kreuzlingen, wo die Genossen Adler und Greulich ihre Ansprachen hielten. Die kleine schweizerische Republik fühlte sich mächtig genug, jene von Deutschland gefürchtete Belastungsprobe zu ertragen! Die gewaltige Demonstration erlitt also durch das Vorgehen der offenbar aus Berlin inspirierten badischen Regierung nicht nur keinen Abbruch, sondern sie gewann durch das Verbot an demonstrativer Bedeutung. Die deutsche Diplomatie schuf sich so an einem Tage zwei Blamagen!

Ueber die Ansprachen der Genossen berichten wir noch näher in der morgigen Nummer.

### Bilow als Friedensstörer.

Wir haben in unseren Darlegungen über die famose Note des Reichskanzlers gegen die Rede Jaurès' fogleich auch darauf verwiesen, daß die Note geeignet sei, den französischen Chauvinismus zu stärken. Es wurden auch bereits Zeugnisse aus der französischen Presse beigebracht, welche bestätigen, daß die Pariser deutschbayerische Presse die Note eifrig in ihrem Sinne ausbeutet. Von besonderem Interesse zur Erkenntnis der Großleutnants-Bilow'scher Klugheit ist, was heute der Pariser Korrespondent der „Voss. Ztg.“ seinem

Blatte über diesen einen Erfolg der an Erfolgen überreichen Aktion Bilow's mitteilt. Er führt aus:

Der Reichskanzler hat da einen bedauerlichen Irrtum des Urteils begangen. Er ist sicher noch immer überzeugt, daß er ein besonders schönes Stück diplomatisch stilistischer Arbeit geleistet, eine bittere Pille mit besonders wohlwährendem und parfümiertem Zucker umhüllt und sich Herrn Jaurès gegenüber ritterlich und lebenswürdig erwiesen hat. Es wird ihn daher vielleicht wundern, wenn man ihm mit aller schuldigen Achtung zu wissen tut, daß es ihm nicht geglikt ist, seine Absicht in der Note zum Ausdruck zu bringen. Die, für die sie bestimmt war, haben sie weder als wohlwollend noch als schmeichelhaft empfunden. Sie waren erstaunt, zu sehen, daß ein Meister des gesprochenen und des geschriebenen Wortes, wie es Fürst Bilow ist, auch einmal von seiner Feder vollkommen in Stich gelassen werden kann. An Ironie kann man doch bei ihm nicht glauben, sie wäre nicht vornehm, von einem Mächtigen einen unvergleichlich Schwächeren gegenüber gelibt. Wenn aber das unbehaltensmäßige Lob des Herrn Jaurès und namentlich die Betonung der Uebereinstimmung des Reichskanzlers mit ihm in einzelnen Punkten der auswärtigen Politik nicht ironisch gemeint waren, dann ist es schwer zu verstehen, daß Fürst Bilow sich nicht vorher jagte, welche Wirkungen seine Redewendungen in Frankreich machen würden. Er kann doch unmöglich den Feinden des Herrn Jaurès eine Worbewaffe gegen ihn haben liefern wollen, denn das wäre eine Einmischung in die innere Politik, in die parlamentarische Parteipolitik Frankreichs, die ihm sicher fern liegt. Tatsächlich hat er aber gerade dies getan. Die nationalpolitischen und kirchlichen Todfeinde des Herrn Jaurès haben sich jubelnd der Note des Reichskanzlers bemächtigt und deuten sie dem französischen Volke als einen Freijettel, den die deutsche Regierung einem Politiker erteilt, der in Frankreich mit Erfolg für sie und gegen sein Vaterland gearbeitet hat. Eine derartige Verdächtigung kann hier sehr gefährlich werden. Man hatte gegen Herrn Clémenceau weniger anzuführen als das amtliche Lob des Reichskanzlers für Herrn Jaurès, und es hat ihm beinahe den Hals gebrochen, ihm jedenfalls auf vier Jahre das Parlament vergeschlossen. Zum Glück für Herrn Jaurès sind seine Wähler sozialistische Arbeiter, auf die noch so giftige Angriffe eines „Figaro“, „Gaulois“ oder „Temps“ keinen Eindruck machen. Vor bürgerlichen Wählern, selbst radikalen, — die Toulonier Wähler des Herrn Clémenceau, die ihn mit dem Hohrnuse: „Oh yes!“ beschimpften, waren Radikale — hätte die Anerkennung, die Fürst Bilow für Herrn Jaurès' auswärtige Politik ausspricht, ihn unmöglich gemacht. Fürst Bilow war doch ein feiner Kenner der französischen Seele, als er der hiesigen Botschaft zugeteilt war. Ist sie ihm seitdem so vollständig fremd geworden, daß er nicht mehr im voraus beurteilen kann, wie eine Kundgebung von ihm auf sie wirken wird? Wenn das wäre, würden gewisse Besorgnisse wohl gerechtfertigt sein.

Auch die Pariser Korrespondenten anderer großen und bürgerlichen Blätter urteilen ähnlich. Soweit die Intelligenz und der Laiz des deutschen Kanzlers Einfluß hat, sind unzweifelhaft durch den Fürsten Bilow die deutsch-französischen Beziehungen ungemein erschwert worden. Die Reichsregierung erklärt andauernd, vom Wunsche guter Beziehungen zu Frankreich beseelt zu sein, ihre Taten jedoch sind geeignet, das Gegenteil der löblichen Absicht zu erreichen.

Nach jeder Richtung, in bezug auf die deutschen Verhältnisse wie auf die französischen Verhältnisse, erweist sich die Polizeiaktion des Reichskanzlers als ein Meisterstück der diplomatischen Unklugheit, welche Eigenschaft selbst die „Köln. Ztg.“ in dem Verbot fand, als es noch nicht erfolgt war. Wenn aber diese Unklugheit der deutschen Sozialdemokratie außerordentliche Förderung brachte, so sind wir überzeugt, daß die französische Sozialdemokratie auch die böse Wirkung der Bilow'schen Stärkung des Chauvinismus überwinden wird. Auch diese Sünde der Diplomatie wird durch die Sozialdemokratie wettgemacht, der Bilow'sche Eifer sucht jedes Eingreifen in die Angelegenheiten der auswärtigen Politik zu verwehren vergeblich sich müht. —

### Offizielle Verblöding.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ unternimmt den Versuch, die Note ihres Meisters gegen den, abgesehen von der konservativen Reaktionspresse fast allgemeinen, mehr oder minder scharfen Tadel zu schützen. Es ist zuzusehen, daß der Versuch schwierig ist und die offiziellen Kräfte weit übersteigt. Aber dermaßen beschämend schlägiges Geschwätz müßte selbst die „Nordd. Allg. Ztg.“ nicht leisten.

In tölpelhafter Umschreibung eines Satzes der Bilow'schen Note sagt das offiziöse Organ:

„Schon die Tatsache, daß die Sozialdemokratie einen ausländischen Parteigenossen als Lokartikel auszustellen gedachte, mußte jedermann klar machen, daß Herr Jaurès in den unmittelbaren Dienst der um Verhütung des Verlegens deutschen Sozialdemokratie gestellt werden sollte. An die Ehrlichkeit der Absicht, im Geiste des Ausgleichs von Gegensätzen zwischen Deutschen und Franzosen zu wirken, haben die Verantwortlichen des geplanten Spektakels selbst am allerwenigsten geglaubt, wie die dem Verbot vorangegangenen Kundgebungen ihrer Blätter deutlich genug zu erkennen gaben. Auf organisierte Verhörung unter Mitwirkung ausländischer Kräfte kam es ihnen allein an. Auch die reikamehafte Ankündigung eines Hinübergreifens der Sozialdemokratie auf das Gebiet der auswärtigen Politik hatte lediglich den Zweck, der Aktion in den Augen der irreführten Massen größeren Schwung und damit tiefere Wirkung zu gewährleisten, als die abgedruckten alten Methoden zu erreichen vermöchten.“

Wo der Gedanke ausgeht, stellt sich die sinnlose Schmähsucht ein. Beweislos werden den politischen Gegnern die niedrigsten Beweggründe und Absichten unterstellt. Und nicht einmal der Bächerlichkeit wird sich das offiziöse Organ bewußt, daß sein Gebieter einen ausländischen Politiker verherrlicht, der so gemein oder so dumm ist, mit den Spektakelmachern und Hebern Fremdschast zu halten.

Nach jener inhaltlosen Tirade sagt dann die „Norddeutsche“ Led, der „Vorwärts“ habe in seiner Kritik des Bilow'schen Verfahrens nur „hohle Tiraden“ gemacht. Die „Norddeutsche“ vermeidet jedoch sorgsam, die wesentlichen Argumente unserer Kritik mitzuteilen. So weit sie davon ein wenig mitteilt, macht sie Unwahrheit und Unsinn daraus. „Besonders unbehaglich“ sei dem „Vorwärts“ der Fall Delfor, sagt Offiziöses und fügt hinzu: „Der „Vorwärts“ hat nichts dergleichen einzuwenden, daß Herr Delfor gehindert wurde, gegen die Außenpolitik der französischen Regierung öffentlich zu reden.“ In Wahrheit hat der „Vorwärts“ diese Maßnahmen der französischen Regierung als „überaus mißbilligenswert“ gekennzeichnet, obgleich Delfor — im Gegensatz zu Jaurès — unmittelbar gegen einen zur Beratung stehenden französischen Gesandten sprechen wollte. Selbst der eindeutigen Rüge muß sich das offiziöse Blatt bekennen, um den Geniestreich Bilow's zu verteidigen.

Schließlich ist dem Offiziösen wichtig, den Kanzler gegen den Vorwurf zu schützen, als könnte ihn Furcht vor dem Sozialismus bewegen. Diesen „Wahnen“ des „Vorwärts“ begegnet er mit dem köstlichen Schlußsatz:

„Wir müssen offen gestehen, daß uns in der Praxis bisher noch kein Fall vorgekommen ist, in dem ein von Furcht ergriffener

Festher wohlgezielte Liebe anstelle. Einer Regierung, die ohne Schwanken Maßnahmen trifft, von denen sie weiß, daß sie ihre Angriffe zuziehen werden, mag man alles Mögliche nachsagen, nur nicht Furcht vor denen, die durch die Maßnahmen getroffen werden.“

Es wäre das Erbeten dieses erheitenden Jergangs kanzlerischer Staatskunst, wenn Fürst Bilow wirklich glauben könnte, „wohlgezielte Liebe“ ausgeteilt zu haben. Aber Fürst Bilow, den in diesem Fall selbst die ihm gefällig dienende Presse verläßt, glaubt dies ebenfowenig, wie er weiß, daß es nicht gut ist, wenn die Offiziösen allzu auffällig die Unwahrheit sagen, indem sie ihm andichten, er habe „ohne Schwanken“ sein Verbot geleistet. Das ist unwahr. Fürst Bilow hat tagelang geschwankt, wie er sich verhalten soll. Andererseits wäre der Erlaß viel früher erfolgt und nicht erst so spät, daß Jaurès bereits auf dem Wege war, die Eisenbahn zu besteigen. Die Treibecken der Scharfmacherpresse, die am vorigen Mittwoch bereits das Verbot als sicher, am Donnerstag wieder ihre Nachricht als verfrüht mitteilte, haben verraten, wie es hinter den Kulissen zugeht. Und aus den Korrespondenzen der „Frankf. Ztg.“ und „Köln. Ztg.“, deren Berliner Mitarbeiter im Auswärtigen Amt Informationen empfangen, ging zweifellos hervor, daß in diesem Ressort nach einigen Erwägungen ein Verbot der Jaurès-Rede als abgeschlossen galt.

Wenn es der Regierung aber nun peinlich ist, von „Furcht vor dem Sozialismus“ zu hören, so hätte mindestens Fürst Bilow die Begründung seines Verbots klüger einrichten sollen. Der wesentliche Gedanke der Begründung war der Hinweis, daß die Sozialdemokratie die Rede Jaurès zu ihren Zwecken ausnützen werde. Wenn der Sozialismus das Gemüt des Reichskanzlers nicht erregt, wenn er in ihm nicht eine Ersehung sieht, die mit jedem Mittel, auch dem der geistlos waltenden Polizeifantasi bekämpft werden muß, dann war das Verbot unmöglich. Wenn aber das Verbot erfolgte, aus welchem Motiv sonst, wenn nicht aus Furcht vor dem Sozialismus!

## Deutsches Reich.

### Ein klassischer Verteidiger der Soldatenpeiniger.

Aus Halle berichtet man uns unterm 8. Juli: In eifriger Sitzung verhandelte heute das Kriegsgericht der 8. Division gegen den Sergeanten Gustav Hilsfeld und die Gefreiten Joseph Maraschek, Hans Hottenrodt, Otto Sutter und Karl Kufelbach von der 5. Esadron des Kürassier-Regiments v. Seydlitz (Halberstadt). Schon vor der Bekanntgabe der Personnamen der Angeklagten hatte der Vertreter der Anklage beantragt, während der Verhandlung die Öffentlichkeit auszuschließen. Das Gericht ließ sich darauf aber nicht ein und beschloß öffentlich zu verhandeln. Dies war vernünftig, zumal Ende Mai d. J. die Taten der Angeklagten schon in der Presse ausgedeutet worden waren. Es handelte sich um gewohnheitsmäßige Mißhandlungen, die erst durch den Selbstmordversuch eines Gepeinigten an den Tag kamen.

Am Morgen des 25. Mai, als sich das Regiment v. Seydlitz auf dem Truppenübungsplatz in Altengrabow befand, vernahm der Buzenachtmischer Jähde einer plötzlichen Anall. Jähde ging in die Stube der Parade 29 und fand dort den Kürassier Schäfer in einer Wutlage am Boden liegend. Der Mann hatte einen Karabiner in selbstmörderischer Absicht auf sich gerichtet und sich in der linken Brustseite — das Herz hatte er glücklicherweise nicht getroffen — eine gefährliche Wunde beigebracht. Als der besinnungslose Kürassier wieder zu sich gekommen war, gab er an, er habe sich durch einen Schuß mit einer Klapppatrone töten wollen, weil er die Trübsalen nicht mehr ertragen konnte, die Angeklagten hätten ihn mißhandelt wie einen Säububen.

Auf Befragen, weshalb er die Schurkeleien denn nicht gemeldet habe, erklärte er, er habe das Subvertraien zum Militär verloren. Angestellte Untersuchungen ergaben nun, daß nicht bloß Schäfer, sondern auch andere Kürassiere ganz erheblich mißhandelt worden waren. Auf Schäfer, dem der Dienst sehr schwer fiel, weil er häufig krank im Lazarett gelegen hat, hatten es die Angeklagten ganz besonders abgesehen. Ihn hatte man wiederholt mit Säulen ins Gesicht geschlagen, mit Füßen getreten, mit Rohrstäben, Wischläden, Karabinerlinteralen, Pferdehalftern mit Kette, Deckengurt, Besenhielen usw. mißhandelt. Eines Tages, als er die schwere Häufelmaschine nicht mehr drehen konnte, hatte man ihn zu Boden geworfen und ihn mit Füßen getreten. Der Sergeant hatte die Redensart getan, er werde Schäfer in Altengrabow schneisen, daß ihm der — nach hinten fliehe. Als Schäfer schwer verletzt im Lazarett lag, hatte der Sergeant um gut Wetter gebeten und noch verjücht, den Unglücklichen zu einer falschen Aussage zu verleiten. — Der Ankläger warf ein, die Tat grenze an Verleitung zum Meineid. — Schäfer, der gegenwärtig noch im Lazarett in ärztlicher Behandlung ist, beschwor als glaubwürdiger Zeuge, daß er die Waffe nur deshalb auf sich gerichtet habe, weil er die Mißhandlungen nicht mehr ertragen konnte; er habe von den Angeklagten mindestens aller Woche einmal, wenn nicht zweimal seine Prügel bekommen. In der Mißhandlung waren 35 Zeugen geladen, die teils selbst Prügel bekommen hatten und Schäfers Angaben bestätigten. Vorgeschichte von Schäfer erklärte, daß Schäfer ein gebaut ist, zum Weiten schiedt veranlagt war und auch an Lungenblutungen gelitten habe.

Eine recht bemerkenswerte Rolle spielte in dem Prozeß der Verteidiger der Angeklagten, Oberleutnant Graf Gersdorf vom Kürassier-Regiment. Er hatte beantragt, Schäfer, der ein „Schlapper“ Soldat mit mangelndem Ehrgefühl sei, nicht zu verurteilen. Das Gericht beschloß natürlich die Verurteilung und schenkte Schäfer Glauben. Der Ankläger beantragte nunmehr gegen den Sergeanten Hilsfeld 3 Monate Gefängnis und Degradation, gegen Maraschek 5 Monate Gefängnis und gegen die übrigen Angeklagten Freiheitsstrafen von 3 Wochen bis 10 Tagen herab.

Nunmehr erhielt der Verteidiger Graf Gersdorf das Wort, der mit seiner von heizerischender Offenheit getragenen vollständigen Rede dem Prozeß das Gepräge gab. Der Herr Graf hat an: Schäfer ist der eigentliche Schuldige; er hat die Waffe auf sich gerichtet, um sich selbst zu verurteilen und sich dadurch dem Verredensdienste zu entziehen. In seinem Regiment sei es schon viermal passiert, daß Leute „angebliche“ Selbstmordversuche gemacht haben. Hätte man den ersten Mann gleich wegen Selbstverwundung vor das Kriegsgericht gestellt, dann wäre der jegige Fall nicht passiert. Daß Schäfer zu eng gebaut ist, sei Unfuss. Nicht „das Gebäude des Mannes“, so redete der Herr Graf weiter, sondern seine Pflichtwidrigkeiten haben es mit sich gebracht, daß er schlapp im Dienst war. Junge Schäfer, der sich häufig durch Geldbeträge von seinen Eltern beschaffte, so meinte der Herr Graf, hätte nur unser gutes Kommissbrot essen sollen, dann wäre er schon da! geworden. Die gegen die Angeklagten beantragten Strafen wären unethisch und nur darauf zurückzuführen, daß im Kriegsgericht der 8. Division eine furchtbare Antipathie gegen Unteroffiziere und Gefreite bestesse. (Der Graf wurde vom Verhandlungsführer ersucht, es zu unterlassen, gerichtliche Urteile zu kritisieren. — Der Vorwurf der Antipathie war auch durchaus nicht angebracht, gegen Richter, die beim Defekter Urteil mitgewirkt haben. Der B.)

Der Graf verwehrt sich gegen den ihm auch vom Ankläger gemachten Vorwurf, er habe verallgemeinert und entzogen, er habe es für notwendig gehalten, im Halleschen Kriegsgericht das einmal auszusprechen, was seine Ueberzeugung sei. Darf fährt der Herr Graf mit Pöbel fort: Für das deutsche Vaterland wäre es jammerlich, wenn die deutsche Faust im Kerker nicht einmal dazwischen

**Wille.** Wir sind doch keine höhere Lehrerschule. Die Straffere sind alles kramme Bengels, denen es nicht schadet, wenn sie sich einmal eine reinwischen, oder eins um die Ohren schlagen. Redner beantragt schließlich die Freisprechung seiner Klienten.

Das Urteil lautete gegen den Sergeant Wilsch auf 3 Wochen, gegen Koraschek auf 6 Wochen und gegen Sutter auf 10 Tage Mittelarrest. Die Strafe Wilsch und Korascheks wurden durch die erlittene Haft als verübt erklärt. Sutter und Kückelmann wurden freigesprochen. In der Urteilsbegründung hieß es, Schöfer habe durch sein Tun die Mißhandlungen, die als minder schwere Fälle angesehen worden sind, veranlaßt.

#### Zum Prozeß Hüger,

dessen Verhandlungen morgen beginnen, bemerkt Oberst a. D. Gähle in „A. Z.“: „Sehr bedauerlich war es schon, daß die äußerst belästigenden Beschuldigungen des Oberst Hüger 2½ Jahre hindurch die Rinde durch ganz Deutschland gemacht haben und überall besprochen und verbreitet worden sind, ohne daß der preussische Kriegsminister und irgend einer der in ihrem Rufe geschädigten hohen Offiziere es für angebracht hielten, den Weg der Klage zu betreten. Man kann vielmehr sagen, daß der Angeklagte die gerichtliche Verfolgung seinerseits erst erzwungen hat. Sodann haben die militärischen Behörden die Anshändigung der ehrengerichtlichen Akten vor Gericht, aus denen nach der Behauptung des Oberst v. Hüger die Vergehen der betreffenden hohen Offiziere und Beamten hervorgehen sollen, rundweg verweigert. Man begreift nicht recht, warum? Offenbar hat die Militärverwaltung noch das größte Interesse daran, daß gerade durch die öffentliche Besprechung an der Hand der Akten der strikte Nachweis geführt wird, wie offen, rechtlich und ehrenhaft in der ganzen Angelegenheit gehandelt worden ist. Im Interesse des Angeklagten kann die Verweigerung der Einsichtnahme des Gerichts in die Akten auch nicht geübt sein, denn der hat die Vorlage der Akten selbst beantragt und auf die Weigerung der Militärbehörden sogar ein entsprechendes Inmediatgesuch an den Kaiser und König eingereicht. Man sieht hier also vor einem Mästel. Unerklärlich ist es auch, daß der größte Teil der schwer angegriffenen Offiziere erst durch die direkte Aufforderung seitens des preussischen und des württembergischen Kriegsministeriums veranlaßt worden ist, eine Verteidigungsklage gegen Oberst Hüger einzureichen. Wäher demigens war es in der preussischen Armee nicht üblich, so schwere Beschuldigungen auf sich sitzen zu lassen; im Gegenteil pflegte man gegen Offiziere, die solche Angriffe duldeten, ehrengerichtlich vorzugehen. Aber die Zeiten und die Gewohnheiten ändern sich ja wohl.“

Endlich ist es bedauerlich, daß nicht alle Beschuldigungen, die Oberst Hüger erhoben hat, unter Anklage gestellt zu sein scheinen, so der Vorwurf der Parteilichkeit gegen den kommandierenden General v. Bindequist und andere schwere, falls unwahr jedenfalls beleidigende Beschuldigungen gegen den Generalleutnant v. Hindenburg, das Generalkommando des VIII. Armeekorps und den Generalleutnant v. Oppen.

Man kann hiernach dem Verlauf des Prozesses nur mit größter Spannung entgegensehen und im Interesse des guten Rufes unseres Heeres die dringende Hoffnung aussprechen, daß man während der Verhandlungen auf allen Seiten bestrebt sein wird, die vollste Klarheit über die bedauerliche, allzulange schon schwebende Angelegenheit zu schaffen.“

#### Gegen die Reptilienpresse.

Die privilegierte und subventionierte Amtspresse ist in ganz Deutschland zu einer Landplage geworden. Anspruch auf amtliche Bekanntmachungen hat in den deutschen Vaterländern nur das Organ, welches sich durch „Wohlerhalten“ herbortut. Das Amtsblattprivilegium wird im Norden ausschließlich an konservativen Organe verliehen, während im Süden die Gazetteen der nationalliberalen Partei sich im Schatten des behördlichen Privilegiums mühen. Durch dieses Amtsblattsystem wird nicht nur der politische Kampf in unsanter Weise beeinflusst, sondern es schließt auch eine Agitation gegen die Zwangsabonnenten der Amtsblätter in sich, welche einer anderen politischen Richtung angehören und gezwungen sind, als Reamte z. eine gegnerische Parierichtung zu unterstützen und dabei neben dem amtlichen den „geistreichen“ politischen Teil mitbereden zu zu müssen. — Unsere Genossen im heftigen Landtag hatten nun den Antrag auf Beseitigung der Amtsblattprivilegien eingebracht, sie verlangten, entweder allen Zeitungen die amtlichen Bekanntmachungen zuzustellen, oder eine Beilage herauszugeben, welche nur amtliche Bekanntmachungen enthält und sämtlichen Zeitungen gegen Erstattung der Selbstkosten beigegeben werden solle. Die Regierung stand diesem Antrage natürlich ablehnend gegenüber, obgleich sie augenblicklich, daß dem bisherigen Amtsblattanwesen schwere Mängel anhaften. Der Ausschuss hatte dem zweiten Teil des Antrages zugestimmt und dem Landtage einen diesbezüglichen Initiativ-Gesetzentwurf unterbreitet. Am Donnerstag kam der Antrag im Landtage zur Beratung. Und siehe da! Alle Parteien — mit Einschluß der Nationalliberalen — erkannten die schweren Mängel des Systems an und da sich auch die Regierung bereit erklärte, einen Versuch zu machen, um eine Veränderung einzuleiten zu lassen, sich aber gegen die Form eines Gesetzentwurfes wendete, zog der Ausschuss den Entwurf zurück und brachte den Antrag ein: „Die Regierung möge auf Grund des von dem Ausschusse vorgelegten Materials alsbald an eine Neuregelung des Amtsblattprivilegiums, wozu es in dessen nach den dem selbigen Ausschusse enthaltenen Grundsätzen herantreten.“ — Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Die heftige Regierung wird also nicht umhin können, dem einseitig behandelten Verlangen der Volksvertretung nach Beseitigung der privilegierten Reptilienpresse nachzukommen. Bei der Abstimmung hatte allerdings die größte Zahl der Nationalliberalen den Saal verlassen, da sie offenbar nicht den Mut besaßen, gegen das Amtsblattprivilegium zu stimmen, in dessen trüben Wasser sie so gut zu fischen verstanden. —

#### Folgen ultramontaner Verhöhnung.

Wesentlich wird von fanatischen katholischen Mönchen in Worms noch obendrein eine gemeine und gewissenlose Hetze gegen die beiden jungen Mädchen verübt, an denen der saubere Probst R. A. L. sich vergangen hatte und die im Prozeß als Hauptzeugen auftraten. Am Sonnabend stand vor der zweiten Strafkammer in Mainz die 34-jährige Frau des Fabrikarbeiters Peter Buscher, wohnhaft in Worms. Die Angeklagte hatte am 6. Mai die vierzehnjährige Hedwig Schmidt, eine der Belastungszeuginnen im Prozeß R. A. L., in nicht wiedergugebender abscheulicher Weise beleidigt. Sie beschuldete die jungfräuliche Ehe des vierzehnjährigen Mädchens und behauptete auch, das Mädchen habe im Mainz-Prozeß falsches Zeugnis abgelegt. Die Angeklagte will alles von einer Handelsfrau auf dem Markt erzählt bekommen haben. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu 60 M. Geldstrafe und in die Kosten, von einer Freiheitsstrafe wurde nur deshalb abgesehen, weil die Buscher noch unbestraft ist. Derartige Gemeinheiten nehmen nicht wunder, da die ultramontane Presse und gewisse schwarze Agitatoren sich nicht scheuen, Mainz mit einem Glorionschein zu umgeben und ihn als Opfer antisemitischer Verfolgungen hinzustellen. —

**Selbstmord eines Marineoffiziers.** Der Kommandant des durch den Zusammenstoß mit dem Linienschiff „Wörth“ zu Schaden gekommenen Torpedobootes S. 124, Oberleutnant zur See Rirnhelm, hat sich, den „vieler Neuesten Nachrichten“ zufolge, heute nacht in seiner Wohnung erschossen. Vermuthlich so schreibt eine Korrespondenz, ist die traurige Tat darauf zurückzuführen, daß Oberleutnant Rirnhelm durch den Tod des Maschinenamtmachers Trompke, der als Folge der Kollision angesehen ist, in eine schwere Gemüths-erregung geraten ist, und in dieser Stimmung Hand an sich selbst legte. —

#### Die Wahlrechtsänderung in Lübeck.

Die neue Bürgerchaftskommission hat die Beratungen über die Verfassungsreform in Lübeck beendet und Bericht erstattet. Danach hat die Kommission die Senatsvorlage beibehalten und das Wahlrecht weiter erheblich eingeschränkt. Die vorliegenden Änderungen sind folgende: 1) der 1200 Mark-Jenjus bleibt bestehen; 2) die Steuergrenze für die Klassenstellung wird auf 2500 M. erhöht; 3) in Klasse 1 wählen alle wahlberechtigten Bürger des Freistaates 30 Vertreter nach den Grundbesitz der Verhältniswahl; 4) in Klasse 2 wählen die Bürger mit mehr als 2500 M. Einkommen 90 Vertreter und zwar 75 Vertreter für das Stadt- und 15 für das Landgebiet. —

#### Südwestafrikanische Verluste.

Berlin, 9. Juli. Ein Telegramm meldet aus Windhuk: In den Gefechten bei Reidorus vom 26. bis 28. Juni 1905: Gefallen: Hauptmann Ludwig Fischer, geboren am 17. 12. 68 zu Gauen; Assistenz-Arzt Dr. Karl Horn, geboren am 18. 4. 78 zu Grünberg; Wärsfeldweibel Ernst Sonntag, geboren am 5. 7. 76 zu Dresden-N., Kopfschlag; Sergeant Andreas Duhustod, geboren am 10. 12. 80 zu Hohenlandern.

Verwundet: Sergeant Albert Vorkholz, geboren am 22. 10. 74 zu Alibron, schwer, Schuß rechten Unterschenkel; Reiter Adam Gregorick, geboren am 18. 12. 81 zu Welsch, schwer, Kopfschlag; Reiter Friedrich Webel, geboren am 16. 1. 83 zu Trebitz, leicht, Fleischschuß rechten Fuß; Reiter Heinrich Rister, geboren am 18. 7. 82 zu Weidobach, leicht, Streifschuß rechte Hand; Reiter Alexander Hajduzel, geboren am 17. 7. 81 zu Dalgertowitz, leicht, Schuß rechten Handteller; Reiter Karl Meier, geboren am 31. 8. 79 zu Wesel, leicht, Streifschuß linken Unterschenkel.

Im Verfolgungsgefecht nach den Gefechten bei Reidorus am 1. Juli 1905: Gefallen: Gefreiter Friedrich Stöhr, geboren am 3. 6. 81 zu Feuerbach, Kopf- und Brustschuß; Reiter Otto Buse, geboren am 21. 12. 81 zu Ehrlich, Kopfschlag.

Verwundet: Unteroffizier Wilhelm Nacher, geboren am 30. 12. 79 zu Werder, leicht, Streifschuß linke Hand.

Auf Patrouille südlich der Dlorufu-Berge am 3. Juli 1905: Gefallen: Reiter Karl Piplad, geboren am 26. 1. 83 zu Morn, Brustschuß. Außerdem: Reiter Friedrich Siebel, geboren am 11. 9. 83 zu Halberstadt, am 28. Juni 1905 in der Krankensammelstelle Karubas (Süd) am Tophus gestorben. Reiter Johann Weier, geboren am 3. 1. 72 zu Ipsheim, hat sich am 2. Juli 1905 bei Modderfontein durch Sturz vom Pferde einen schweren Schädelbruch zugezogen. —

#### Ausland.

##### England.

#### Die Arbeitslosen-Vorlage.

London, 9. Juli. (Fig. Ver.) Unter Leitung der Arbeiterpartei (Labour Representation Committee) und der sozialistischen Organisationen fand heute im Hyde Park eine stark besuchte Arbeiterdemonstration statt. Im Park waren zehn Tribünen errichtet, auf denen die folgenden Arbeiterführer und Arbeitervertreter sprachen: Keir Hardie, Herbert Burrows, Pele Curran, Parrot, Will. Crooks, G. R. Barnes, O'Grady, Sanders, Steadman, Serlon, Ben Tillett, J. R. Macdonald, J. B. Clapham und G. Lansbury. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Diese Massenversammlung von Arbeitern ist der Ansicht, daß die Arbeitslosigkeit den Monopolen und dem Mangel an einer richtigen Organisation der Industrie geschuldet sei; — daß deshalb den lokalen Behörden größere Befugnisse gewährt werden müssen, um diese Frage zu behandeln; — daß große öffentliche Arbeiten von der Regierung unternommen werden müssen und daß die Einrichtung eines Arbeitsministeriums notwendig sei. Wir ablehnen die von der Regierung eingebrachte Arbeitslosen-Vorlage, insofern sie die Verantwortlichkeit des Staates für Arbeitslosigkeit feststellt und die Arbeitslosen als vollberechtigte Bürger betrachtet; aber wir erklären, daß die Vorlage nur wirksam sein könne, wenn sie aufs ganze Land angewendet wird und die Löhne nicht begrenzt; ebenso müßten die Kosten, die die Verwaltung des Arbeitslosen-Geschäftes erfordern würde, vom Staate getragen werden. Wir fordern deshalb die Regierung auf, derartige Zusatzanträge anzunehmen und die Bill in dieser Session durchzubringen.“ —

##### Amerika.

#### Bankrott der Republik Haiti.

Kingston (Jamaika), 9. Juli. („Lasson“-Wiedung.) Der Präsident der Rechnungskammer der Republik Haiti erwiderte, wie von dort gemeldet wird, daß während der 100 Jahre-Feier der Republik Deamte fünf Millionen Dollar in Gold von den im Jahre 1904 aufgenommenen 12 Millionen Dollar gestohlen haben. Die Republik ist jetzt bankrott.

Die Vereinigten Staaten werden die Gelegenheit jedenfalls dazu ausnutzen, die Republik durch finanzielle Unterstützung und diplomatische „Kontrolle“ in ein erstrebtes Abhängigkeitsverhältnis zu bringen. —

Die Chinesenfrage. Präsident Roosevelt hat an alle Häfenbehörden und Einwanderungsbeamten die strikte Weisung ergeben lassen, in der Behandlung der Chinesen, die in berechtigter Weise Einlaß ins Land begehren, vorläufiger zu sein und an die besonderen Bestimmungen des Gesetzes gegen die Chineseneinwanderung zu denken. Eine Klausel des Vertrages mit China erlaubt Reisenden, Studenten und Kaufleuten, wenn sie mit entsprechenden Legitimationen und Pässen versehen sind, die Vereinigten Staaten zu besuchen. Nur heimische Arbeiter aller Art dürfen nicht, auch nicht vorübergehend, eingelassen werden. Die Beamten hatten sich bisher streng an das Gesetz gehalten und jeden Chinesen zurückgewiesen, dessen Legitimation nicht über jeden Zweifel erhaben war. Dabei mögen einige Ungerechtigkeiten vorgekommen sein, aber man war im allgemeinen stets der Ansicht, daß man nicht leicht genug auspassen könne, um von den schlauen Chinesen nicht überlistet zu werden. Erst die jüngste lebhafteste Agitation in China und auch unter den Chinesen in Amerika, die auf eine Veränderung des bisherigen Ausschließungsgesetzes hinstellt, hat bewirkt, daß sich plötzlich viele Stimmen unter den Amerikanern zugunsten der Chinesen erklärten. Der angebrohte Postfall amerikanischer Waren in China hat nämlich begonnen und in den interessierten Kreisen ist man sogleich zu der Erkenntnis gekommen, daß den Chinesen bitteres Unrecht geschieht. Roosevelt wurde bestürzt, dagegen einzuschreiten. Der chinesische Markt hat sich in den letzten Jahren immer mehr angebahnt und ist wertvoll geworden; besonders viel wird u. a. in Baumwollwaren nach China ausgeführt. In Arbeitertreuen ist man von Roosevelts Vorgehen durchaus nicht erheit. Man weiß, daß die Chinesen jede Gelegenheit wahrzunehmen, das Gesetz der Ausschließung zu umgehen, und man kennt die Wünsche mancher Sozialisten, die Chinesen als billige Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben. In den Staaten am Pacific-Ozean hat die Opposition gegen eine Wiederholung des Gesetzesbestimmungen die überwältigende Majorität, und diese Staaten würden sich gegen jede herrschende Partei wenden, die den Chinesen die Tore zu öffnen versucht. —

#### Die Uebergabe des „Potemkin“.

Bukarest, 9. Juli. Heute früh erschienen zwei russische Panzerschiffe, von denen eines die Admiralitätsflagge führte, sowie vier Torpedoboote und ein Torpedoboots-Zerstörer des Schwarzen Meeres-Geschwaders in den Gewässern von Konstana und gaben Salutsschüsse ab. Der rumänische Kreuzer „Elisabeth“ erwiderte den Salut und salutierte die Admiralitätsflagge. Der Marine-

kommandant Rosinski staltete dem russischen Konteradmiral einen Besuch ab; letzterer erklärte, daß er erschienen sei, um das Panzerschiff „Potemkin“ zu suchen. Darauf erwiderte der Marinekommandant, der „Potemkin“ habe zweimal in den rumänischen Gewässern Anker geworfen; er sei mit Rücksicht auf die Eigentümlichkeit der Lage aufgefordert worden, den Hafen zu verlassen oder abzurufen. Die Mannschaft des „Potemkin“ sei ans Land gebracht worden; die rumänischen Behörden hätten von dem Schiffe Besitz ergriffen und es einer Wache anvertraut, die es unter den Schutz der auf dem „Potemkin“ gehißten rumänischen Flagge stellte. Der Marinekommandant fügte hinzu, der König habe angeordnet, daß das Schiff dem Kaiser Nikolaus zu übergeben sei. Nach dieser Mitteilung wurden alle Maßnahmen getroffen, damit die rumänische Wache den „Potemkin“ verlassen und der russische Konteradmiral von ihm Besitz ergreifen könne.

Bukarest, 9. Juli. Die „Ag. Roum.“ meldet: Die Lösung, welche die Angelegenheit des „Potemkin“ gefunden hat, wird allgemein als eine sehr glückliche angesehen, und man beglückwünscht einmütig die rumänische Regierung, daß sie unter Beobachtung der Vorschriften des Völkerrechts und ohne zu Gewaltmaßregeln Schritten zu müssen, der überaus peinlichen Lage ein Ende gemacht hat.

#### Die Marokko-Konferenz vor der Deputiertenkammer.

Paris, 10. Juli. Die vom Ministerpräsidenten Rouvier in der heutigen Kammer Sitzung abgegebene Erklärung hatte folgenden Wortlaut:

Die Kammer erinnert sich, daß unser Gesandter in Marokko bei seiner Reise nach Fez im Januar dieses Jahres den Auftrag hatte, im Namen Frankreichs den Sultan mit den Reformen bekanntzumachen, die am meisten geeignet seien, der gefährlichen Lage seines Reiches wieder aufzuhelfen, und die in großen Zügen der Versammlung der Notabeln des Reiches unterbreitet und vorgeschlagen, sowie sehr gründlich unter Mitwirkung der zu diesem Zwecke ernannten Bevollmächtigten geprüft worden waren. Diese Reformpläne fanden keine ablehnende Antwort oder ernstliche Einwendungen. Der Sultan jedoch, über diese vorbereitenden Verhandlungen unterrichtet, wünschte, die Ansicht der fremden Mächte einzuholen und lud diese zu dem Zwecke zu einer internationalen Konferenz ein. Diese Einladung an uns erging am 30. Mai. Das Berliner Kabinett teilte der Republik am 5. Juni durch eine Note mit, daß ihr die Konferenz als das beste Mittel erscheine, um diese Reformen vorzubereiten. Wir haben darauf geantwortet, daß wir im Prinzip und mit wohlüberlegtem Entschlusse dem Gedanken einer Konferenz nicht gegenüberständen, daß es uns aber notwendig erschiene, um zweckmäßig unseren Beitritt zu erklären, uns mit Deutschland ins Einvernehmen über gewisse Grundsätze zu setzen, deren wir uns in Marokko nicht würden begeben können. Wir wünschten besonders Gewißheit darüber zu erlangen, daß die kaiserliche Regierung ebenso wie wir das besondere Interesse Frankreichs als Grenzland an der Aufrechterhaltung der Ordnung im Scheriffischen Reich anerkenne. Die Erklärungen, die ich mit dem Botschafter Fürsten Radolin ausgetauscht habe, und die von unserem Botschafter Vibour und dem Reichskanzler Fürsten Vissau vereinbart wurden, haben die beiden Regierungen veranlaßt, sich gegenseitige Zusicherungen zu geben, deren Wortlaut die Schriftstüde festlegte, die ich in der Kammer jetzt verlesen werde. (Die Schriftstüde selbst siehe in der ersten Beilage dieses Blattes.)

London, 10. Juli. (Bureau Rossan.) Berichte über ernste Erhebungen sind, wie „Daily Express“ aus Odessa meldet, aus 38 Bezirken der Gouvernements Cherson, Tschernomorsk und Taurien eingetroffen. In einem Umkreise von sechs deutschen Meilen um Odessa wurden während der letzten 10 Tage 17 große Güter geplündert.

Auf eine Anfrage erwidert Kowier, er habe nichts hinzuzufügen. Gerbille Reache verlangt, daß Kowier ein Selbstbuch veröffentlichen. Kowier stimmt diesem Vorschlag zu, erklärt aber, sich nicht zu einer Antwort verpflichten zu können, ehe die Konferenz stattgefunden habe.

#### Letzte Nachrichten und Depeschen.

##### Bayerische Prantagswahlen.

München, 10. Juli. (Privattelegramm des „Sorris.“) Die heutigen Wahlmännerwahlen haben sich für die liberalen Wählerpartien günstig gestaltet. Die Ursache liegt in der brutalen Wahlkreiseinteilung durch die Stadtverwaltung.

Augsburg, 10. Juli. Zeitergebnis der Wahl. Bei der hiesigen Prantagswahl wurden für uns 72 Wahlmänner gewählt, 7 liberale, ausstehend 26. Sehr starke Beteiligung.

Ein weiteres Telegramm meldet:

München, 10. Juli. (Privat-Depesche des „Sorris.“) Der Kreis Marnberg ist an den bürgerlichen Wählerpartien verloren gegangen. Die Sozialdemokratie brachte es bei 21 000 Stimmen auf 99 Wahlmänner, während die Gegner bei 13 000 Stimmen circa 150 Wahlmänner auf sich vereinigten.

München, 10. Juli. (S. Z. B.) Soweit sich bis heute abend zehn Uhr das Resultat der Urwahlen zum bayerischen Landtag überblicken läßt, ergibt sich in der Zusammensetzung folgende Veränderung: Wahlkreis Straubing bisher vereinigte Liberalen und Bauernbündler, drei Mandate vom Zentrum erobert; in der Pfalz Wahlkreis Kaiserslautern ein Mandat, bisher liberal, von den vereinigten Sozialdemokraten und Zentrum gewonnen. Marnberg, bisher sozialdemokratisch, vier Mandate, von den Liberalen erobert. Schweinfurt, bisher vereinigte Liberalen und Bauernbündler, drei Mandate, vom Zentrum gewonnen. Augsburg Stadt, bisher liberal, zwei Mandate von den vereinigten Sozialdemokraten und Zentrum gewonnen. Wahlkreis Günzburg, bisher vereinigte Liberalen und Bauernbündler, zwei Mandate vom Zentrum erobert. Wahlkreis Memmen und Wahlkreis Jmmenstadt, bisher liberal, zusammen vier Mandate, vom Zentrum gewonnen. Aus einer Reihe von unstrittenen Wahlkreisen steht das Resultat noch aus. Aus dem Wahlkreis Oberbayern 1, München 1, liegt folgendes Resultat vor: Im ersten Wahlgang wurden gewählt: 77 liberale Wahlmänner, 28 sozialdemokratische Wahlmänner; im zweiten Wahlgang wurden, soweit bis abends zehn Uhr bekannt ist, 148 Wahlmänner der vereinigten Sozialdemokraten und Zentrum und 7 liberale Wahlmänner gewählt. Obwohl noch eine größere Zahl von Bezirken aussteht, ist es sicher, daß München von dem vereinigten Zentrum und Sozialdemokraten behauptet wird.

Sensopol, 10. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Hier ist heute das Torpedoboot Nr. 267, welches sich weigerte, sich an Rumänien zu ergeben, angekommen. Die Mannschaft, 16 Köpfe stark, wurde verhaftet und auf dem Transportsschiff „Fru“ untergebracht. Auch der Danziger „Waga“ ist hier angekommen.

Die Einigung über die Marokkokonferenz.

Zu gleicher Zeit wird in Berlin und in Paris der Notenaustausch zwischen der französischen und deutschen Regierung bekannt gegeben, der den vorläufigen Abschluss des Marokkokonferenz bedeutet.

Es hat ungemein lange gedauert, bis dieses Ergebnis erreicht wurde. Bei etwas mehr Eifer und Entgegenkommen des früheren französischen Ministers des Auswärtigen, bei etwas mehr Voraussicht und etwas weniger Rücksichtsfähigkeit der deutschen Politik hätte der grüßliche Spalt, der monatelang Westeuropa beunruhigte, vermieden werden können.

Es erscheint jetzt ebenso wie schon durch die ganze Zeit dieses Jahres wie Wahnsinn, daß wegen Marokko die internationale Lage, wie Fürst Bilkow gestand, eine sehr gespannte und gefährliche gewesen ist. Es ist das besondere Verdienst der französischen Sozialdemokratie, daß durch ihren Rat der Kalbblütigkeit und durch die Befestigung des Ministers Delcassé die Gehässigkeiten der Diplomatie und damit die gespannte und gefährliche Lage überwunden wurden.

Nur den einen guten Sinn würde der Marokkokonferenz haben, wenn er dazu führte, daß die Nationen mehr denn bisher die Werke der Diplomatie ihrer dauernden und aufmerksamen Kontrolle unterstellen.

Die zwischen dem kaiserlichen Votschaffer Fürsten von Radolin in Paris und dem französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Ministerpräsidenten Rouvier ausgetauschten Erklärungen über die Marokko-Konferenz lauten in Uebersetzung wie folgt:

I. Schreiben des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Ministerpräsidenten Rouvier an den kaiserlichen Votschaffer Fürsten von Radolin vom 8. Juli 1905.

Herr Votschaffer! Die Regierung der Republik ist durch die Besprechungen, die zwischen den Vertretern der beiden Länder sowohl in Paris wie in Berlin stattgefunden haben, zu der Ueberzeugung gelangt, daß die kaiserliche Regierung auf der von dem Sultan von Marokko vorgeschlagenen Konferenz keine Ziele verfolgen wird, welche die berechtigten Interessen Frankreichs in diesem Lande in Frage stellen oder im Widerspruch stehen mit den Rechten Frankreichs, die sich aus seinen Verträgen (oder Arrangements) ergeben und sich im Einklange mit folgenden Grundsätzen befinden:

- Souveränität und Unabhängigkeit des Sultans;
Integrität seines Reiches;
Wirtschaftliche Freiheit ohne jede Ungleichheit;
Nützlichkeit von politischen und finanziellen Reformen,

deren Einführung für kurze Zeit auf Grund internationaler Vereinbarung geregelt werden soll;

Anerkennung der Lage, die für Frankreich in Marokko geschaffen wird durch die langausgedehnte Grenzberührung zwischen Algerien und dem Scherifischen Reiche, durch die sich hieraus für die beiden Nachbarländer ergebenden eigenartigen Beziehungen, sowie durch das hieraus für Frankreich folgende besondere Interesse daran, daß im Scherifischen Reiche Ordnung herrsche.

Infolgedessen läßt die Regierung der Republik ihre ursprünglichen Einwendungen gegen die Konferenz fallen und nimmt die Einladung an.

Genehmigen pp.

Rouvier.

II. Antwort des kaiserlichen Votschaffers Fürsten von Radolin an den französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Ministerpräsidenten Rouvier, vom 8. Juli 1905.

Herr Ministerpräsident! Da die Regierung der Republik die von dem Sultan von Marokko vorgeschlagene Konferenz annimmt, hat die kaiserliche Regierung mich beauftragt, Ihnen ihre mündlichen Erklärungen zu bestätigen, wonach sie auf der Konferenz keine Ziele verfolgen wird, welche die berechtigten Interessen Frankreichs in diesem Lande in Frage stellen oder im Widerspruch stehen mit den Rechten Frankreichs, die sich aus seinen Verträgen (oder Arrangements) ergeben und sich im Einklange mit folgenden Grundsätzen befinden:

- Souveränität und Unabhängigkeit des Sultans;
Integrität seines Reiches;
Wirtschaftliche Freiheit ohne jede Ungleichheit;
Nützlichkeit von politischen und finanziellen Reformen,

deren Einführung für kurze Zeit auf Grund internationaler Vereinbarung geregelt werden soll;

Anerkennung der Lage, die für Frankreich in Marokko geschaffen wird durch die langausgedehnte Grenzberührung zwischen Algerien und dem Scherifischen Reiche, durch die sich hieraus für die beiden Nachbarländer ergebenden eigenartigen Beziehungen, sowie durch das hieraus für Frankreich folgende besondere Interesse daran, daß im Scherifischen Reiche Ordnung herrsche. Genehmigen pp.

Fürst von Radolin.

III. Gemeinsame Erklärung des kaiserlichen Votschaffers Fürsten von Radolin und des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Ministerpräsidenten Rouvier, vom 8. Juli 1905.

Die deutsche Regierung und die Regierung der Republik kommen überein:

1. gleichzeitig ihre zur Zeit in bezug befindlichen Gesandtschaften nach Tanger zurückzuberufen, sobald die Konferenz zusammengetreten sein wird;

2. dem Sultan von Marokko gemeinschaftlich durch ihre Vertreter Ratschläge erteilen zu lassen zur Feststellung des von ihm der Konferenz vorzuschlagenden Programms auf den Grundsätzen, wie sie in den unter dem 8. Juli 1905 zwischen dem deutschen Votschaffer in Paris und dem Ministerpräsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten ausgetauschten Schreiben angegeben sind.

Geschehen in Paris, den 8. Juli 1905.

Fürst von Radolin. Rouvier.

Der Krieg in Ostasien.

Die Besetzung Sachalins.

Wladiwostok, 9. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Am Südende der Insel Sachalin wurde gestern ein nach Osten gehendes japanisches Geschwader gesichtet. Es bestand aus dem Kreuzerpanzerkreuzer „Fuso“, dem Linienkreuzer „Tschinjen“, einem Kreuzer vom Typ des „Iwate“, sechs Kreuzern zweiter Klasse, vier Kanonen-

booten, 86 Torpedoboote und zehn Transportschiffen. Zwei Torpedoboote kreuzen westlich der La Perouse-Straße.

Petersburg, 10. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) General Linewitsch meldet unter dem 8. d. Mis.: Die Japaner haben am 7. Juli die Stadt Korsakow auf der Insel Sachalin besetzt. Am 8. um 8 Uhr morgens erschienen 2 Torpedoboote in der Nachbucht und eröffneten das Feuer auf die Stellung Solowjew. Die Abteilung von Korsakow verließ diese Stellung und fing an, sich in nördlicher Richtung zurückzuziehen. Japanische Kavallerie besetzte darauf Solowjew. Die Japaner haben Infanterie, Kavallerie und Artillerie bei Korsakow aufgeschickt.

Ueber das Eroberungsobjekt wird geschrieben:

Die militärische Besetzung Sachalins ist nur gering und besteht mehr aus Gefangenwärtern, als aus kriegsbereiten Truppen. Die Strafgefangenen können in den Japanern lediglich ihre Erlöser sehen, denen sie nach Möglichkeit Hilfe zu leisten bereit sind. Die eingeborene Bevölkerung wird kaum gegen das stammesverwandte Inselvolk Partei ergreifen. Sachalin war einst japanischer Besitz. Durch Vertrag vom Februar 1855 gelangte der nördliche Teil der Insel an das Japanreich und ein Abkommen vom Jahre 1875 brachte dann die ganze Insel in russischen Besitz. Die Bevölkerung besteht, abgesehen von dem wenigen Militär und den etwa 10000 Strafgefangenen, aus Gijaken, Kinos, Orotschenen und Tungusen. Gijaken und Kinos gehören dem mongolischen Stamm an. Sie stehen auf niedriger Kulturstufe und haben keine ausgesprochenen nationalen Neigungen, werden sich aber jedenfalls rasch den Japanern anschließen. Sachalin besitzt bedeutende, zum Teil der Ausbeutung noch nicht zugeführte Naturschätze. Von den Kohlenlagern, die in erster Linie in Betracht kommen, sind diejenigen in der Gegend des Hafens von Due besonders wertvoll. Sie befinden sich seit 1875 in den Händen der Aktiengesellschaft „Sachalin“ und liefern jährlich etwa 100000 Kub. Kurz vor Beginn des Krieges planten die Russen, um die Verschiffung zu erleichtern, den Bau einer Eisenbahn von den Bergwerken zur Küste, deren Länge etwa 40 Werst betragen sollte. Weitere Kohlenlager von mächtigem Umfange befinden sich an der Kumanaja und der Ogobonta. Zu erwähnen sind auch die Kohlenlager von Alexandrow und Wladimir, die der Gefängnisverwaltung gehören und jährlich 600000-800000 Kub liefern. Ferner besitzt Sachalin bedeutende Raphthalager, besonders an der Ostküste in der Nähe des Rabitski-Seebusens und an den Ufern des Kuroiw-Flusses. Für den Gang der Kriegsergebnisse ist Sachalin deshalb von hervorragender Wichtigkeit, weil die Japaner von dort ihre Truppen ohne sonderliche Schwierigkeit auf das Kururgebiet hinüberwerfen können.

Zur Friedenskonferenz.

Washington, 10. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Dem Bernehmen nach sieht Rußland einem von Seiten der chinesischen Regierung geäußerten Wunsch um eine Vertretung auf der bevorstehenden Friedenskonferenz wohlwollend gegenüber, während Japan einen ablehnenden Standpunkt einnimmt. Präsident Roosevelt übermittelte das Ersuchen Chinas den beiden kriegführenden Mächten; es ist aber nicht bekannt, ob eine Antwort erteilt worden ist. In den amtlichen Kreisen Washingtons wird das Verlangen Chinas nicht sympathisch aufgenommen und es ist deshalb nicht wahrscheinlich, daß die Regierung es unterstützt.

Entwurf

einer

Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Nach den Beschlüssen der Organisations-Kommission.

Die fettgedruckten Stellen sind Neueinfügungen gegenüber dem geltenden Organisationsstatut.

Parteiangehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehehellen Handlung schuldig macht.

§ 3. Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann nur durch eine Parteiorganisation gestellt werden.

Die Hälfte der Weisheit wird von den Angehörigen, die andere Hälfte von der antragstellenden Organisation bezeichnet, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Wohnort des Angehörigen angehört.

Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

In Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts Absatz 1 aus der Gesamtpartei gleichzusetzen. Der Ausschluß darf daher nur im Wege des vorerwähnten festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

§ 4. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes steht den Beteiligten binnen vier Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils die Berufung an die Kontrollkommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.

Berzichtig auf die Parteigenosse, gegen den ein Ausschlußantrag gestellt wird, ist die schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es, innerhalb einer von Parteivorstand zu bestimmenden Frist von mindestens vier Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie die Bekanntgabe des erfolgten Ausschlusses eines Genossen erfolgt durch den Parteivorstand.

§ 5. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur durch den Parteitag erfolgen.

§ 6. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Gliederung.

§ 7. Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreis wohnende Parteigenosse, sofern ihn nicht zwingende Gründe

\*) Wir veröffentlichen den Entwurf noch einmal, weil die Berliner Genossen sich in der nächsten Zeit eingehend mit ihm beschäftigen wollen. Da ein abermaliger Abdruck aus Raumangel nicht erfolgen kann, werden die Genossen gut tun, die heutige Nummer aufzubewahren.

baran hindern, als Mitglied anzugehören hat. Er streckt sich der Wahlkreis über eine Mehrzahl von Ortsgemeinden, so können in allen Orten, in denen Parteigenossen vorhanden sind und die sonstigen Verhältnisse es zulassen, Ortsvereine des Sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.

§ 8. Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt; diese dem Parteivorstand mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen. Die Vorstände haben ihre erfolgte Wahl dem Parteivorstand mitzuteilen.

§ 9. Wo aus gesetzlichen Gründen die in den §§ 7 und 8 gegebenen Vorschriften nicht ausführbar sind, haben sich die Parteigenossen in anderer, dem Landesrecht entsprechender Weise zu organisieren.

§ 10. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden überlassen. Die Wahlkreise haben mindestens 25 Proz. ihrer aus den Beiträgen und Eintrittsgeldern sich ergebenden Einnahmen an den Zentralrat abzuführen. Der Parteivorstand ist berechtigt, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfalle einen über 75 Proz. dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung zu überlassen.

Die Vertrauenspersonen sind berechtigt, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und durch besondere Marken zu quittieren.

Vertrauenspersonen.

§ 11. In allen Wahlkreisen, in denen eine Parteiorganisation vorhanden ist, haben die Parteigenossen eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, deren Adresse sofort dem Parteivorstand mitzuteilen ist. Die Art der Wahl bleibt den Parteigenossen überlassen. Wählbar sind auch die Vorstandsmitglieder des Sozialdemokratischen Vereins.

§ 12. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich, und zwar im Anschluß an den vorausgegangenen Parteitag. Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort dem Parteivorstand mitzuteilen.

Legt eine Vertrauensperson ihr Amt nieder oder tritt sonst eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen eine Neuwahl vorzunehmen und das Resultat derselben dem Parteivorstande bekanntzugeben.

§ 13. Die Vertrauenspersonen der Wahlkreise haben alljährlich bis zum 15. Juli dem Parteivorstande Bericht zu erstatten. Der Bericht muß enthalten Angaben über: Art und Umfang der erfolgten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder.

Den gleichen alljährlichen Bericht in bezug auf ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen vom Parteivorstande überwiesenen Gelder haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorganisationen bezw. die Bezirks- und Landesvertrauenspersonen zu erstatten.

§ 14. Die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat wird durch weibliche Vertrauenspersonen betrieben, die möglichst an allen Orten im Eidernehmen mit den Parteinstanzen gewählt werden.

Parteitag.

§ 15. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

- 1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf. Insofern nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.
- 2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
- 3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

§ 16. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der Anwesenden erforderlich.

§ 17. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstand einzuberufen ist.

Der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat der Parteivorstand mit der Kontrollkommission und der Reichstagsfraktion hierüber sich zu verständigen.

§ 18. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Versammlung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Parteivorstand einzureichen, der dieselben spätestens drei Wochen vor der Abhaltung des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei bekanntzugeben hat.

§ 19. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

- 1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
- 2. Die Bestimmung des Ortes, an welchem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
- 3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
- 4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
- 5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 20. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden: 1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes; 2. auf Antrag der Mehrheit der Reichstagsfraktion; 3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen; 4. auf einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem gestellten Antrage auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 21. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitag im Zentralorgan zu veröffentlichen. Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 15 und 16).

### Parteiorgan.

§ 22. Der Parteivorstand besteht aus acht Personen, und zwar aus zwei Vorsitzenden, drei Schriftführern, einem Kassierer, die berechtigt sind, sich gegenseitig zu vertreten, sowie zwei Beisitzer. Die Wahl der Vorsitzenden, Schriftführer und des Kassierers erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontrollkommission. Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im Zentralorgan der Partei bekanntzumachen.

§ 23. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstand oder der Kontrollkommission ein Klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluss des Parteitag ein Klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitag Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 24. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 25. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen den Genossen eines Wahlkreises und den Bezirks- oder den Vorständen der Landesorganisationen ergeben.

§ 26. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontrollkommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

### Kontrollkommission.

§ 27. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrollkommission erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden. Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

### Zentralorgan der Partei.

§ 28. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts“, Berliner Volksblatt.

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

§ 29. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlin und der Vororte eine Prekominmission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Prekominmission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Prekominmission entscheidet die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Prekominmission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat.

### Abänderung der Organisation.

§ 30. Änderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens 1/4 der anwesenden Vertreter auf einem Parteitage sich für die Abweichung entscheiden.

## Aus der Partei.

### Zur Tagesordnung des Parteitag.

Das Kasseler „Volksblatt“ nimmt Kenntnis von der Tatsache, daß in der Freitagsummer des „Vorwärts“ drei seiner Redakteure gegen einen am Donnerstag publizierten als Redaktionsarbeit geltenden Artikel polemisierten. Es entnimmt diesem einige Sätze über die Notwendigkeit der Selbstkritik und sagt dann:

„Die unangenehme Selbstkritik ist also das Notwendigste für die Partei. Die drei Genossen vom „Vorwärts“ handeln ja dementsprechend, indem sie am Freitag kritisierten, was ihre Kollegen am Donnerstag zum Ausdruck gebracht haben. Das ist außerordentlich erheben. Wir waren bisher der Meinung, daß die Propagierung unserer Grundsätze und die Bekämpfung unserer Gegner unsere Hauptaufgabe sei. Wir Toren — hätten wir der Partei nicht viel mehr genügt, wenn wir auf die aufreibende Agitation in Stadt und Land weniger Wert gelegt und statt dessen vom grünen Tisch aus mehr Kritik geübt hätten!“

Die Redaktion unseres Kasseler Parteiblattes hätte sich in aller nächster Nähe darüber informieren können, daß die in Frage kommenden Genossen sich nicht darauf beschränkt haben, vom „grünen Tisch“ aus Kritik zu üben, sondern die „aufreibende Agitation in Stadt und Land“ durchaus nicht vernachlässigten; sie tun dies auch heute nicht.

Der „Leipziger Volkszeitung“ schreibt ein alter erfahrener Parteipraktiker:

„Was der „Vorwärts“ als grundsätzlichen Textum der Parteitage bezeichnet, halten wir für die erste Aufgabe der Parteitage. So lange die inneren Angelegenheiten der Partei nicht geregelt sind, kann keine Ordnung und Disziplin in der Partei herrschen. Selbst auf den Umstand hin, daß die Diskussionen über die Interna der Partei mitunter zu breit und zeitraubend sind, läßt sich eine Ein-

schränkung, die gegen die demokratische Selbstverwaltung verstoße, nicht rechtfertigen. Wenn's dem Parteitag selbst zuziel wird, nichts Erwünschtes mehr aus der Diskussion zu erwarten ist und die etwaigen Motiva in der Hauptsache gezogen worden sind, so daß die Aussprache ergebnislos wirkte, dann macht er schon selbst Schluss, aus dem Empfinden heraus, daß die Aussprache zur inneren Festigung der Partei genügt. Die innere Festigung ist aber die Hauptaufgabe der Partei, ohne deren Erfüllung politische Kundgebungen irgendwelcher Art wenig oder keine Bedeutung hätten; denn die Welt respektiert Entschlüsse nur, wenn diese einen festen Charakter oder eine wohlgeordnete Organisation als Stützpunkt haben. Mit kurzen Worten, die Partei muß erst in sich gefaßt und gefestigt dastehen, ehe sie mit anderen Kundgebungen vor die Welt tritt. Wir halten die Vorgänge auf dem Dresdener Parteitag trotz alles mäßigen Beifalles für eine Klärung innerhalb der Partei, die zur Festigung beiträgt, teilen darum also die Auffassung des „Vorwärts“ über den Dresdener Parteitag mit.

Raubt die Erledigung der inneren Angelegenheiten dem Parteitag so viel Zeit, daß ihm wenig zur Erörterung anderer Angelegenheiten übrig bleibt, dann wollen wir lieber diese Einschränkung in den Kauf nehmen, als die der „Vorwärts“ wünscht. Bekanntlich ist früher schon der Antrag gestellt worden, die Parteitage nur alle zwei Jahre stattfinden zu lassen; er wurde abgelehnt wegen der Wichtigkeit der alljährlichen Erledigung innerer Partei-Angelegenheiten.“

### Die Magdeburger „Volksstimme“ meint:

„Die Frage, ob die Tagesordnung des Parteitag nicht etwas dürftig ist, möchten wir verneinen. Zwar halten wir es für notwendig, daß auf dem Parteitage über die Ursache unserer Stimmenverluste bei allen Nachwahlen gesprochen wird, aber dazu bedarf es keines besonderen Tagesordnungspunktes. Bei der Besprechung des Vorstandsberichtes findet sich Gelegenheit genug, auf dieses Kapitel, das leicht recht unangenehm, aber sehr notwendige Debatten hervorrufen kann, näher einzugehen.“

Wir sind der Meinung, daß es sich nicht empfiehlt, den Anregungen des „Vorwärts“ zu folgen. Wie wir uns zur Sozialreform und zur geplanten Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes zu stellen haben, wissen wir wohl, auch ohne daß der Parteitag darüber des langen und breiten verhandelt. Eine Protestresolution wird gleichfalls kaum von entscheidendem Einfluß auf die Regierung und die bürgerlichen Parteien sein, was soll der Parteitag also zu gesetzgeberischen Vorschlägen sagen, die noch gar nicht vorliegen? Neue Wege zur Förderung der Sozialreform wird der Parteitag zudem ebenso wenig finden, wie der „Vorwärts“ selbst, der wohl mit uns darin übereinstimmt, daß die Stärkung des sozialdemokratischen Einflusses das Beste Mittel ist, um reaktionäre Anschläge zu verhüten und soziale Fortschritte zu erreichen. Dazu sollen unsere Parteitage beitragen, wozu aber nicht gehört, daß sie altbekannte Dinge, über die keine Meinungsverschiedenheiten bestehen, aufs neue erörtern.

Die Erörterung der Weltpolitik würde zweifellos sehr interessant sein, aber wir meinen, damit können wir noch ein Jahr warten. Ehe nicht über die Gestaltung der Dinge im russischen Reich und in Ostasien ein oberflächlicher Ueberblick möglich ist, hat die ganze Diskussion darüber nur geringen Wert, da man auf Hypothesen Schlüsse aufbauen muß, die vielleicht in nächster Zeit durch die Wandlung der Verhältnisse umgestürzt werden. Lassen wir es daher bei der vorgelegten Tagesordnung, schaffen wir uns eine Organisation und erledigen wir die Generalkonferenz, dann haben wir zwei Aufgaben erfüllt, die schon seit längerer Zeit unseren Parteitag gestellt sind. Dann werden wir für die nächsten Parteitage die Bahn frei haben zu Erörterungen, wie sie dem „Vorwärts“ vorschweben.“

### Auch die Erfurter „Tribüne“ meint:

„Wir können uns dem „Vorwärts“ nicht anschließen, sondern stimmen der Ansicht der „Leipziger Volkszeitung“ zu. Zur Begründung unserer Stellungnahme diene das Folgende. Der Sozialismus bedeutet den Besitz und Betrieb der gesamten Produktion durch und für die Allgemeinheit. Um die Produktionsmittel aus den mächtigen Händen der Privatbesitzer in den Gemeinbesitz zu überführen, bedarf es einer noch stärkeren Macht, die auszuüben die Klasse der Besitzlosen, das Proletariat, von der Geschichte bestimmt ist. Das organische Instrument dieser Klasse ist die auf die Eroberung der politischen Macht hinzielende politische Parteiorganisation und Vertretung, die zu entwickeln und zu stärken unser aller vornehmste Aufgabe und Bestimmung ist. Was sollen nun die Parteitage? Sollen sie das Instrument des Klassenkampfes größer oder geschiefter machen, sollen sie die Macht der Partei nach außen hin ausbreiten oder sie nach innen konsolidieren? Ist es die Aufgabe der Parteitage, die Basis der ungeheuren Machtpyramide zu vergrößern oder deren Struktur und Spitze zu härten und zu stabilisieren und sie in die wirksamste Richtung zu bringen? Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein. Durch unsere unablässige Kleinarbeit muß die Armee durch Rekrutierung vergrößert und durch Drill in den kleinen Gefechtsübungen geschult werden. Die Parteitage haben als vornehmste Aufgabe die Pflicht, die große Gliederung der Armee einheitlich zu regeln und den Weg und die Richtung des Marsches und seine Ausführung zu bestimmen.

Wir haben schon früher ausgeführt, daß wir nicht wie gewisse Parteien von der Hand in den Mund leben, sondern nach großen historischen Gesetzen unsere vorgezeichnete Pflicht demütig erfüllen. Daraus und aus der Tradition der Partei ergibt sich von vornherein unsere prinzipielle Stellungnahme zu jeder auftauchenden Augenblicksphase der kapitalistischen und damit politischen Entwicklung, so daß eine etwa gemäanderte „Feststellung“ derselben auf Parteitag mindestens sehr überflüssig wäre. Soll aber zu agitatorischen Zwecken eine Willensklärung der Gesamtpartei über schwebende politische Augenblicksfragen herbeigeführt werden, so genügt die Annahme einer diesbezüglichen Resolution vollkommen, denn wie gesagt, wie wir prinzipiell über die Entwicklungsphasen der bürgerlichen Gesellschaft denken und welche Stellung wir dazu einnehmen, das braucht nicht erst festgesetzt zu werden, sondern das steht fest und zwar ebenso für uns wie für unsere Gegner. Weiter wird die unmittelbare Einwirkung der Partei auf das politische Leben Deutschlands nicht durch eine Parteitagsschlussfassung und Beschlußfassung erst herbeigeführt, sondern die wird durch unsere Arbeit im Parlament und in allen Vertretungskörpern, durch unsere Versammlungen, Reden, Presse usw. täglich ausgeübt. Kann sie hier eine Wirkung nicht erzielen, so dürfte durch einen Parteitagsschluss in dieser Richtung nichts geändert werden.

Wir meinen nun aber durchaus nicht, daß der Parteitag zu Augenblicksfragen eine grundsätzliche Enthaltenspolitik betreiben soll — das ist schon deshalb unmöglich, weil bei verschiedenen Punkten die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungsphasen gestreift werden müssen. Aber wir sind mit den Tagesordnungen der letzten Parteitage durchaus zufrieden gewesen und finden auch die vom Parteivorstand aufgestellte Tagesordnung für Jena in keinem Punkte verbesserungsbedürftig.“

### Dagegen sagt die „Rheinische Zeitung“ in Köln:

„Wir stimmen in dem, was der „Vorwärts“ im allgemeinen über die Aufgaben des Parteitag sagt, zu; wir haben ihm auch zugestimmt, als er spezielle Wünsche äußerte bezüglich der Gestaltung der Tagesordnung für Dresden und Bremen. Indessen die für den Jenaer Parteitag vorgelegte Tagesordnung erscheint uns so reichhaltig und wichtig, um vollauf zu genügen für die üblichen sechs Verhandlungstage — so bereitwillig wir auch anerkennen, daß noch manche andere Gegenstände, darunter auch die vom „Vorwärts“ erwähnten, der Behandlung in Jena wert wären. An Arbeit — und zwar an wichtiger und dringlicher Arbeit — fehlt es dem Parteitage diesmal also nicht, wozu dann noch die üblichen Berichterstattungen, die Anträge und die unwirkerischen „Zwischenfälle“ kommen, so daß die Parteitage wohl hinreichend mit Material versehen ist, um eine Vermeidung der Tagesordnung um einen oder gar zwei Punkte, wie es der „Vorwärts“ will, bedenklich erscheinen zu lassen.“

Im übrigen geben wir unserem Zentralorgan recht, daß es ein Uebelstand ist, daß die Kritik der Tagesordnung erst einlefen kann, wenn sie veröffentlicht und es mit Schwierigkeiten verbunden ist, sie nachträglich zu ändern. Dem ließe sich vorbeugen, wenn etwa drei Monate vor dem ungefähren Termin der Vorstand auf den Parteitag aufmerksam machte mit der Aufforderung, sich über die Gestaltung der Tagesordnung auszusprechen, und wenn dann die Parteigenossen sich zur Regel machten, hierzu in Versammlungen oder in der Presse Stellung zu nehmen und etwaige Wünsche bezüglich der Gestaltung der Tagesordnung rechtzeitig beim Parteivorstande anzubringen.“

**Wahlkreisorganisationen in Ostpreußen.** Seit Anfang dieses Jahres sind die ostpreussischen Genossen dabei, Wahlkreisorganisationen zu schaffen. Sie sind der Ansicht, daß gegen das Junkertum nur dann erfolgreich gekämpft werden kann, wenn die sozialdemokratischen Wähler in Stadt und auf dem Lande in Kreisvereinen organisiert sind. Es ist das zwar ein saures Stück Arbeit, doch schon jetzt macht sich der Erfolg bemerkbar. Der Wahlkreisverein Insterburg-Gumbinnen hat das erste Hundert Mitglieder erreicht. Der Wahlkreis Rastenburg-Berdenau-Friedland bleibt auch nicht davon weit zurück. In den Kreisen Memel-Heidekrug und Ragait-Billfallen sollen demnächst auch Vereine geschaffen werden. Es haben sich schon viele Mitglieder zur Aufnahme gemeldet. Ebenso soll für Labiau-Wehlau, wo es im nächsten Jahre eine Reichstagswahl geben dürfte, ein Kreisverein geschaffen werden. Besonders bemerkenswert ist, daß diesen Vereinen sehr viel Landarbeiter beitreten. Für alle Kreisvereine ist ein gemeinsames Statut ausgearbeitet worden. Das Eintrittsgeld beträgt 10 Pfennig, der monatliche Beitrag 20 Pfennig.

In solchen Orten des Kreises, wo die Bildung eines Vereins aus irgendwelchen Gründen nicht angängig ist, ernannt der Vorstand auf Vorschlag der Genossen des betreffenden Ortes Vertrauensleute, welche in geeigneter Weise den Verkehr mit den Genossen ihres Ortes und der Umgegend fördern, Beiträge für den Verein in Empfang nehmen und für die Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen in Wort und Schrift einzutreten haben. Zu bemerken ist noch, daß den Mitgliedern der sozialdemokratischen „Landbote“ gratis geliefert wird, auch wird ein Sterbegeld gezahlt. Florieren die Vereine gut, so bedeuten sie besonders für die Königsberger Genossen, die bei früheren Reichstagswahlen außer Königsberg noch fast die ganze Provinz zu bearbeiten hatten, eine bedeutende Erleichterung. Der Erfolg und der Nutzen der Vereine wird sich wohl schon bei den nächsten Reichstagswahlen deutlich bemerkbar machen.

## Aus Industrie und Handel.

Die Durchschnittspreise der wichtigsten Lebensmittel sind nach dem Bericht der „Statistischen Korrespondenz“ aus 23 der größten Marktorde Preußens durchweg im Juni gestiegen. Die Preise für Weizen, Roggen und Hafer haben in den meisten Marktorde angezogen, während Gerste einen kleinen Preisrückgang von 1 M. pro Tonne aufweist. Auch die Preise für Eihutter, Amsen und Erbsen sind etwas gefallen, nicht aber die für Schmalz und Eier. Die beträchtlichste Erhöhung zeigen die Kleinhandelspreise der verschiedenen Fleischsorten. Im Durchschnitt der 23 Märkte ergibt sich seit Beginn des Jahres für Fleisch folgende Preisveränderung:

Im	Preise pro 1 Kilogramm			
	Rindfleisch v. d. Seele	Schweinefleisch v. Waage	Kalb- fleisch	Lamm- fleisch
Januar . . .	142	121	135	143
Februar . . .	142	121	137	143
März . . . .	143	121	140	143
April . . . .	144	123	146	144
Mai . . . . .	146	124	151	147
Juni . . . . .	148	126	155	147

Die Preise für inländischen geräucherten Speck und inländisches Schweinefleisch sind vom Januar bis Juni d. J. von 153 und 159 auf je 168 Pf. gestiegen.

Berücksichtigt werden muß bei einem Vergleich dieser Zahlen, daß es sich um Marktpreise handelt, die hinter den Preisen in den Ladengeschäften zurückbleiben, ferner daß die gegen Ende Juni in manchen Städten eingetretenen Preisrückführungen in der Durchschnittsberechnung natürlich noch nicht voll zur Geltung kommen.

Gegen den Juni vorigen Jahres stellten sich im Juni dieses Jahres fast die Preise aller Lebensmittel beträchtlich höher; Getreide z. B. um 6 Proz., Fleisch um 8 Proz., Kartoffeln um 21 Proz., Eihutter um 6 Proz., Schweinefleisch um 10 Proz., Eier um 10 Proz.

**Eine neue Bankvereinigung.** Die Berliner Diskontogesellschaft war in den letzten Jahren der Hansemannschen Herrschaft etwas ins Hintertreffen geraten. Sie trachtete mehr danach, ihr Geschäftsgebiet gegen feindliche Invasionen zu sichern, als zu ihrem Bestand neues Terrain hinzuzuwenden. Seit aber im Dezember 1903 Adolf v. Hansemann den Weg gegangen ist, den auch die Säupter der Hochfinanz gehen müssen, streicht ein frischer Luftzug durch die Räume der Diskontogesellschaft. Wie die anderen Großbanken sucht auch sie ihr Hinterland auszubehnen und hat bereits in den anderthalb Jahren seit Hansemanns Tod recht ansehnliche Fusionen und Angliederungen vorgenommen. Sie hat die Firma J. Schulze u. Wolde in Bremen übernommen, die Kapitalkraft ihrer Filiale in Hamburg, der Norddeutschen Bank, um 10 Millionen Mark gestärkt und sich zugleich die Bankfirma W. S. Warburg in Hamburg angegliedert, ferner aus dem Bankhaus Ladenburg u. Söhne in Plannheim die Süddeutsche Diskontogesellschaft gebildet, mit der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank zusammen in Nürnberg die Bayerische Diskonto- und Hypothekenbank gegründet und mit der Kommerz- und Diskontobank die Kredit- und Vermögensverwaltungs-Aktiengesellschaft in Berlin errichtet. Eine ganz nette Leistung, zu der noch eine Reihe indirekter Geschäftsvergrößerungen hinzukommen, d. h. verschiedene von ihren Tochter- und Unterinstituten vorgenommene Fusionen und Erweiterungen, vornehmlich in Sachsen und am Rhein.

Jetzt greift sie zu einer neuen Erweiterung ihrer Geschäftsphäre. Ihr Tochterinstitut in Baden, die Rheinische Diskontogesellschaft, hat mit der Westfälischen Bank in Bielefeld und mit der Bochumer Bank in Bochum Fusionenverträge abgeschlossen, durch die sie ihr Geschäftsgebiet auf Westfalen ausdehnt. Die Aktionäre der Westfälischen Bank, deren Kapital 10 Millionen beträgt, erhalten für je 1000 M. ihrer Aktien je 800 M. neue Aktien der Rheinischen Diskontogesellschaft sowie beim Umtausch eine bare Zuzahlung von 4 Proz. und am 1. April 1906 eine Zuzahlung von 6 Proz. Die Aktionäre der Bochumer Bank, deren Aktienkapital 5 Millionen Mark beträgt, erhalten für je 7000 M. ihrer Aktien je 6000 M. neue Rheinische Diskontogesellschaft-Aktien mit Dividende pro 1905 und ff. Außerdem übernimmt die Rheinische Diskontogesellschaft den Neuwieder Bankverein mit einem Kapital von einer Million Mark. Zur Beschaffung der für diese Erweiterungen nötigen Mittel erhöht die Rheinische Diskontogesellschaft ihr Aktienkapital von 44 auf 80 Millionen Mark. Die Konzentration im Bankgewerbe schreitet mächtig vorwärts.

Die Kursbewegung im Juni. In den Sommermonaten pflegt der Börseverkehr regelmäßig abzulauen. Wenn dies im laufenden Jahre besonders scharf hervortritt, so ist daran die Verbilligung des politischen Horizontes im Laufe des Monats Juni schuld. Im Juni des Vorjahres konnten die Kurse trotz des matten Verkehrs an der Börse noch merklich steigen, während in diesem Juni eine erhebliche Abschwächung des Kursniveaus eintrat. Die Dividendenpapiere stiegen zwar auch diesmal im Juni noch um ein Geringes, die Abschwächung wurde durch einen Kursrückgang der festverzinslichen Papiere herbeigeführt. Es ist auch nicht eine Gruppe der festverzinslichen Werte vorhanden, die im Juni eine Steigerung aufweist. Be-

Künftigen Gruppen fand vielmehr ein mehr oder minder erheblicher Kursrückgang statt, sogar bei den Lospapieren, die seit Mitte 1904 ununterbrochen von Monat zu Monat eine Kurszunahme zu verzeichnen hatten. Der Kursrückgang der Lospapiere im Juni ist so stark, daß ihr Kurs nicht nur hinter den des Mai, sondern sogar hinter den des April zurückgegangen ist. Bei den deutschen Staatsanleihen ist die Kursbewegung schon seit Februar rückgängig. Er fiel von 97,55 Ende Mai auf 97,29 Ende Juni. Nennenswert ist auch die Kursrückbildung der deutschen Provinzial- und Kreis-Anleihen, deren Kurs mit 98,77 niedriger steht als je in einem Monat des laufenden Jahres. Der Kurs der Kommunalanleihen, der im Mai den Paritätstand überschritten hatte, ist im Juni unter 100 gesunken. Ein wenig härter noch als bei den deutschen Staatsanleihen ging der Kurs der ausländischen Staats- und Kommunalanleihen zurück. Insgesamt notierte der Durchschnittskurs der festverzinslichen Werte ultimo Juni 98,38 gegen 99,69 ultimo Mai.

Daß die Dividendenpapiere im Juni noch etwas steigen konnten, dafür waren die Kurssteigerungen im Verkehrsgewerbe ausschlaggebend. Bei ihnen stieg der Kurs fast um ein volles Prozent des Nominalwertes, genau um 0,90, was für das berechnete Kapital eine Wertsteigerung von 11,88 Millionen Mark ausmacht. Von den 15 Gruppen der Dividendenwerte stiegen außer den Verkehrswerten nur noch die Werte in der Gruppe Chemische Industrie, Textilgewerbe, Versicherungsgewerbe und ausländische Bankaktien. In allen übrigen Gruppen trat eine Wert- und Kursminderung ein, die in der Gruppe Papier, Holz und Schnitzstoffe sowie Baugewerbe ziemlich erheblich war. Auch die deutschen Bankaktien gingen im Kurse zurück, nämlich von 164,73 ultimo Mai auf 164,54 ultimo Juni. Der Gesamtdurchschnittskurs der Dividendenpapiere stellte sich ultimo Juni auf 165,58 Proz., gegen 165,46 ultimo Mai.

**Stettiner Vulkan.** Der Kampf zwischen der Verwaltung und dem größeren Teil der Aktionäre des Vulkan wegen der Anlegung einer Werft bei Hamburg hat zur Ausscheidung des Direktors Stahl aus dem Vorstand des Vulkan geführt. Herr Stahl war der Hauptbefürworter der Gründung einer Hamburger Zweigniederlassung und sein Austritt läßt darauf schließen, daß die Befürworter des Projektes jetzt völlig die Oberhand erlangt haben. Um das Deforum zu mahnen, wird allerdings offiziell angekündigt, daß Kommerzienrat Stahl aus „Altersrückichten“ seine Entlassung erbeten hat.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Die Lohnbewegung der Fahrstuhlarbeiter.** Wie in der Versammlung am Sonntag mitgeteilt wurde, hat die Firma Wendland, welche die Forderungen schon früher bewilligt hatte, nun auch den Tarif unterschrieben, nachdem ihr eine kleine Änderung desselben zugesprochen war. Derselben Bedingungen wie Wendland hat auch die Firma Westin u. Co. anerkannt, so daß bis jetzt etwa 100 Arbeiter bei diesen beiden Firmen zu den neuen Bedingungen arbeiten. Einige andere Firmen hatten noch unmittelbar vor der Versammlung mit der Streikwilligen und bei ihnen beschäftigten Arbeitern verhandelt, es ist aber keine Verständigung erzielt worden. Die Arbeiter der Firmen Traut u. Co. sowie Klotz u. Neumann versicherten, daß sie am Montag die Arbeit niederlegen würden; auch bei den Firmen Schlund und Vallentin steht die Arbeitsniederlegung in Aussicht. Im übrigen hat sich an der Lage des Streiks nichts geändert. Die Streitenden sind der Meinung, daß sie schon weitere Erfolge erzielen würden, wenn nicht die Arbeiter der Firma Rietsch eine zweifelnde Haltung einnehmen würden. Trotzdem hofft man aber auf einen günstigen Ausgang der Bewegung. Die Versammlung nahm eine Resolution an, wodurch sie den früheren Beschluß erneuert: Die Arbeit nicht eher aufzunehmen als bis die Forderungen bewilligt sind.

Zwischen den Fahrstuhlarbeitern und den Steinträgern, die mit der Mulde arbeiten, hat sich als die Fahrstühle auslamen, ein gewisser Gegensatz geltend gemacht, was um so mehr der Fall war, als jene Leute wenig Verständnis für die Organisationspflichten zeigten. Dies ist inzwischen anders geworden und die Arbeiter beider Branchen haben nun größtenteils eingeschaut, daß sie ein gemeinsames Interesse daran haben, jede Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen abzuwehren. Die bekannte Fahrstuhlfirma Rietsch u. Co. sucht nun diesen alten Irrsinn zwischen Fahrstuhlarbeitern und Muldenträgern von neuem anzufachen und hat zu diesem Zweck ein „An sämtliche Herren Kassen-, Steinträger usw. der Firma W. Rietsch u. Co.“ adressiertes Flugblatt verbreitet, worin sie vor dem „gegnerischen Verband“ — damit ist der bekanntlich alle Branchen der Bauhülfsarbeiter umschließende Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter gemeint — warnen und den Fahrstuhlarbeitern einzureden sucht, die organisierten Muldenträger hätten die gegenwärtige Lohnbewegung bei den Fahrstuhlfirmen veranlaßt, und zwar lediglich, um sich die Konkurrenz vom Hals zu halten und die Arbeit der Streitenden auszuführen. Es wird dabei an den Streik von 1900 erinnert und in diesem Zusammenhang heißt es:

„Um daselbe Trauerspiel jetzt nach fünf Jahren in viel schärferer Auflage in Szene zu sehen, ist doch wohl ganz zweifellos der verschleierte eigentlich wahre Zweck der jetzigen Agitation und schier ungläublichen Hebereien, groben Lügen und schändlichen Verleumdungen, die über Eure Firma verbreitet werden! Eure Firma hat durchaus nichts dagegen, daß Ihr Euch organisiert, im Gegenteil, Eure Firma wünscht, daß Ihr Euch irgend einer Gewerkschaft, sei es welche es wolle, zum Beispiel dem Verbands der Transportarbeiter, der Maurer oder Zimmerleute oder auch selbst dem Affordverein anschließt, und ist sogar bereit, ohne daß Eure weit über 5000 — M. haltende Unterhaltungsabteilung angegriffen wird, wenn nötig, ein Geldopfer zu diesem Zweck für Euch zu bringen.“

Die Firma will, wie es scheint, sogar Verbandsbeiträge zahlen, wenn die Arbeiter nur der ihnen zusehenden Organisation den Rücken kehren und einer anderen beitreten. Das Flugblatt schließt wie folgt:

„Hiernach werdet Ihr erkennen, daß Kassensteinträger eine besondere eigene Organisation haben müssen, angeschlossen an eine Gewerkschaft, welche frei von solch wütigen Konkurrenz und Gegnern sind und daß in Euren Versammlungen Eure Gegner von Muldenträgern und Kassensteinträgern, sowie berufsmäßigen Hebern absolut nichts zu suchen haben. Ihr werdet nun selber wissen, Was Euch frommt und Was Ihr zu tun und zu lassen habt und auch bezuziehigen, das alte wahre Wort:

„Der Herr behüte und vor unseren Freunden, vor unseren Feinden werden wir uns wie bisher schon selber zu schützen wissen.“

Die Steinträger, Affordarbeiter, die mit der Mulde arbeiten, haben am Sonntag in einer Versammlung bei Jannasch Stellung zur Lohnbewegung der Fahrstuhlarbeiter genommen. Der Sekretär Heinemann verlas auch das erwähnte Flugblatt von Rietsch u. Co. und es zeigte sich, daß volle Einmütigkeit darüber herrschte, jede Streikarbeit zurückzuweisen und die an Fahrstühlen arbeitenden Kollegen in ihrem Kampf mit aller Kraft zu unterstützen. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute am 9. Juli bei Jannasch versammelten Steinträger sprechen den um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden Fahrstuhlarbeitern ihre volle Sympathie aus. Sie beurteilen die Handlungsweise einzelner Steinträger, welche das Wort Solidarität nicht begriffen haben und sich nicht entschließen, den kämpfenden Fahrstuhlarbeitern in den Rücken zu fallen. In der Erwägung, daß der Verlauf des Kampfes von hoher Bedeutung für die Muldenträger ist, verpflichten diese sich, überall da, wo Fahrstuhlarbeiter gearbeitet haben, die Arbeit nicht aufzunehmen und somit den Gedanken der Solidarität toll zur Geltung zu bringen.“

Bei den vier Firmen, die am Sonntag für die Arbeitsniederlegung in Aussicht genommen wurden, ist am Montag früh die Arbeit einmütig niedergelegt worden. Infolgedessen traten die Firmen in Verhandlungen mit den Streitenden. Die Steinträger haben überall volle Solidarität mit den Fahrstuhlarbeitern bewahrt.

### Deutsches Reich.

**Der Wasserstreik in Hannover** ist durch Vergleich mit dem Arbeitgeberverbande beendet. Die Forderung der Gehälften bestand in der Hauptsache in einem Stundenlohn von 50 Pf.; sie ist bereits im Vorjahre dem Arbeitgeberverbande eingereicht worden. Letzterer lehnte damals die Bewilligung ab und es kam zu einem 12 Wochen lang andauernden Streik. Die Arbeitgeber bewilligten nur 46 Pf. Lohn, der in der Regel gezahlt werden sollte dem Gehälften, der die mittleren Arbeiten in Leim- oder Lackfabriken bei normalen Leistungen ausführen kann. Den jüngeren Gehälften sollte bis zum zweiten Jahre nach Beendigung der Lehrzeit ein Lohn von 42 Pf. bezahlt werden. Diese Zugeständnisse lehnten die Gehälften ab, sie riefen das Einigungsamt des Gewerbegerichts an. Dieses stellte sich in seinem Schiedsspruch lediglich auf Seiten der Arbeitgeber, formulierte diesen nach demselben Wortlaut, nur ließ es die Worte „in der Regel“ heraus. Die Streitenden nahmen den Schiedsspruch nicht an und erklärten am 24. Juni v. J. den Streik für beendet. Die Streitenden hatten die Arbeit bedingungslos ausgenommen, doch die Meister gelobten, dem Schiedsspruch des Gewerbegerichts entsprechend zu handeln. Das haben sie nun aber nicht getan, weshalb die Bitterkeit und Erregung unter den Gehälften noch verstärkt wurde. In diesem Jahre sind die Forderungen wieder von neuem eingereicht. Die Arbeitgeber höhnzten die Organisation mit der Forderung eines Minimallohnes von 45 (1) Pf. pro Stunde. Trotz des zwölfwöchigen Streiks vom Vorjahre nahm die Organisation den Kampf in diesem Jahre wieder mit gleicher Energie auf. Am 22. Mai begann der Streik und am 9. Juli wurde er beendet. Die Unternehmer kamen zu der Einsicht, daß ohne annehmbare Zugeständnisse auf längere Dauer Ruhe im Gewerbe nicht zu schaffen ist, und so kam man dahin überein, einen Tarif abzuschließen bis zum 1. April 1908. Der Lohn beträgt bis zum 1. April 1906 nicht unter 46, bis 1. April 1907 nicht unter 48 und von da ab nicht unter 50 Pf. pro Stunde. Die Bestimmungen, die von normaler Leistung bei mittleren Arbeiten handelt, ist stehen geblieben. Bessere Leistungen werden nach Uebereinkunft höher bezahlt. Jüngere Gehälften erhalten einen etwas geringeren Stundenlohn. Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden. Es wird eine Tarifkommission eingesetzt, aus beiden Teilen zu drei Mann, in der der Obermeister der Innung und der Altgehilfe abwechselnd den Vorsitz führen. Falls keine Einigung erzielt wird, soll der Vorsitzende des Gewerbegerichts angerufen werden. Der Tarif verlängert sich um ein Jahr, wenn er nicht bis zum 2. Januar jeden Jahres, frühestens am 2. Januar 1908, gekündigt wird. Maßregelungen werden nicht vorgenommen. Damit ist einer der energigsten Kämpfe der organisierten Arbeiter Hannovers beendet. Man hatte es hier mit einem über alle Maßen heftigen Widerstande der Unternehmer zu tun, der für diese von besonderer Bedeutung deshalb ist, weil von Hannover aus die Gründung von Arbeitgeber-Verbänden im Wasserwerke betrieben ist und der Vorsitzende des hannoverschen Arbeitgeber-Verbandes auf dem Wasserwerkertage in München darüber ein Referat hielt und die Taktik der hannoverschen Wassermeister besonders empfohlen hat. Deshalb ist das Erreichte ein großer Erfolg der Arbeiter.

### Zur Aussperrung der Bauarbeiter in München.

Gewerbegerichtsrat Dr. Preuer hatte dieser Tage mit einer Abordnung des Arbeitgeber-Verbandes für das Baugewerbe eine Unterredung, um eine Basis zu finden, auf der der Frieden im Baugewerbe wieder hergestellt werden könnte. Die Arbeitgeber erklärten sich unter der Bedingung bereit, in Unterhandlungen vor dem Einigungsamte einzutreten, wenn sich die Vertretung auf alle im Baugewerbe interessierten Arbeiter-Kategorien erstreckt. In diesem Falle wäre der Arbeitgeber-Verband geneigt, einen Vertrag mit dem Gewerkschaftsverein, nicht aber mit den einzelnen Organisationen abzuschließen. Hierauf lud Gewerbegerichtsrat Dr. Preuer den Gewerkschaftssekretär Jacobsen und die Vorstände der in Betracht kommenden Organisationen zu einer Unterredung, um deren Ansicht über diesen Vorschlag zu hören. Ein Teil der Gewerkschaftsführer erklärte sich zu diesbezüglichen Unterhandlungen bereit, die übrigen gaben keine bindenden Erklärungen ab und wollten erst die Zustimmung ihrer Zentralvorstände einholen.

Es ist allerdings eine Frage, die ernstlich geprüft werden müßte, ob der Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe in München für die organisierte Arbeiterschaft überhaupt noch als Vertragspartner in Betracht zu kommen hat. Mit einem unerhörten Terrorismus haben diese Schleifstreichere bei ihrer gegenwärtigen Attacke auf das Koalitionsrecht zahlreiche Unternehmer, trotz der vorhandenen Tarifverträge, in Verzug erklärt und sie einfach zum Vertragsbruch und zur Aussperrung ihrer Arbeiter gezwungen. Einer Korporation gegenüber, die dem Recht und Anstand mit Füßen tritt und ihre Mitglieder zu einer flagranten Rechtsbeugung auffordert, wie es der Arbeitgeberverband bei der gegenwärtigen Aussperrung getan, einer derartigen Gesellschaft gegenüber sagen wir, hat die organisierte Arbeiterschaft allen Anlaß, doppelt vorsichtig zu sein.

### Ausland.

#### Der Kongreß der englischen Trades Unions

wird sich in diesem Jahre mit der Renouveau eines Sekretärs für das parlamentarische Komitee zu beschäftigen haben; Sam Woods hat eine Wiederwahl definitiv abgelehnt. Drei Kandidaten kommen für diesen wichtigen Posten in Frage: Stanley von den Vergarbeiter, Seadman von den Zimmerern und Ven Tillet von den Dockern. Auf der Tagesordnung stehen u. a. verschiedene Anträge betreffend die Fabrikinspektion, das Truhsystem und der Achtstundentag für die Vergarbeiter. Die Führer der Godarbeiter, William Thorne und Pete Curran, beide Sozialisten, bringen eine Resolution zugunsten der Unentgeltlichkeit der Schule und der Lehrmittel ein; ferner fordern sie die Verstaatlichung der Schule und die öffentliche Kontrolle über den Unterricht in allen Lehranstalten.

## Soziales.

Ein **Kerzestreik** ist in Forst (Lausitz) bei der Ortskrankenkasse der Tuchmacher- und Wallergesellen ausgebrochen. Ein Mitglied der Kasse hatte gegen einen Kassenarzt Beschwerde erhoben, die vom Vorstand und von der Generalversammlung für begründet erachtet wurde. Der Vertrag mit dem betreffenden Arzte wurde deshalb aufgelöst. Nun erklärten sich aber die übrigen Ärzte mit ihrem gemahregelten Kollegen solidarisch und legten ihre Ämter nieder, bezw. weigerten sich, für die Kasse tätig zu sein. Sie forderten zugleich eine andere Regelung der Honorarzahlung und eine Erhöhung des Honorars auf 3 M. pro Jahr und Mitglied. Die Generalversammlung der Kasse verhielt sich ablehnend. Sie will den Kampf mit der Ärzteorganisation aufnehmen. Der Konflikt hätte sich, wie unser Forster Parteiblatt meint, sehr wohl vermeiden lassen, wenn in der Verwaltung der Tuchmacher- und Wallergesellen nicht ein so rüchständiger Geist herrschte. War es doch diese Kasse, die sich am meisten gegen eine Beschränkung der Forster Krankenkassen sträubte und die sich bis heute noch nicht einmal der Zentralkommission der hiesigen Krankenkassen angeschlossen hat. Die in der Zentralkommission vereinigten Krankenkassen haben mit den Ärzten günstige, den Frieden garantierende Verträge abgeschlossen. Wir sind geneigt, anzunehmen, daß die Ärzte ihre Forderungen entsprechend ermäßigt hätten, wenn ihnen die Tuchmacher- und Wallergesellen etwas Entgegenkommen gezeigt hätte. Für die Unterhaltungsfinden der Kassenverwaltung müssen nun die kranken Mitglieder büßen, denn die Ärzte haben, wie verlautet, kategorisch erklärt, daß sie bei den Mitgliedern der genannten Kasse auch keine Privatpraxis

mehr ausüben wollen — ein Vorgehen, das schärfste Verurteilung verdient.

**Plethypus in Leipzig.** In Leipzig ist der Plethypus ausgebrochen. Am 6. Juli wurde bei der in das städtische Krankenhaus aufgenommenen Witwe Raichowig, Schützenstraße 19 wohnhaft, Erkrankung an Plethypus festgestellt. Die Erkrankung beruht auf Anstauung durch einen vor drei Wochen aus Jülich zugereisten russischen Arbeiter, der nach eintägigem, zum Teil bei Frau Raichowig verbrachtem Aufenthalt in das dortige Krankenhaus aufgenommen, und bei dem Plethypus festgestellt worden ist. Bei einem weiteren Falle, der einen am 6. Juli unter dem Verdachte der Plethypuserkrankung in das Krankenhaus eingeliefert und dort verstorbenen älteren Mann betrifft, hat die Sektion diesen Verdacht zwar nicht vollständig beseitigt, ihn aber abgeschwächt. Eine Beziehung zwischen diesem Falle und den beiden vorgenannten ist nach den angeführten Erörterungen sehr unwahrscheinlich. Die Behörde hat sofort die umfassendsten Desinfektions-, Kontroll- und Abwehrmaßnahmen getroffen, um ein weiteres Umsichgreifen der Krankheit zu verhüten.

## Vermischtes.

### Grubenbrand.

**Lütgendortmund.** Eine fürchterliche Katastrophe ist zu befürchten. Auf der fünften Sohle der Zeche „Dorussia“ sind die Schachtzimmerung Feuer, das an den überhöhten Holzlagern reiche Kohlung fand. Zur Unfallszeit befanden sich 287 Mann der Morgenarbeit in der Grube. Davon sind bisher 250 durch den Luftschacht in Cespel noch unversehrt entkommen. Das Schicksal von dreißig Bergleuten ist noch ungewiß. Dem Schachtgebäude entquollen dicke Rauchmassen. Die Feuerwehren von Lütgendortmund und Zeche „Germania“ sind anwesend. Um 1/2 12 Uhr rief ein Förderseil; viele Bergleute waren vom Qualm betäubt und erreichten nur mit Mühe den Ausgang. Dichte Rauchmassen stehen am Schacht, voll langer Sorge um das Schicksal ihrer Lieben. Vom Oberbergamt ist eine Kommission eingeleitet, auch Rettungsmannschaften mit Rauchhelmen schickte sich zur Grubenfahrt an.

Eine spätere Meldung läßt die Befürchtung des entsehligen Unglücks leider fast zur Gewißheit werden: Lütgendortmund, 10. Juli. Durch den Brand auf Sohle 5 der Zeche „Dorussia“ wurden 30 Bergleute abgsperrt. Die durch den teilweise erfolgten Einsturz des Schachtes erschwerten Rettungsarbeiten werden fortgesetzt, jedoch hegt man die Befürchtung, daß ein großer Teil der Vermissten erstickt ist.

### Der Brand der großen Warthebrücke in Landsberg a. W.

hat für diese Stadt ganz ungeheuerliche Folgen gehabt. Eine große Steuererhöhung wird, wie bereits vom Magistrat angekündigt wurde, durch den Neubau der Brücke und durch die Maßnahmen, welche provisorisch zur Aufrechterhaltung des Verkehrs getroffen wurden, eintreten. Der Verkehr zwischen der Stadt und der Brückenortstadt wird zur Zeit durch Dampfer, Fähren und Handfähnen aufrechterhalten, wobei oft recht große Unordnung herrscht. In aller Eile haben Pioniere außerdem eine Pontonbrücke errichtet, die aber durch ein dagegen fahrendes Floß teilweise wieder zerstört wurde. Da der Verkehr von Floßholz auf der Warthe besonders lebhaft ist, sollen fortan ständige Pionierposten denselben regeln. Die Pontonbrücke kostet zirka 8000 M. Für schwere Lasten soll ferner eine Fellenfähre mit etwa 5000 M. Kosten eingerichtet werden. Die Eisenbahnverwaltung hatte anfangs den Fußgängerverkehr über die Eisenbahnbrücke gestattet und Pendlzüge, welche den Verkehr vermitteln, eingestellt. Für letztere mußte die Stadt pro Tag 90 M. zahlen, sie wurden deshalb wieder eingestellt, zumal sie zwecklos waren. Jetzt ist der Fußgängerverkehr nur unter der Bedingung gestattet, daß die Stadt einen festen Belag zwischen den Eisenbahnschienen herstellen läßt. Um eine bessere Anfuhr zu der Pontonbrücke zu schaffen, mußte die Fiegelstraße in aller Eile umgepflastert werden. Ein Bataillon Pioniere wird auf Kosten der Stadt zunächst eine Holzbrücke mit eisernem Oberlag herstellen, was etwa 8 Wochen dauern wird. Dann erst wird mit dem Bau einer neuen massiven Warthebrücke begonnen können.

**Geheimnisse aus einer Bäckerei.** Vor dem Landgericht München I kamen gelegentlich einer Verhandlung gegen den Bäckermeister Josef Lohr wegen eines Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz unerhörte eklatierende Schweinereien zur Sprache. Es wurde nämlich erwiesen, daß der ehrsame Meister, der nebenbei bemerkt mit der Kleinigkeit von 7 Jahren Zuchthaus bestraft ist, ein Jahr lang fast täglich alle 24 Stunden im Weite, von Mäusen angegriffenes Brot durch heißes Wasser aufweichte und dem für das Hausbrot bestimmten Teig beimische, daß er säumiges Wasser, in dem er sich die Hände reinigte, zum Anwaschen des Teiges verwendete, daß er, als er im Winter 1903/04 an beiden Armen mit einem eiterigen Ausschlag behaftet war, sich am Badgeschäft beteiligte, dabei seine beiden Arme mit dem sogenannten „Stumpfer“ (ein Instrument mit dem die Semmel geteilt werden) kratzte, und dieses Instrument, ohne es zu reinigen, sofort wieder bei der Arbeit verwendete. — Der Angeklagte konnte diese Behauptungen nicht in Abrede stellen, er suchte sie nur zu beschönigen. Der Staatsanwalt verlangte die Aussetzung der Verhandlung, weil Anhaltspunkte dafür gegeben seien, daß der Angeklagte nicht nur ein Jahr lang, sondern auch früher diese Schweinereien getrieben habe. Das Gericht gab diesem Antrage statt, um dem Staatsanwalt Gelegenheit zu geben, das Beweismaterial auch nach dieser Richtung beizubringen.

**Sechs Personen ertranken** Sonntagabend oberhalb Ober-Lassfeld durch Umschlagen des Bootes. Weitere sechs wurden gerettet. Das Umschlagen des Bootes wurde durch die Schlagwellen eines vorüberfahrenden Dampfers herbeigeführt.

**Verbotene Experimente an einem Enthaupteten.** Der „Vogel, Ang.“ schreibt: Der Hinrichtung des Raubmörders Neumann wohnten u. a. fünf Assistenzärzte von der Leipziger Universität bei, die eigens nach Plauen gekommen waren, um unmittelbar nach dem Fällen des Hauptes in wissenschaftlichem Interesse mit dem Leichnam Experimente vorzunehmen. In Anbetracht der Würde der ganzen traurigen Handlung, sowie um Gefühl und Gewissen des Volkes nicht zu verletzen, sah Oberstaatsanwalt Beutler davon ab, die Erlaubnis zu erteilen, und die Mediziner mußten unterrichteter Dinge wieder abreißen.

**Ein neuer Rheinisch.** Von einem eigenartigen Mißgeschick wurde die Frau eines ausländischen Touristen auf einer Rheinfahrt betroffen. In der Nähe von Kapellen entglitt der Dame plötzlich eine kleine Handkofferchen mit Schmuckstücken im Werte von über 10.000 M. und fiel in den Rhein. Obwohl der Chemann dem Kapitän des Dampfers eine Belohnung von 1000 M. anbot, wenn er anhalte, um die noch sichtbare Tasche aufzufischen, fuhr das Schiff weiter, und die Wertgegenstände veranken vor den Augen der Passagiere in den Fluten. Auf die Wiederbeschaffung der Tasche nebst Inhalt hat das geschädigte Ehepaar eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt.

**Infolge Vergiftung durch verdorbenes Fleisch** sind in Damburg 13 Mann, nach anderen Meldungen gar 34 Mann, der zweiten Eskadron des dortigen Infanterie-Regiments erkrankt und in das Lazarett überführt worden. Ein Mann ist bereits gestorben.

## Eingegangene Druckchriften.

**Mathias Acher:** Das Steuerverständnis der Sozialdemokratie. 81 S. Preis 50 Pf. Verlag v. B. Stern (L. Kohnen), Wien.  
**E. Aknoui:** La Conscience Russe au Caucase. 36 S. Pablio par des Etudiants Arméniens de L'Europe. Genova 1905.  
**Der Kalender in gemeinverständlicher Darstellung.** Von Walter F. Bilsenius. (Aus Natur und Geisteswelt.) Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. 69. Bändchen.) Verlag von W. G. Teubner in Leipzig. (118 S.) Preis 1 M., gebunden 1,25 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Dienstag, den 11. Juli  
Anfang 7 1/2 Uhr  
Neues Operntheater. Die Fledermaus.  
Berliner Jugend. Fröhlich.  
Zentral. Die Geisha.

**Schiller O.** (Ballner-Theater.)  
Martha, oder: Der Markt zu Richmond.  
**Schiller N.** (Friedrich Wilhelm-Städtisches Theater.)  
Hofgunst. Lustspiel in 4 Aufzügen von Thilo v. Trotha.  
Mittwoch, abends 8 Uhr: Hofgunst.  
Donnerstag, abends 8 Uhr: Hofgunst.  
Im Garten täglich: Großes Militär-Konzert.

**Kleines Theater**  
Anfang 8 Uhr.  
Vater Riekmann.  
Dienstag: Die Neuvormählten.  
Mittwoch: Nachtsyl.  
Donnerstag: Vater Riekmann. Die Neuvormählten.  
Freitag, Sonnabend: Nachtsyl.

**Neues kgl. Opern-Theater.**  
Anfang (Kroll) 7 1/2 Uhr.  
Die Fledermaus.  
Operette in 3 Akten v. J. Strauß.  
Mittwoch: Gastspiel Thoa Dorro: Carmen.  
Donnerstag: Der Widerspenstigen Zähmung. Freitag: Gastspiel Thoa Dorro: Carmen.

**Apollo-Theater.**  
Das bewährteste Theater Berlins mit großem Garten!  
Größter Lachserfolg! Der Gipfel der Komik! 10 Uhr:  
Ein Abend in einem amerikanischen Cingel-Cangel.  
Vorher: Hochzeitsabend von Paul Linde und Spezialitäten.

**Metropol-Theater**  
Der größte Erfolg der Saison!  
Zum 247. Male:  
Die Herren von Maxim.  
Große Ausstattungssposse mit Gesang und Ballett in 5 Bildern. Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

**Carl Weiß-Theater.**  
Or. Frankfurterstr. 132.  
Täglich 8 Uhr:  
Lehmanns Abenteuer auf dem russ.-jap. Kriegsschauplatz.  
Am Sommergarten:  
Das phänomenale Juli-Programm.  
Anfang 5 Uhr.  
Mittwoch: Großes Kinderfest.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Hill. Brunnensstr. 16.  
Benefiz für den Regisseur C. Reich.  
Nur einmalige Aufführung:  
Mathilde  
oder: Ein deutsches Brauereibier.  
Schauspiel in 4 Akten v. H. Benedix.  
Anfang 6 Uhr. Entrée 30 Pf. Ball.  
Raffeesche 3-6 Uhr.

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Kadstraße 58.  
Täglich:  
Das großartige Juli-Programm.  
Paul Coradini, Marka Freya, Arter Wolf, Ormais Latourès, Johnko-Compagnie, Edith Marie.  
Ein toller Morgen im Park.  
Pantomime der Milton-Compagnie, sowie das Jugendfest  
Die Loreley.  
Anfang 4 1/2 Uhr.  
Entrée 30 Pf. Nummer Platz 50 Pf.  
Voranzelge. Die Traumsängerin Magdalena kommt!

**Ostbahn-Park.**  
Am Küstrinerplatz, Rödervorstr. 71.  
Hermann Imbs.  
Täglich:  
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.  
Entrée 15 Pf., wofür ein Glas Bier verabreicht wird, also kein Entree.  
Besetzung, Red. Kurs:

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.)  
Wortspiel-Oper.  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
Gastspiel Heinrich Büchel.  
Martha oder der Markt zu Richmond.  
Romanische Oper in 4 Akten von Fr. v. Flotow.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Oberon, König der Elfen.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Gastspiel Heinrich Büchel.  
Der Troubadour.

**Max Kliems Sommer-Theater**  
Hasenheide 13-15. Kritische Leitung: Paul Milbitz.  
Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.  
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.  
Gespräch IV. 8891. Max Kliem.

**Diez' Spezialitäten-Theater.**  
Landsberger Allee 76/79, direkt an der Ringbahnstation.  
Ob schön! Täglich Ob Regen! Im herrlichen Garten oder Saal:  
Konzert und Vorstellung.  
Vollständig neues Programm, das größte und beste Berlins.  
40 Sensations-Nummern.  
Entrée Wochenends 20 Pf., Sonntags 30 Pf. Jeder Erwachsene hat ein Kind unter 10 Jahren frei, ältere zahlen halben Eintrittspreis.

**Schwarzer Adler**  
Friedrichsberg  
Stadtbahnstation  
Frankfurter Allee.  
Inhaber: Gebr. Arnhold. 37372\*  
Heute Humor. Soiree  
Dienstag: Gebr. Arnhold.

**Urania** Taubenstr. 48/49.  
8 Uhr:  
Die deutsche Nordseeküste.  
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**  
Friedrichstr. 105.  
Neu!! Admiral Togos Besuch bei Admiral Roschdestwansky im Hospital zu Kioto!  
Neu! Elitekapelle „Berolina“.  
Lebende Photographien!

**Passage-Panopticum.**  
Die Sensation der Saison:  
Der Riese Machnow  
der größte Mensch, der je gelebt hat. Ohne Extra-Entrée.  
Neu! Zum erstenmal in Europa:  
Der lebende Eismensch aus dem nördlichsten Kanada. Ohne Extra-Entrée.

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich nachmittags 5 Uhr:  
Militär-Doppel-Konzert  
Eintritt 1 Mk., ab 6 Uhr 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
(früher Buchmann)  
Schönhauser Allee Nr. 148.  
Täglich:  
Konzert, Theater, Spezialitäten.  
20 Attraktionen 1. Ranges. Dazu: Arbeit schändet nicht.  
Vollständig mit Gesang in drei Akten von Reichlingen.  
Anf. 4 Uhr. Entrée 30 Pf. Speis. 50 Pf.

**Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7-9.  
Täglich:  
Zwischen Himmel und Erde. (Gr. romantisch. Ausstattungsstück.  
Neue Dekorationen und Kostüme.  
Eine schreckliche Nacht.  
Große Pantomime der Sultana Pholtes Truppe.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Numerierter Platz 50 Pf.

**Reichshallen.**  
Gastspiel d. berühmten Oskar Junghähnel mit seiner vorzüglichsten Herren-Gesellschaft.  
Anf. 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr.  
Dienstag, 1. Aug.: Wiederbeginn der Sotreen der Stettiner Säng.

**Otto Pritzkows**  
Abnormitäten-Ausstellung  
Münzstr. 16.  
Neu ! ! ! ! ! Neu ?  
? Mne-Mno-Mni ! ?  
frei in der Luft fliegende Türkin  
Anatom. Röntgen. Med. Wunder.  
Neu renoviert! Neu renoviert!

**Victoria-Brauerei**  
Lützowstr. 111/112.  
Täglich:  
Horst's Säng.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: Tanz.

**Gänsefedern 60 Pf.**  
Gr. 9 Pfund (größer zum Reigen).  
Schlachtfedern, wie sie v. d. Gans fallen, mit allen Daunen M. 1.50, fälliger Gänsefedern M. 2.00, bessere Gänsefedern M. 2.50, 3.00, beste Schwäne M. 3.50, russische Daunen M. 3.50, weiße böhm. Daunen M. 5.00, gerollene Federn M. 1.50, 2.00, 2.50. Prima gerollene M. 3.00, 3.50. Versand gegen Nachnahme.  
Berlin S. Gustav Lustig, Pringelstr. 46a.  
Erst Bettfedernfabrik m. elect. Betriebe, viele Anerkennungs-schreib.

**Es gibt keinen Aerger mehr,**  
wenn die Hausfrau jetzt in der Sommerzeit verblühene Garderobe entdeckt. Jede Dame kennt Dr. Ed. Arnolds Schottland-Farbseife mit der es ein leichtes ist, alle möglichen Farben wieder herzustellen. 30 Pf. genügen 3 D. schon, um ein rot oder blaues Sommerkleid wie neu herzustellen. Dabei leichte, saubere Anwendung. Kein Beschmutzen der Hände oder Köpfe. Die mit Schottland-Farbseife behandelten Sachen sind waschbar und färben nicht ab. In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.  
Dr. Ed. Arnold, Chemische Fabrik, Berlin C. 54, Sophienstr. 8.

**Ziehung am 13. Juli 1905**  
Westpreussische Pferde-Lotterie  
Hauptgewinne:  
1 Equipage mit 4 Pferden, 1 Equipage mit 2 Pferden, 1 Equipage mit 1 Pferd, 40 einz. Roll-u. Wagenpferde - zusammen W.  
34 000  
Lose à 1.- M. Porto und Liste 20 Pf., 11 Lose 10.- empfangt  
Carl Heintze,  
Berlin W., Unter den Linden 3.

**Grauz- und Blumenbinderei**  
von Robert Meyer,  
nur Mariannen-Str. 2.  
Bereits-Stränge, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert

**Achtung! Fahrstuhlarbeiter! Achtung!**  
Dienstag, den 11. Juli 1905, abends 8 Uhr, in den Industrie-Festhallen, Reuthstraße Nr. 10/20:  
Versammlung  
aller an Fahrstühlen u. Hebevorrichtungen beschäftigten Arbeiter.  
Tages-Ordnung:  
1. Der Stand der Bewegung und unsere weitere Stellungnahme. 2. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
Der Zweigvereins-Vorstand.

**Dr. Lell**  
wohnt jetzt:  
Rosenthalerstrasse 26 II.  
Homöopath. und Spezial-Arzt für Haut-, Darm- und Geschl.-Leiden.  
11-2 u. 5-8. Sonnt. 11-3.  
Wärzburger Hähneraugenmittel von Dr. H. Unger-Würzburg. - 20 Pf.  
In Berlin: Salomon-Apothek., Charlottenstraße, Groß-Apothek., Barnimstr. 33.  
In Breslau: 36121\* Victoria-Apothek., Friedr. Wilhelmstr. 43.  
Sofortentgelt bezahlbar: Th. Meier, Berlin, Drais u. Berlin; Hermann Rudrigers u. Seeligersstr. Paul Singer & Co., Berlin SW.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Modell-Tischler.  
Donnerstag, den 13. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Schmidt, Gartenstraße 6:  
Branchen-Versammlung.  
Fortsetzung der Tagesordnung vom 6. 7. 05.  
88/13 Die Kommission.  
Zentralverband der Maurer Deutschlands.  
Zweigverein Berlin.  
Sektion der Gips- und Zementbranche.  
Gruppe der Rabiqpuher und Rabiqpuherträger.  
Donnerstag, den 13. Juli 1905, abends 8 1/2 Uhr:  
Mitglieder-Versammlung  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 5).  
Tages-Ordnung:  
1. Fortsetzung der Diskussion über: Stellungnahme resp. Forderungen der einzelnen Gruppen zu der bevorstehenden Tarifverhandlung.  
2. Anträge der Spanner zum Regulativ des Arbeitsnachweises.  
Zahlreiches Besuch erwartet  
Der Vorstand.  
3. U.: Wth. Müller.  
147/20 Mitgliedsbuch legitimiert!

**Anarchisten! Sozialisten!**  
Mittwoch, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr:  
Volks-Versammlung  
bei Wilke, Brunnenstr. 188.  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Rud. Lange: „Aus der Geschichte der spanischen Arbeiterbewegung“. 2. Diskussion.  
Der Einberufer.  
Um die trigen Anschauungen, welche über die spanische Arbeiterbewegung herrschen, richtig zu stellen, wird im zahlreiches Erscheinen ersucht.  
29576 Die Einberufer.

**Achtung! Achtung!**  
Bauarbeiter!  
Seit 8 Tagen stehen die an Fahrstühlen und Hebevorrichtungen beschäftigten Kollegen bei den Firmen Bennowitz, Sommer & Müller, Rietsch und Lumina im Streik, später sind ihnen die Kollegen der Firmen Traut & Co. und Klob & Heymann gefolgt, bei anderen Firmen sind die Arbeitsstellen in den nächsten Tagen zu erwarten, da wie anzunehmen, um geregelte Löhne und auch die Anerkennung der Organisation zu erzielen.  
Nur zwei Firmen haben bisher die Forderung der Arbeiter anerkannt.  
Da nun die obigen Firmen auf alle nur denkbare Art versuchen, Arbeitswillige heranzuziehen, so hat die Organisation rote Arbeitsberechtigungs-Karten für die zu den neuen Bedingungen Arbeitenden aufgegeben.  
Wir richten deshalb das Ersuchen an die organisierten Arbeiter der Baubranche, uns in diesem Kampfe zu unterstützen, indem sie die auf den Karten beschriebenen Fahrstuhlarbeiter nach der Arbeitsberechtigungs-Karte befragen. Alle ohne diese Karte Arbeitenden arbeiten entgegen den Bestimmungen der Organisation und sind somit als Arbeitswillige zu betrachten.  
34/10 Der Zweigvereins-Vorstand.

**Im Namen des Königs!**  
In Sachen des Langlehers Emil Kaprolatis in Schönberg, Oberstr. 80a, Mägers, Prozessvollmachtigter Rechtsanwält Dr. Schoeps in Berlin, Alexanderstraße 53, gegen den Langlehler Willy Portzig in Berlin, Reichenbergerstraße 6, Beklagten, wegen unanfechteter Verurteilung der verurteilten und unterzeichneten Urteile.  
ges. Kölling, Gerichtsschreiber.  
Der Beklagte wird verurteilt, in der öffentlichen Verhandlung seines Langjährlings, Reichenbergerstraße 6 zu Berlin, insbesondere in dem allgemeinen Abrechnung sich der Bezeichnungen „Sololänger“, „Tanzakademie“, „Fackmann“ und „Prüfungsmesser“ bei Vermeldung einer feststehenden Geldstrafe von 30 - zwanzig - Mark für jeden Zuwiderhandlungsfall im Zukunft zu enthalten.  
Dem Kläger wird die Befugnis zugesprochen, den verfügbaren Teil des Urteils innerhalb vier Wochen nach Rechtskraft im „Berliner Lokal-Anzeiger“ und „Berliner Tageblatt“ auf Kosten des Beklagten öffentlich bekannt zu machen.  
Dem Beklagten werden die Kosten des Rechtsstreits auferlegt. Das Urteil wird für vorläufig vollstreckbar erklärt.  
Beröffentlichung von den Langlehern Berlins und Umgegend.

**Verlosungsartikel zu Landpartien, für Vereine etc.**  
nur Neubetten, sowie Lampions, Stocklaternen, Fackeln, Girlanden, Wimpeln, Fahnen, Schärpen, Scherzartikel, humoristische Kopfbedeckungen, Musikinstrumente, Radausachen, Spottbillig im 35512\*  
Alte Jacobstr. 93, L. H. Gotthilf, Alte Jacobstr. 93, an der Seydelstraße.

**Achtung! Fahrstuhlarbeiter! Achtung!**  
Dienstag, den 11. Juli 1905, abends 8 Uhr, in den Industrie-Festhallen, Reuthstraße Nr. 10/20:  
Versammlung  
aller an Fahrstühlen u. Hebevorrichtungen beschäftigten Arbeiter.  
Tages-Ordnung:  
1. Der Stand der Bewegung und unsere weitere Stellungnahme. 2. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
Der Zweigvereins-Vorstand.

**Raucher**  
Rist-Isis beste 2-Pfeinnig-Zigarette  
aus der Fabrik Rist & Co., München.  
3603L\*

Gerichts-Zeitung.

Ein Kulturbild. Die Beleidigungssache des Ingenieurs Wegewski gegen Fritz Thysen, den Sohn des bekannten Eisenkönigs aus Rülheim a. Ruhr, über deren Verurteilung wir im Juni berichteten, wurde gestern vor der Abteilung 150 des Schöffengerichts I zu Ende geführt. Die Sache hängt mit dem bekannten Thysenschen Familienstreit zusammen, der für die Innigkeit des Familienlebens in gewissen Teilen der Großbourgeoisie so überaus charakteristisch ist. Bekanntlich sucht der Vater Thysen seinen Sohn August zu entmündigen und wird dabei von dem älteren Sohne Fritz Thysen unterstützt. Das Ergebnis einer Entmündigung würde die Ausschließung des August Thysen jr. von der Verwaltung des riesigen Vermögens sein. Im Verlauf dieses Vorgehens sollte der Angeklagte Fritz Thysen seinen Bruder verdächtigt haben, daß er mit dem Privatkläger ein homosexuelles Verhältnis hätte; deshalb war die Privatklage erhoben worden. In der Verhandlung bestritt der Angeklagte zunächst und wollte nur „Erkundigungen“ eingezogen haben. Die Kaufgabe eines Zeugen aber ergab, daß er nicht nur selbst den Verdacht geäußert hatte, den übrigens der Zeuge für völlig unbegründet erklärte, sondern sogar gesagt hatte, es lägen Briefe und Postkarten vor, die ihn unterstützten. Der Vertreter des Privatklägers forderte die Vorlegung dieser angeblichen Schriftstücke, deren Existenz er entschieden bestritt, und bezeichnete es als den schändlichsten Wunsch des Privatklägers, durch ein solches Zeugnis des Herrn August Thysen jr. nachzuweisen, daß zwischen ihnen nie das geringste vorgekommen wäre, das auch nur den Schatten eines solchen Verdachts hätte erwecken können. Der Angeklagte lehnte es ab, die angeblichen Dokumente vorzulegen und gab schließlich die Erklärung ab, daß er den ausgesprochenen Verdacht nicht aufrechterhalte, und daß keine tatsächlichen Unterlagen dafür vorhanden seien, auch übernahm er die Gerichtskosten. Darauf nahm der Privatkläger die Klage zurück. Interessant war noch an den Erörterungen, daß der Vertreter des Privatklägers behauptete, nicht nur August Thysen jr., sondern auch sein Vater und der Angeklagte hätten an Verhandlungen über den Erwerb des Abels teilgenommen, die schließlich nur an der Höhe der geforderten Gegenleistung gescheitert wären, worauf der Angeklagte einwendete, dies hätten sie nur aus Furcht vor August Thysen jr. getan.

Frau des Angeklagten, mit der er seit zwei Jahren verheiratet ist, eine längst vorhandene Krankheit aus. Sie erkrankte an Lungen- schwindel und war bald dem Tode nahe. Mit den 70 W. Gehalt, die S. als probeweise angestellter Postbote bezog, konnte er seiner schwindsüchtigen Frau nicht diejenige Ernährung und sonstige Pflege bieten, die unbedingt erforderlich war. Er mußte Schulden machen, die er an jedem Gehaltszahlungstage bezahlte. Allmählich geriet er in bitterste Not. Als er am 1. März sein Gehalt in Höhe von 70 M. erhielt, bezahlte er 24 M. Miete und verschiedene andere Beträge, so daß ihm nur eine ganz geringe Summe übrig blieb. Als er nun an seine schwerverkrankte Frau dachte, sah er die Verzweiflung. Als er zum Dienst kam, zeigte er ein etwas sonderbares Wesen, so daß ihn seine Kollegen beobachteten. Sie bemerkten, wie der Angeklagte, als er Briefe sortierte, mehrere Briefe befühlte und schließlich einen derselben auf dem Hofe aufstieß und sich den Inhalt aneignete, der aus zehn Bekleidungsartikeln bestand. Es wurde von der Postbehörde ein sog. „Fangbrief“, ein mit Geldstücken versehener Brief, unter die Briefschaften, die S. zu sortieren hatte, platziert. Der Angeklagte ging auch in die Falle und eignete sich den Brief an, dessen Inhalt ihm eine Aufbesserung seiner traurigen Verhältnisse bringen sollte. Als man ihn abfahnte, fand man noch einen dritten Brief bei ihm. Er gestand alles reumütig ein und erklärte, nur die Not und Verzweiflung habe ihn dazu getrieben. — Vor Gericht wiederholte der Angeklagte sein offenes Geständnis und bat um eine milde Bestrafung, da er seine Verfehlung durch seine Entfernung aus dem Postdienst schon schwer genug gebüßt habe. Da das geschlechtlich zulässige niedrigste Strafmaß für Unterschlagung im Amte drei Monate Gefängnis ist, so erkannte der Gerichtshof dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, trotz des geringen Objekts auf eine Gesamtstrafe von 5 Monaten Gefängnis.

daß der Angeklagte um dieselbe Zeit, in welcher der Diebstahl verübt habe. Mehrere einwandfreie Zeugen bezeugten indessen, daß der Angeklagte um dieselbe Zeit, in welcher der Diebstahl verübt worden war, mit ihnen in dem Cafe „Kaiserhof“ gesehen und Schach gespielt habe. Für den Angeklagten sollte dieser Alibi- beweis sehr unangenehme Folgen haben. Er wurde verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert, da man vermutete, daß er die Alibizeugen zum Meineid verleitet habe. In der gestrigen Verhandlung trat Rechtsanwalt Bohn einen umfangreichen Entlastungsbeweis an, der darin gipfelte, daß R. das Opfer einer unglücklichen Personenverwechslung geworden sei. Der Staatsanwalt beantragte 4 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof folgte indessen den Ausführungen der Verteidigung und erkannte auf Freisprechung und sofortige Haftentlassung.

Wie vorsichtig jeder Zeuge vor Gericht mit seiner Aussage sein muß, auch wenn es sich um Dinge handelt, die ihm unangenehm sind, zeigte wieder einmal eine Verhandlung vor dem Schwurgericht II. Unter der Anklage des wissentlichen Meineides stand der Kaufmann Wilhelm Schulz vor den Geschworenen. Der Angeklagte war als Zeuge dem Schöffengericht Köpenick abspiziert. Er hatte ganz nebenbei Dinge zu bezeugen, die indessen den damaligen Verteidiger veranlaßten, sich etwas näher mit dem Angeklagten zu befassen. Um dessen Glaubwürdigkeit als Zeuge zu erschüttern, fragte ihn der Anwalt, ob er schon vorbestraft sei, worauf Schulz dies verneinte. Später ergab es sich jedoch, daß er in Wirklichkeit vorbestraft ist. Die Folge war die jetzige Anklage wegen Meineides. In der Voruntersuchung machte S. geltend, er habe sich durch die Bemerkung eines Anwalts, anlässlich jenes Termins, daß Vorstrafen, die foveit zurücklagen, nicht mehr in Betracht kämen, veranlaßt gefühlt, die an ihn gerichtete Frage nach seinen Vorstrafen zu verneinen. Rechtsanwalt Dr. Karl Löwenthal hat nunmehr auch noch den Beweis dafür angetreten, daß bei dem Angeklagten infolge erblicher Belastung ein gewisser Grad von Schwachsinn vorhanden sei, der ihn nicht klar erkennen lasse, daß jene Bemerkung des Anwalts nur auf die eventuelle Erhöhung einer Strafe bei einem Angeklagten getan worden sei. Es sollen deshalb mehrere medizinische Sachverständige geladen werden. Da die Sache selbst erst nach den Gerichtsserien zur Verhandlung kommen kann, so muß der Angeklagte seine Unvorsichtigkeit zum mindesten mit mehreren Monaten Untersuchungshaft büßen.

Ein Abenteuer auf der Stadtbahn lag einer Anklage wegen Diebstahls gegen den in Berliner Grundbesitzkreisen gut bekannten Grundstücksmittler David Rubenstein zugrunde. — Am 20. Februar d. J. um 1/8 Uhr abends, war der Kaufmann Hausmann im Begriff, auf dem Bahnhof Alexanderplatz einen Stadtbahnzug nach Hansdorf zu besteigen. Auf dem Treppentritt des Zuges stehend wurde er plötzlich von einem Herrn beiseite gedrängt, der ihn zu gleicher Zeit an den Hals faßte. Hausmann drehte sich gerade nach einem zweiten Herrn auf dem Bahnsteig um, der ihm zurief: „Halte dich!“ und zwar in einem etwas fremdbildlichen Akzent. Diesen Moment benutzte der zweite elegant gekleidete Herr, um dem S. eine Brillantnadel im Werte von 250 M. aus dem Schilps zu ziehen. Hausmann entdeckte den Verlust erst später und konnte, zumal sich der Zug schon in Bewegung gesetzt hatte, zwei Personen, die eiligen Schritten den Bahnsteig verließen, nicht folgen. In einem dieser beiden Herren will der Bestohlene nun den jetzigen Angeklagten Rubenstein wiedererkennen. Dieser ist ein völlig unbefragter Mann, der ein sehr gutes Einkommen hat und erst einige Tage vor dem Vorfall auf dem Bahnhof Alexanderplatz durch ein Geschäft 3000 M. verdient hatte. Die ganze Sachlage wurde immer verwickelter. Der Bestohlene blieb mit aller Bestimmtheit dabei,

Eingegangene Druckschriften.

Die Gleichnisse Jesu. Von H. Weinel. (Aus Natur und Geisteswelt.) Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. 48. Bändchen.) Zweite verbesserte Auflage. Verlag von W. G. Deubner in Leipzig. [VI und 135 S.] Preis gebunden 1 M., geschmacklos gebunden 1,25 M. Arbeiter-Sekretariat Leipzig. Erster Jahresbericht für das Jahr 1904, nebst einer Uebersicht über die Leipziger Gewerkschaften und dem Geschäftsbericht des Gewerkschaftsrates. Kommissionsverlag der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Das Ende der unteren Postbeamten auf der Anlagebank. Wegen Unterschlagung im Amte war gestern der frühere Postbote, jetzige Hausdiener Karl S. vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I angeklagt. Der bisher völlig unbescholtene S. wird beschuldigt, mehrere Briefe, die ihm in seiner Eigenschaft als Postbeamter übergeben worden waren, unerlaubter Weise eröffnet und unterdrückt und sich hierdurch der Unterschlagung im Amte schuldig gemacht zu haben. Der Angeklagte ist seit dem Jahre 1902 in dem Postamte 19 in der Weußstraße bis zum 14. März d. J. als Postbote angestellt gewesen. Er verließ seinen Dienst zur völligen Zufriedenheit seiner Vorgesetzten, die ihn als nüchternen und anständigen Menschen schildern. Ende vorigen Jahres brach bei der

Deutscher Buchbinder-Verband. (Zahlstelle Berlin.) Allen Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser treuer Kollege, der Buchbinder Rudolf Tichy am 9. d. M. nach schwerem Leiden verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 12. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 24/7 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf. Nachruf. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Mitglied, der Arbeiter Gustav Röseler (16. Bezirk) an der Proletarierkrankheit verstorben ist. 23/20 Ehre seinem Andenken! Der Vorstand.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes Adolf Zander sage hiermit allen, insbesondere den Kollegen der Firma Vohmann u. Krause vom Bau Krausenstr. 35/36 meinen herzlichsten Dank. Anna Zander geb. Kaiser.

Bruch-Pollmann empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensoren sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstat. Liefer. f. Dritt- u. Hälfte-Preisenklassen Berlin O., 30. Finien-Strasse 30. NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Bellofen, angenehm und leicht in Aderper. 30092/1

SPREE-HAVEL Stern Täglich außer Sonnabend und Sonntag: Dampfer-Sonderfahrten mit Musik nach „Waltersdorfer Schloß“. Große Spielplätze, herrlicher Hochwald. Gute bürgerliche Küche. 37392\* Abfahrt nachmittags 2 1/2 Uhr vom Brandenburger Ufer, Jannowitzbrücke, gegenüber Weiderei. Ein- u. Rückfahrt 0,50 Pf., Kinder 0,25 Pf. Jahresheimverkauf auf dem Dampfer „Waltersdorf“.

Von größter Bedeutung für die Gesundheit ist es, reinen, keimfreien Essig zu genießen, welche Garantie Sie in jedem Falle dann haben, wenn Sie sich Ihren Essigbedarf aus Reichels Essig-Essenz Marke „Lichtberg“ selbst herstellen. Dem gesundheitlichen Nachteil in jeder Hinsicht beträchtlich überlegen und gutem Weineisig im Geschmack völlig gleich, aber wesentlich billiger. Originalflaschen, für 12 bezw. 6 Weinflaschen Essig reichend, M. 1.- und 55 Pf. für leere Flaschen 5 bezw. 10 Pf. zurück. Ueberall in den Drogerien, Kolonial- u. Geschäften, auch in den Apotheken erhältlich, wo nicht, direkter Versand von der Fabrik.

Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4. Man verlange und nehme nur Reichels Essig-Essenz und achte auf unbedenklichen Kapselverschluss mit Marke „Lichtberg“.

Erfrische Dich! Reichels Fruchtsyrup-Extrakte, das Aroma frischer Früchte enthaltend. 1 Originalfl. zu 75 Pf. gibt 5 Pfund feinsten Limonadensyrup von wahrhaft natürlichem Fruchtgeschmack in Himbeer, Kirsch, Erdbeer, Zitronen, Johannisbeer, Ananas, Waldmeister (Mairweisse), Limetta etc. Zum Versuch 1/2 Fl. 40 Pf. Die Ersparnis ist enorm! Ein Pfund stellt sich fix und fertig auf noch nicht 30 Pf. Bier-Extrakte aus bestem Hopfen und Malz zur Biererzeugung im eigenen Haushalt Flasche 50 Pf. für 25 Ltr. Brauambier und je 12 1/2 Ltr. Weißbier, Malzbier und Weizenbier; Doppelmalzbier Fl. 75 Pf. Man überzeuge sich selbst durch einen Versuch! Wertvolle illustrierte Broschüre „Die Destillation im Haushalte“ gratis! Erhältlich in durch meine Plakate kenntlichen Drogerien und bei Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4. Größte Spezialfabrik Deutschlands. Echt ist allein das Originalprodukt mit Marke „Lichtberg“, deren nur Weidenweg 12 frei kleine Wohnung und ein Laden mit Wohnung, monatl. 75 M. (37412\*) D. Berlin.

fordern Sie beim Einkauf ausdrücklich Dänischen Kapitän-Kautabak früher Anker-Kautabak und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden am besten schmeckt. 3644L\* Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift: „Dänischer Kapitän-Kautabak“ — geächtet geschäftl. 75 058 — Alleinverkauf: C. Röcker, Berlin, Grünau Weg 112. Wer mit seinem dänen Kautabak nicht zufrieden ist, versuche „Kapitän Mellems“ in Stangen.

Brennabor-Räder und Jenensia-Räder auf Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie! Sozial. Räder M. 65.-, mit Freilauf M. 100.- Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Nummern „23“ zu achten. 23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Schmökewitz Gasthaus zur Palme am Seebassin. (Endstation der „Storn“-Dampfer.) Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39. Empfehle mein allbekanntes, herrlich am Wald und Wasser belegertes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampfserge, Regalbahnen, große Kaffeeische. Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

H. & P. Uder, Engel-Ufer 5. Berlin SO. 10. Tabak-Großhandlung u. Tabakfabrik. Rauch-, Kan., Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen. Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen. Amt 4, 3014.

Wer-Stoff-hat, fertige Herrenanzug, 20 M., ohne Reithuren, feine Jutal, 2 Anpr. für guten Sitz beim gold. Reiballe. Ludwig Engel, Drucksauerstraße 23, II. (Alexanderplatz). — Gegründet 1892. 16032

Athriwi „Stella“ Zigaretten garantierte Handarbeit.

„Athriwi“ Zigaretten beste 2 und 3 Pfennig-Marken.

Billig! Billig! Bruchkohlen u. Halbsteine Ur. nur 65 Pf. 35802\* M. Pionka, Berlin O., Littenstr. 21.

10 M. täglich und mehr können Leute jed. Standes durch Verkauf jugendlicher Artikel verdienen. 102/15\* H. Hertscheg, Pflaun L. B.

5 3/4 Pfund Brot 50 Pf. (Backware 6 Stk. 10 Pf.) Albrechts Bäckereien: Drangelerstr. 135, Krautstraße 19, Falkenfeinstr. 25, Vahrenstr. 2, Markthalle Pflaunstr., Stand 229/23, Markthalle Andreasstr., Stand 10/18, Zentrale: Vogthagenstr. 13.

Eine Mark möchtliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herren-Moden. Bestellung u. Maß, tadelloste Ausführung in eigener Werkstat. Spezialgeschäft für Herren-Bekleidung. Kein Waren-Kredithaus. J. Kurzberg, An der Jannowitzbrücke 1, I. Bahnhof Jannowitzbrücke.

Turmstr. 76. Lachmann & Scholz Warenhaus Ottostr. 1. Die letzten Tage unseres Ferien-Sonder-Verkaufs bieten noch enorm günstige Gelegenheitskäufe! Die Reste vieler Partie-Posten gelangen zum Endverkauf! Schürzen — Strümpfe — Spitzen — Waschestoffreste — Bänder — Strickwollen. Dienstag, Mittwoch, Donnerstag geben wir doppelte Rabatt-Marken.



Parteigenossen! Mittwoch ist Zahlabend in Berlin und den Vororten!

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfeste. In Zehlendorf steht jetzt das Lokal von E. Putzig der Arbeiterschaft zur Verfügung.

Berliner Nachrichten.

Unzufriedenheit bei der Feuerwehr?

Der Feuerwehrmann stand früher in dem Ruf, der zufriedenste Mensch von der Welt zu sein. Ein unzufriedener Feuerwehrmann — das war ein Ding, das mancher sich gar nicht vorstellen konnte.

Erst als die Schönheiten des Feuerwehrdienstes dann und wann im „Vorwärts“ ein wenig beleuchtet wurden, dürfte manchem die Erkenntnis aufgeblüht sein, daß auch ein Feuerwehrmann allerlei Wünsche und Begehren hat.

Der Jahresbericht der Feuerwehr für die Zeit vom 1. April 1904 bis zum 31. März 1905 erschienen, und zu unserer nicht geringen Überraschung finden wir darin das Eingeständnis, daß unter den Mannschaften aus Anlaß der Vermehrung des Theaterwachsens eine „weitverbreitete mißmutige Stimmung“ geherrscht habe.

Bei der Berliner Feuerwehr vollzieht sich jetzt ein Wechsel der Leitung. Herr Giersberg ist tot, und wir wollen ihn nicht mehr scheiden. Nur soviel muß gesagt werden, daß unter ihm der Gamaschendienst bis zum Uebermaß gepflegt worden ist.

Im Straßenbahn-Projekt

hat die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft sich auch vor dem Reichsgericht eine Niederlage geholt. Ein Telegramm aus Leipzig meldet:

In der Feststellungsfrage der Stadt Berlin gegen die Große Berliner Straßenbahn hat das Reichsgericht das zugunsten der Stadt Berlin von den beiden Vorinstanzen ergangene Urteil bestätigt und die von der Großen Berliner Straßenbahn gegen das Urteil des Kammergerichts vom 12. Januar eingelegte Revision zurückgewiesen.

Die erste Verhandlung vor dem Landgericht I war am 30. Juni vorigen Jahres; das Kammergericht bestätigte am 12. Januar das abweisende Urteil gegen die „Große“, wenn auch in zum Teil anderer Formulierung. Das Kammergericht sagte: Es handelt sich in der Angelegenheit nicht um einen Mietvertrag, durch welchen die Mitbenutzung der Straßen und Plätze durch andere ausgeschlossen ist; es handelt sich nur um einen Vertrag, durch welchen dem Mieter lediglich die Benutzung der Straßenfläche gestattet ist.

Dadurch, daß der Stadt ein Mitbenutzungsrecht für eine Strecke von 400 Meter in einer Straße eingeräumt ist, das besagt, daß an sich eine Konkurrenz nicht ausgeschlossen sein soll. Nun handelt es sich aber gar nicht um eine Straßenbahn, sondern um eine Untergrundbahn, und man könnte annehmen, daß schon deswegen ein Widerspruch unzulässig sei.

zugestanden. Wesentlich für das Urteil sind aber die Stadtverordneten-Verhandlungen, welche den Vertragsab schlüssen von 1897 und 1898 vorausgingen. Es ist in diesen Verhandlungen von vielen Stadtverordneten ausdrücklich gesagt worden, daß der Straßenbahn-Gesellschaft kein Monopol einzuräumen und daß für das Mitbenutzungsrecht der Gleise lediglich die Errichtung von Konkurrenzlinien maßgebend ist.

Die Kommunalwählerliste,

in die jeder eingetragen sein muß, der sich an den im November d. J. stattfindenden Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung beteiligen will, wird in der Zeit vom 15. bis einschließlich 30. Juli an den Wochentagen von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, an den Sonntagen von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags im städtischen Wahlbureau Poststr. 16, 2 Tr., Zimmer 57, zur Einsicht öffentlich ausliegen.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Wählerliste Einwendungen erheben. Später eingehende Einsprüche werden nicht berücksichtigt.

Die Gesamtsumme aller für die Bildung der drei Wählerabteilungen zusammengetragenen Steuern beträgt diesmal 61754611,64 Mark.

Es gehören danach bei den bevorstehenden Wahlen zur 1. Abteilung diejenigen Wähler, welche mindestens einen Steuerbetrag von 3961,90 M. zahlen.

Die 2. Abteilung beginnt mit dem Steuerbetrage von 3955,80 M. und schließt mit einem Steuerbetrage von 179,80 M.

Zur 3. Abteilung gehören alle diejenigen, welche für ein Einkommen von mindestens 660 M. Steuer zahlen. Sie schließt mit dem Höchststeuerbetrage von 179,60 M.

Bei der Verichtigung der Wählerliste bezüglich des Wohnsitzes der stimmberechtigten Personen in Berlin waren die von diesen erstatteten polizeilichen An- und Abmeldungen maßgebend.

Es wurden demnach auch solche an sich wahlberechtigte Personen in der Liste gestrichen, welche polizeilich abgemeldet sind, ohne ihren Wohnsitz hier selbst angegeben zu haben. Dazu gehören alle diejenigen, die sich nur zeitweise auswärts befinden, wenn sie sich in Berlin abgemeldet und dabei unterlassen haben, auf der Abmeldung zu vermerken, daß ihre Abwesenheit von Berlin nur eine vorübergehende ist.

In der Angelegenheit der Kasse „Volkswohl“, die wir Ende vorigen Jahres mehrfach erörtert haben, ist jetzt die Staatsanwaltschaft gegen den Leiter der Kasse, Herrn Leh, eingeschritten. Sie hat gegen ihn ein Verfahren wegen Betrugs eingeleitet.

Die Feuermelder sind in Berlin im Etatsjahr 1904/05 auf 750 vermehrt worden, 577 private und 173 öffentliche. Die Zahl der öffentlichen Feuermelder und die Häufigkeit ihrer Benutzung hat im Laufe der Jahre so stark zugenommen, daß jetzt schon rund die Hälfte aller Feuermeldungen durch sie übermittelt wird.

Im Magistratsbureau für Invalidenversicherung, das Ende Dezember 1904 nach dem neuen Verwaltungsgebäude der Landesversicherungsanstalt Berlin, am Köllnischen Park 8, verlegt worden ist, herrschte im Etatsjahr 1904 rege Tätigkeit. Zahlreiche mündliche Auskünfte wurden erteilt, dargeboten wurden 5545 Personen. 440 Anträge auf Befreiung von der Versicherungsspflicht gingen ein; davon wurden 416 genehmigt, abgelehnt 4, zurückgezogen oder auf andere Weise erledigt 17, unerledigt blieben 3.

Bei einer Explosion in der Fabrik von Schaben gekommen ist gestern (Montag) normittag der Fabrikbesitzer Julius Buchholz aus der Rüdersdorferstraße 7. Er war in seiner dortigen Wohnung mit einem Hausdiener damit beschäftigt, die Gasleitung zu revidieren, da sich ein intensiver Gasgeruch in den Räumen bemerkbar machte.

Ein schweres Straßenbahn-Unglück ist gestern Abend durch ein schiefgewordenes Seilspann an der Ecke der Charlotten- und Französischenstraße hervorgerufen worden. Infolge eines vorübergehenden Automobils waren die Pferde einer Equipage schiefe geworden und durchgegangen.

Bahn und zwar mit solcher Gewalt, daß die Deichsel in die Scheiben des Anhängewagens geriet. Durch umherfliegende Glassplitter schwer verletzt stürzte die an der Unfallstelle stehende Frau Linde aus der Stuttgarterstr. 9 mit einem Anfschrei zusammen.

Im Eisenbahnzug ist Sonntag Abend um 9 Uhr der 35 Jahre alte Heizer Hermann Vock tödlich verunglückt, der sich auf einem von Münden nach Berlin fahrenden Zuge befand. Unterwegs kam ihm ein anderer Zug entgegen, und Vock lehnte sich aus der Maschine heraus, um einen Kollegen aus dem anderen Zuge zu begrüßen.

In der Badeanstalt ertrunken ist am gestrigen Sonntage im Seebad Bilmersdorf der im zweiten Jahre dienende Eisenbahner Körner von der 8. Kompanie des II. Eisenbahn-Regiments. Dem Bademeister war es gegen 5 Uhr nachmittags aufgefallen, daß die Uniform eines Soldaten schon mehrere Stunden lang in dem Ankleideraum hing, und er stellte sofort fest, daß sich unter den Badebänken kein Soldat befand.

Verloren ging am Sonnabendnachmittag 3 Uhr während einer Stadtbahnfahrt vom Zoologischen Garten nach Janowitzbrücke die Kiste Nr. 906 für die streitenden Zigarettenarbeiter Dresdens. Gezeichnet waren schon 10,80 M.; der Finder wird gebeten, die Kiste an B. Bengels, Stultateur, Berlin O. 27, Blumenstr. 22 IV, abzugeben.

Aus den Händen von Mädchenhändlern gerettet wurde die 18 Jahre alte Sängerin und Tänzerin Helene K. aus Berlin durch das deutsche Konsulat in Odessa. Im April d. J. wurde sie durch einen hiesigen Theateragenten einem angeblieben Ehepaar zugeführt, das sie für das Theater im Grand-Hotel in Odessa verpflichtete.

Feuer auf dem Schlesischen Güterbahnhof. Sonntag vormittag gegen 3 Uhr kam auf dem Schlesischen Güterbahnhof ein großer Dachstuhlbrand aus, der die Gasanstalt der Eisenbahn stark gefährdete und die Feuerwehr über drei Stunden beschäftigte. Das Feuer entstand auf nicht ermittelte Weise im östlichen Flügel des Ueberwachungsgebäudes für Bahnbeamte.

Feuerbericht. Neben dem Feuer auf dem Schlesischen Güterbahnhofe hatte die Wehr noch mehrere andere Brände in den letzten 48 Stunden abzuschlecken. Nach der Gewehrstr. 3 wurde sie abends gerufen, weil dort Bodenbeschläge mit ihrem Inhalt, sowie ein Teil des Dachstuhles in Flammen stand.

Im Programm des Apollo-Theaters findet nach wie vor die amerikanische burleske Kompanie Anklang. Ihr Akt „Ein Abend in einem amerikanischen Ringeltengel“ wird vom Publikum belacht und läßt ungeminderte Anziehungskraft aus. Aus dem übrigen Programm des Juli sei die Harry Nambler-Kompanie genannt, die einige vortreffliche Jongleurstücke zum besten gibt.

Radsport. In Treptow verbesserte Demke, obwohl er unter den Folgen eines schweren Sturzes noch zu leiden hatte, den Stundenrekord der Bahn und brachte es auf 63,490 Kilometer. Sein Sieg stürmte das zahlreiche ersehnte Publikum zu stürmischen Beifall. Contentet folgte ihm in kurzem Abstande. Schulze, der zwar anfangs etwas zurückblieb und von Demke überbunden wurde, verteidigte sich sehr erfolgreich gegen einen weiteren Verlust.

Weg, zum Glück ohne Schaden zu nehmen. Gewonnen wurde es von Kirchhain (Progrès) vor Elstein (Vremator) und Theile (Corona).

## Vorort-Nachrichten

### Charlottenburg.

**Lehrlingsvermittlung.** Der Registrar von Charlottenburg er sucht und befragt zu geben:  
In der Lehrungsvermittlung des städtischen Arbeitsnachweises Charlottenburg, der mit dem freiwilligen Erziehungsbeitrag in händiger Beziehung ist, ist im Interesse einer sachgemäßen Auswahl von Lehrstellen die Einrichtung getroffen, daß die zur Entlassung gelangenden Schulkinder zur frühzeitigen Angabe ihres Berufes veranlaßt werden. So sind schon jetzt Knaben angemeldet, die für Michaelis 1905 eine Lehrstelle suchen und zwar nicht nur in den sechs begehrten Metallgewerben (als Elektrotechniker, Mechaniker, Maschinenbauer, Schlosser, Dreher, Schmied), sondern auch im Baumgewerbe (als Maurer, Zimmerer, Maler), sowie als Tischler, Buchbinder, Gärtner, endlich als Kaufmann und Schreiber usw. Auch hat sich eine Anzahl Mädchen gemeldet, die eine Lehrstelle als Schneiderin, Schuhmacherin und Verkäuferin suchen und endlich solche, die bereit sind, Dienstbotenstellen anzunehmen, in denen sie für den häuslichen Beruf ausgebildet werden. Die Vermittlung im städtischen Arbeitsnachweis Charlottenburg, Kirchstraße 5 — in der Nähe der Luisenkirche — ist für beide Teile unentgeltlich.

**Der Ausschuss der Charlottenburger Gewerkschafts-Kommission** ersucht alle diejenigen, die das Sekretariat in Anspruch genommen haben und deren Angelegenheiten erledigt sind, ihre Akten abzugeben. Das Bureau befindet sich Grünstraße 23. Geöffnet von 6½—8½ Uhr abends.

### Schöneberg.

**Statistisches vom Mai.** Ueber die Arbeitsgelegenheit im Berichtsmonat gibt der Arbeitsnachweis ein recht unerfreuliches Bild. Mit den vom April übernommenen Eintragungen lagen diesmal 1603 Gesuche der Arbeitnehmer vor (im Vormonat 1180), denen 1574 (1188) Angebote gegenüberstanden. Davon wurden erledigt durch Einstellung 908, durch Zurücknahme 23 und durch Streichung 277, im ganzen 1108. Auf den folgenden Monat übernommen wurden 406 Arbeitsgesuche.

Die **Wahlziffer** betrug Ende Mai 132 725 Personen (Zunahme 496). In demselben Monat der Jahre 1902—1904 betrug sie 108 128 bzw. 116 208 bzw. 125 035 Personen.

Die Zahl der Lebendgeborenen betrug 244 (im Vormonat 246). Eheschließungen sind 82 (94) zu verzeichnen, Sterbefälle 124 (111). An Infektionskrankheiten starben 23, insbesondere an Lungenschwindsucht 9. Im Alter bis zu einem Jahre starben im ganzen 88, das sind 30,65 Proz. aller Sterbefälle des Berichtsmonats. — Zu- und Fortzüge erbrachten ein Mehr von 153 einzelnen Personen und von 123 Haushaltungen mit 224 Personen, insgesamt 876. Der Austausch von Haushaltungen mit Berlin und seinen Vororten stellte sich derart, daß 248 zugezogenen 145 fortgezogenen gegenüberstehen.

An **Baugenehmigungen** für Wohnhäuser wurden 23 erteilt. Der Ueberschuß des Zuganges über den Abgang an Wohnungen belief sich auf 15 mit 1 Zimmer, 25 mit 2, 33 mit 3, 17 mit 4, 13 mit 5, 16 mit 6 und 1 mit 7 Zimmern, zusammen auf 120 Wohnungen. Der geringe Ueberschuß an kleinen einzimmerigen Wohnungen erklärt denn auch das Festhalten und sogar Steigen der Preise gerade dieser Wohnungen. Dürfen doch in gewissen „besseren“ Stadtteilen dank behäblicher „Wünsche“ kleine Wohnungen überhaupt nicht errichtet werden. — Der Grundstückswechsel belief sich auf 8 bedaute und 28 unbedaute Grundstücke. Der Gesamtumsatz setzt sich zusammen aus 2 745 000 M. für bedaute und 5 981 622 M. für unbedaute Grundstücke.

Die von der **Armenklasse** ausgehenden Barunterstützungen betrugen 12 303 M. (im April 11 963 M.). Die Zahl der unterstützten Personen betrug zusammen 878 (224 männliche und 654 weibliche).

Die **Desinfektion** erfolgte in der Anstalt in 17 Fällen, in der Wohnung in einem Falle und in beiden gleichzeitig in 20, zusammen in 38 Fällen. — Die Rettungswache in der Rollendorferstraße wurde in 109 und die Unfallkation in der Herberstraße in 200 Fällen in Anspruch genommen.

Dem **Gewerbegericht** lagen im ganzen 78 Streitgegenstände vor, wovon 56 erledigt wurden; unentgeltlich blieben 22 Sachen. — Das **Kaufmannsgericht** hatte wieder wie im Vormonat 6 Streitgegenstände, wovon 4 auf den folgenden Monat übernommen wurden.

Die **Volksbibliothek** hat bei einem Bestande von 18 000 Büchern ausgeleihen 4185, durchschnittlich täglich 165 Bände; besucht war die Lesehalle im ganzen von 657, durchschnittlich täglich von 18 Personen. Wegen Uebergabe an den neuen Bibliothekar dürfte die Bibliothek in nächster Zeit auf einige Monate geschlossen werden.

### Lichtenberg.

**Sozialpolitik in der Gemeinde-Vertretung.** Zunächst stimmte die Gemeinde-Vertretung in ihrer letzten Sitzung einer ausnahmsweisen Bauveranbahnung auf dem Gelände der Grundeigentumsbank zu, ebenso der Abänderung des Bebauungsplanes für das Gelände an der Friedrichsfelder Grenze.

Hier hat wieder einmal das freundschaftliche Verhältnis der beiden Gemeinden dazu beigetragen, daß eine sich prachtvoll entwickelnde Baumanlage, wie sie Lichtenberg nur sehr wenige besitzt, dem Eigenstamm der Friedrichsfelder Gemeindeorgane zum Opfer fällt. Während Lichtenberg für den Kristweg — der Grenze der beiden Gemeinden — links der Franzfurter Chaussee einen Straßenzug mit Mittelpromenade unter Benutzung der vorhandenen Anlagen vorschlug, hat Friedrichsfelde einem Bauunternehmer gestattet, ohne Rücksichtnahme auf dieses Projekt, das rechtzeitig vorgelegen hat, „sein Gelände auszunutzen“. Damit hat die Gemeinde ihre Ablehnung des Projektes bedundet.

Die Anstellung eines juristischen Hilfsarbeiters, der zunächst mit 3000 M. und dreimonatlicher Kündigung angestellt werden soll, wurde motiviert mit dem stetigen Wachsen der Arbeiten, die die nicht geübte Inanspruchnahme des Gewerbegerichts mit sich bringe. Dabei haben unsere Parteigenossen jahrelang für die endliche Schaffung des Gewerbegerichts kämpfen müssen. Man begehrte diesem dringlichen Verlangen immer mit der Redensart: „In Lichtenberg besteht ein Bedürfnis für ein Gewerbegericht nicht.“ Nun aber muß der Vorsitzende, der besoldete Schöffe Ungewitter, mitteilen, daß im Monat Juni am 15. Tagen Termine, zum Teil mit übermäßig viel Fällen, abgehalten werden mußten. Die Zahl der Sachen und Termine sind von 1903 bis 1904 um 50 Proz. und von 1904 bis 1905 noch in einem höheren Prozentsatz gestiegen. Die Anstellung wurde beschlossen und damit der dritte besoldete Jurist in die Verwaltung des „Dorfes“ aufgenommen. — Auf Grund des Ortsstatuts sollen die Grundbesitzer, vor deren Häusern die Bürgersteige reguliert wurden, mit etwa 25 000 M. zu den Kosten herangezogen werden. Es sind Grundbesitzer in der Kreuzigerstraße, Oberstraße, Gürtelstraße, Kronprinzenstraße und Pfarrstraße beteiligt. Bemängelt wurde, daß mehr als 2 Jahre gebraucht wurden, um die Anliegerbeiträge festzustellen. Die Versammlung stimmte dem Antrage zu. Die Wahl der Mitglieder zum Verbandsausschuß für den Sanitäts-Gemeindeverband Kummelsburg-Lichtenberg mußte ausgesetzt werden, da der Zweverband seine Vertretung noch nicht gefunden hat. Gemäßt aber wurde eine Kommission von 7 Mitgliedern, der auch Genosse **Crauer** und als Stellvertreter Genosse **Seiler** angehört. Die Kommission besteht aus 3 Mitgliedern des Gemeindevorstandes und 4 Gemeindevertretern. Sie soll mit einer gleichen Kommission der Gemeinde Kummelsburg die für den Zweverband als Kieselfelder mühtigen Ländereien ankaufen.

**Der Sommerurlaub für die Gemeindearbeiter.** ein alter Wunsch der Arbeiter, der seit Jahren von unseren Parteigenossen unterlückt wird, soll endlich gewährt werden, aber nur in kleinsten Dosen! Nach jähriger Dienstzeit wird ein Urlaub von 4 Tagen, nach 10jähriger Dienstzeit ein Urlaub von einer Woche gewährt.

Das nennt die bürgerliche Majorität mit vielem Stolz für eine Sozialpolitik. Daß unsere Genossen auch für dieses wichtige Entgegenkommen noch in die Schranken treten mußten, versteht sich von selbst. Der Herr Gemeindevorsteher sagte zu, daß der Urlaub in diesem Jahre beginnt. Er will ferner mit dem Gas- und Wasserversorgungsamt wegen eines Wunsches unserer Genossen verhandeln, den vor den Feuern in der Gasanstalt arbeitenden Arbeitern die Karenzzeit zu verkürzen. — Die weitere Anstellung von sechs Lehrern und einer Lehrerin per Michaelis 1. J. fand nach kurzer Debatte, die sich wieder mit der Erhöhung der Pflichtstundenzahl der Hellenen beschäftigte, die Zustimmung der Vertretung.

### Potsdam.

Die **Neue Straße** in Potsdam, welche die Zufahrtsstraße zur Stadt von der Hauptbrücke aus bildet und von ungezählten Automobilen, Kraftwagen, Fuhrwerken usw. belebt, auch von der Straßenbahn durchfahren wird, wird in Zukunft ein ganz anderes Ansehen haben. In der „Verkehrsunterstützung“ wurde von den städtischen Politikern beschlossen, die alten, schattigen Bäume, welche in mehreren Reihen die Straße entlang stehen, niederzulassen. Der Charakter einer Gartenstadt, der in der zweiten Residenz sonst bei allen Anzügen in erster Linie maßgebend war, wird durch diesen Beschluß wesentlich beeinträchtigt.

### Pankow.

Durch einen Vergleich werden die seit länger als zwei Jahren schwebenden Verhandlungen zwischen den Separationsinteressenten und der Gemeinde Pankow nunmehr geregelt. Durch den am 3. Juli 1844 bestätigten Vertrag über die Separation der Feldmark Pankow vom 5. Oktober 1842 ist eine Anzahl gemeinschaftlicher Anlagen, Wege, Triften und Gräben bestimmt worden, die von der Verteilung ausgeschlossen wurden. Von diesen gemeinschaftlichen Anlagen werden die bis zur Gegenwart in gemeinschaftlichem Eigentum und Besitze der bei der Separation beteiligten Grundbesitzer oder einzelnen Gruppen verbliebenen Grundstücke an die Landgemeinde Pankow veräußert; mit eingeschlossen sind Flächen und dergleichen, die sich bereits im Besitze und Eigentum der Gemeinde Pankow befinden. Die Gemeinde Pankow hat nunmehr diese Gräben, Wege und Triften laut „vorläufiger“ Gesetzesparagrafen mit 30 000 M. abzulösen, welche zur Verfügung der königlichen General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern zu hinterlegen sind. Ausgeschlossen von dem Vergleich ist der Fall, daß die Regierung für einzelne veräußerte Flächen das fiskalische Dorfaußenrecht beanspruchen sollte. Die bisher von der Regierung beanspruchten Dorfaußen-Parzellen sind aus diesem Grunde von der gegenwärtigen Veräußerung ausgeschlossen worden. Alle öffentlich-rechtlichen Lasten und Verpflichtungen, welche auf den zu übernehmenden gemeinschaftlichen Anlagen ruhen, gehen mit deren Uebergabe auf die Gemeinde über. Die Uebergabe und die Auflassung hat folglich nach der Genehmigung des Vertrages durch die königliche General-Kommission in Frankfurt a. O. und den Kreis-Ausschuß zu geschehen.

Mit dieser Ablösung geht das Besitztum der alleingesezten Bauern oder deren Erben in den Besitz der Gemeinde über.

### Steglitz.

Mit der Beratung des neuen Organisationsstatuts beschäftigte sich der sozialdemokratische Wahlverein in seiner letzten Versammlung. Festig umrissen wurde, und zwar aus rein praktischen Gründen, Absatz 4 des § 8, welcher bestimmt, daß der Ausschluß aus der örtlichen Organisation den Ausschluß aus der Partei nach sich zieht; gegen eine starke Minorität wurde jedoch der Absatz schließlich gutgeheißen. Auch der § 5 zeitigte eine längere Diskussion, deren Resultat der Antrag folgender Neufassung war: „Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur durch die Organisation, welche den Ausschluß vollzog, oder auf deren Befürwortung erfolgen.“ Begründung: Wenn die einzelnen Organisationen berechtigt sind, den Ausschluß aus der Partei, wenn auch indirekt, zu bewirken, muß ihnen logischerweise auch das Recht zugestanden werden, die Wiederaufnahme zu vollziehen. Außerdem wird befürchtet, daß die Fassung des Entwurfs geeignet sei, den Parteitag mit unnötiger Arbeit zu belasten. Ueber die Teilnahme der Reichstagsfraktion an den Parteitag war die Versammlung der Meinung, daß aus finanziellen Rücksichten eine Beschränkung auf den vierten Teil wünschenswert sei. Ferner wurde der Antrag angenommen, nur alle zwei Jahre einen Parteitag abzuhalten. Es wurde betont, daß man die bedeutenden Mittel, welche ein Parteitag erfordert, mühsamer in der Kleinagitation verwenden könne; eventuell sollten an Stelle des ausfallenden Parteitages der Gesamtpartei Tagungen der einzelnen Landesteile abgehalten werden, von denen man sich ebenfalls mehr agitatorischen Wert verspricht. Der vielleicht zu erwartende Einwand, daß bei zweijähriger Tagung das Beratungsmaterial nicht zu bewältigen sei, wurde damit abgetan, daß die Delegierten ihre „familiären Angelegenheiten“ zu Hause erledigen möchten, wodurch nicht nur reichlich Zeit gewonnen, sondern auch der Partei sehr genützt würde.

In der vorigen Versammlung waren gegen einige Parteigenossen, welche dem Komitee zur Arrangierung des vorjährigen Kreisfestes angehört hatten, ehrenrührige Beschuldigungen erhoben worden. Es war eine Kommission mit der Untersuchung dieser Angelegenheit beauftragt, welche der Versammlung Bericht erstatten sollte. Das Resultat der angestellten Ermittlungen war, daß sich die Beschuldigungen als leere Behauptungen erwiesen, und daß insbesondere der Genosse Reinhold Pfriß, dessen Name in der vorigen Sitzung in Verbindung mit dieser Angelegenheit genannt worden war, völlig vorurteilsfrei dastehet. Die Versammlung konstatierte dies und erklärte damit die Sache für erledigt. — Der Kassendbericht vom abgelaufenen Quartal wies folgende Zahlen auf: Einnahme 272,80 M., an den Zentralverein abgeführt 181,54 M., an Orte bezugsfähig 78,26 M., Bestand 17,40 M. — Ueber unser Parteifokal „Vereinswachen“ wurden berechtigte Klagen laut. Der Vorstand wurde beauftragt, bei dem Inhaber vorstellig zu werden, um Wandel zu schaffen und auch darauf hinzuwirken, daß die Preise für einige Genusmittel mit dem Geldbeutel des Arbeiters im Einklang gebracht werden.

### Lindenwalde.

Ein **Mordversuch**, verbunden mit versuchtem Einbruchdiebstahl, ist in Lindenwalde verübt worden. In der dort in der Grabenstraße 11 belagerten Berlin-Lindenwalder Wollwarenfabrik (A. G.), vorm. H. Müller, hörte nachts gegen 12 Uhr der Fabrikwächter Jarius, als er sich im Spinnereisaal aufhielt, ein verdächtiges Geräusch. Als er demselben nachspürte, sprang plötzlich ein Mann hinter einer Tür hervor und schlug mit einer langen Drehsäge auf Jarius ein. Dem Wächter wurde fast der Schädel zerschmettert. Bei dem Kampf, der sich zwischen beiden Personen entspann, wurde Jarius der rechte Daumen abgebissen und der Mund aufgerissen, als er um Hilfe rief. Erschöpft und fast bewußlos sank nun der Wächter zur Erde, während der Attentäter sich dabei machte, im angrenzenden Kontor der Fabrik mittelst der Drehsäge ein Loch, das einen größeren Geldbetrag enthielt, zu durchbrechen. Die Hilfe rufe des Wächters waren aber gehört worden. Einige Leute drangen in die Fabrik ein, worauf der Eindringler, ohne daß er das Loch öffnen konnte, zum Fenster heraus die Flucht ergriff, wobei er auf dem Hof in eine Senkgrube geriet, darin seinen einen Stiefel verlor und auch bei der weiteren Flucht seine Papiere einbüßte, aus welchen hervorging, daß er ein erst kürzlich entlassener Arbeiter war, der bis jetzt noch nicht verhaftet werden konnte. Der schwer verletzte Jarius wurde nach dem Krankenhaus gebracht.

Eine **Petition an den Forstfiskus** wird von den an der Schönholzer Heide belagerten Vororten vorbereitet, weil die Zustände in dieser „ehemaligen Lunge Berlins“ geradezu unerträglich geworden sind. — Der Fiskus ist noch Eigentümer des Waldes, die Verwaltung jedoch untersteht der für den Forstfiskus das Gelände parzellierenden Firma Worch u. Co. Diese hat vor länger als Jahresfrist provisorische Straßen angelegt, indem sie die Bäume in der Straßenfluchtlinie abholzte. Die Baumstämme wurden ausgegraben, die dadurch entstandenen, im Durchmesser bis 2 Meter großen Löcher jedoch nicht wieder angefüllt, so daß ein Passieren des Waldes mit Lebensgefahr verbunden ist. Neuerdings kommen nun des Nachts noch Rüllflüßer heraus, die ihre Nagen in der Heide einlösen. Da in den betreffenden Teilen des Waldes auch sonst allerlei Unfug verübt wird, kann man sich kaum ein Bild von den herrschenden Zuständen machen. Die Folge ist, daß der Ausflugsverkehr nach der Heide beständig abnimmt. Man meint nun, daß der Fiskus nicht „informiert“ ist und eine Petition den Erfolg haben wird, daß den unerträglichen Zuständen ein Ende gemacht wird.

Ein erschossenes **Liebespaar** wurde im Jagd 47 des Grunewalds in der Nähe von Schiesserie aufgefunden. Beide Leichen sind schon fast in Verwesung übergegangen, so daß die Personen nur noch an den Kleidern erkannt werden können. Beide sind etwa 28—30 Jahre alt, der Mann trug einen grauschwarzen Rock, ein ebenfalls weißes und eine dunkelblaue Weste mit weißen Punkten, sowie einen weißen Strohhut und eine blaue Krawatte mit grünen Punkten. Seine Begleiterin hatte ein weißes Kleid an, weiße Unterhosen, weiße Strümpfe, schwarze Schürstüchel, einen roten Strohhut mit rotem Band und weißen Blumen. Ihr Taschentuch trägt das Zeichen H. R. Jeder weitere Anhalt zur Feststellung des Paars fehlt. Die Leichen wurden nach der Halle in Schildhorn gebracht.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit“** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 41. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: **Recherches der russischen Revolution.** — Die Folgen des japanischen Sieges und die Sozialdemokratie. Von A. Kautsky. — **Wachstum und Ideologie.** Von Anton Bamelot (Schluß). — Die soziale Bewegung in Deutschland. Von Gustav Doh. — In den bayerischen Landtagswahlen. Von Dr. Max Albert. — **Ultracatholische Hundschau:** Dr. Hugo Preuß. Das Recht der städtischen Schulverwaltung in Preußen. Von Heinrich Schulz. — **Albert Kohn,** Ueber Wohnungslosigkeit im Jahre 1904. Von ad. br. — **Dr. W. Ettinger,** Der Streit in der Herrenklubkonfession und seine Lehren für die industrielle und gewerbliche Organisation. Von ad. br. — **Germinial.** Von Martin Köhler. — **Kritiken:** Von der Brauer- und Mälzereiberggenossenschaft. Von E. G.

Die **„Neue Zeit“** erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. **Probenummern** stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der **„Gleichheit“**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer) ist und soeben die Nr. 14 des 16. Jahrganges eingegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: **Ausflug des Parteivorstandes zum Parteitag.** — **Ausflug der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands.** — **Gegen ein gefährliches Spiel.** — **Fraueninteressen in der Kommune.** Von Lise Rieck. — **Vom Reffen des Wertes von Julian Borchardt.** — **Wie Gertrud ihre Kinder lehrte.** Von Otto Kühle. — **Aus der Bewegung:** Von den Organisations-Vericht der Vertrauensperson der Genossinnen von Braunschweig. — **Bericht der Kreis-Vertrauensperson für Loh- und Besondere-Stron-Charlottenburg.** Von Marie Thiel-Tempelhof. — **Vollständige Hundschau.** Von G. L. — **Genossenschaftliche Hundschau.** Von Simon Kagenstein. — **Kontinentell: Genossenschaftliche Arbeiterinnen-Organisation.** — **Frauen in öffentlichen Ämtern.** — **Frankfurt: Die Postille.** Von Hermann Lingg. (Wochs.) — **Am Fenster.** Von Wilhelm Holzamer. — **Im der Frühe.** Von Eduard Mörike. (Wochs.) — **Das erste Gewitter.** Von Fr. Th. Unger. (Wochs.)

Für unsere **Kinder:** **Jährliche.** Von Hermann Lingg. (Wochs.) — **Die Schweizerreise.** Von Anton Brendisch. II. — **Das Grab in Duzento.** Von August v. Platen. (Wochs.) — **Gardabul.** Von Rainald von Reysenbug. (Fortsetzung.) — **Die ersten Hosen.** Von Otto Kriete. (Wochs.) Das merkwürdige Haus. Von H. L.

Die **„Gleichheit“** erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 65 Pf., unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnement 2,80 M.

Der **„Wahre Jakob“** hat soeben die 14. Nummer seines 22. Jahrganges erscheinen lassen. Der Preis der 13 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennig.

**Die Eisenbahnen, ihre Entstehung und gegenwärtige Verbreitung.** Von Prof. Dr. Fredr. Hahn in Königsberg. Mit einer Doppel-tafel und zahlreichen Abbildungen im Text. („Aus Natur und Geisteswelt.“ Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. 71. Bandchen.) Verlag von W. G. Teubner in Leipzig. (IV u. 150 S.) Preis geb. 1 M., gebunden 1,25 M.

**Handbuch neue und alte Gedanken über die Weltordnung.** Von F. Sauer. Zweite Auflage. Verlag von Th. Schöner in Jülich und Leipzig.

**Der Befruchtungsvorgang.** Sein Wesen und seine Bedeutung. Von Prof. Dr. Ernst Leitzmann. Mit sieben Abbildungen im Text und vier Doppeltafeln. („Aus Natur und Geisteswelt.“ Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. 70. Bandchen.) Verlag von W. G. Teubner in Leipzig. (118 S.) Preis geb. 1 M., gebunden 1,25 M.

## Briefkasten der Redaktion.

**„Laud“.** In diesem Alter wird schwerlich schon irgendwo Aufnahme möglich sein. Auch dürfte die Laubbildung hindern. Wenden Sie sich einmal an den Zentralverein für das Wohl der Laubbäume, Bureau: Elisabethstraße 4a. — **Hilf, Vajelland.** 1. Oberbürgermeister von Berlin, in diesem Amt seit 2. Dezember 1899, Jahresgehalt 30 000 M., seit April 1905 noch eine „persönliche Zulage“ von 6000 M., 2. 16 bis 17 Millionen Mark. 3. 100 000 Mark. — **Eintragung.** Ohne Eintragung keine Antwort. — **N. 78.** Bitte, im Abschluß nachlesen! Beber Versteigerung noch Empfehlungen von. — **G. 2.** Bestfragen. — **V. 2.** **Hilfslos.** 1. Rein. 2. Rein. — **D. 2. 58.** Wenden Sie sich an das Bureau der Gewerkschaftskommission, Angel-Ufer 15, hier.

**Thomus 206.** 1. Wenn der Betreffende mit dem Brief direkt den Vertrag geschlossen, also nicht in den Vertrag der Welt eingetreten ist: ja. 2. Rein, es sei denn, daß Euerdruß vorliegt. — **N. 6. 28.** Rein Gewerbetreibender ist zum Verlust verpflichtet. In der Art der Ablehnung. Getränke zu verkaufen, kann eine Verleumdung liegen. — **G. 6.** **Friedenan 6.** Sie können auf Reparatur und Schadenersatz klagen; jedoch ist der Erfolg der Klage ein sehr unsicherer. — **N. 2. 300.** Rein: solche Kündigung wäre erst nach Ablauf der sechs Wochen gültig. — **J. 2. 100.** Rein. — **O. 14. 15.** Sie sind im Recht: die Kündigung ist verspätet. — **Alter Absolut.** 1. Sie schließen am besten einen notariellen Vertrag. Derselbe ist aber ungültig, wenn er zur Beeinträchtigung vorhandener Gläubiger vorgenommen ist. 2. Nicht der Geschäftsvollzieher, sondern das Gericht des Wohnorts des Schuldners ist für eine Koford-Klage zuständig.

## Witterungsübersicht vom 10. Juli 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	
Stettin	763,5	SW	2	heiter	10	Caparanda	758,8	SE	6	bedeckt
Danzburg	763,0	S	2	wolkig	18	Weißenburg	749,8	SE	3	bedeckt
Berlin	763,0	S	1	heiter	21	Scilly	763,0	SE	3	Regen
Frankfurt	764,0	SE	3	wolkig	23	Aberdeen	762,0	SE	1	wolkig
Wien	766,8	S	4	wolkig	20	Paris	767,0	SE	2	heiter
Bien	764,0	SE	1	wolkig	20					

**Wetter-Prognose für Montag, den 11. Juli 1905.** Warm und leicht, vielfach wolkig mit Gewitterneigung und mäßig schwachen südwestlichen Winden; später etwas kühler. **Berliner Wetterbureau.**